Mai

5/79 - DM 4,00

C 4143 EX

konkret

Die Monatszeitschrift für Politik und Kultur

30 Jahre Grundgesetz:

Ziemlich außer Verfassung

Klaus Staeck: Brauner Kultursumpf

Italien Lire 1.900 - Holland hfl 4,80 - Schweiz sfr 4,30 - Österreich 5.32, - Spanien Pest 180, - Schweden skr 12, - Luxemburg 71,-

in konkret Mai 1979

Briefe

intern

Magazin

Radikalauer von Winfried Thomsen

»Sie wollen es machen wie 1932« von Fritz Eberhard
KONKRET-Interview mit dem ältesten noch lebenden Mitautor des Grundgesetzes, Prof. Fritz Eberhard (SPD)

Falsch Parken ist teurer von Werner Heine
30 Jahre Verfassungsbruch

»Wat mutt, dat mutt« von Hans Christoph Buch
Eine Woche Treckerfahrt von Gorleben nach Hannover. Für KONKRET war Hans Christoph Buch dabei

Jagd auf Informanten
Gorleben-Hearing

Willi sein Milieu von Hermann L. Gremliza
Was hat die »Tageszeitung« mit der Linken zu schaffen? Ein Brief, ein »Dementi« und eine Antwort von Hermann L. Gremliza

Ein Irrer namens Hitler von Karl-Heinz Hansen
Vorm Bundestag hielt der Abgeordnete und KONKRET-Autor Karl-Heinz Hansen (SPD) eine Rede, wie sie das Parlament seit Jahren nicht mehr hörte

»So unscheinbar, so gut bürgerlich«
Wie eine Neonazi-Terrorgruppe in Schleswig-Holstein einen Tresor der Nato raubte / Von ***

Wilhelminisches Deutschland von Walter Jens

Nur wer kämpft, kann siegen von Wolfgang Abendroth
Wolfgang Abendroth stellt zwei Bücher vor, die jedes Demokrat gelesen haben müßte

magazin: international

autoritär, betulich, neckisch und devot von Hermann Peter Piwitt

Diesseits der Liebe von Hartmut Schulze
Hartmut Schulze über Martin Walsers neuen Roman »Seelenarbeit« - ein Lebenshilfe-Buch, Überlebenshilfe

Die Korruption umkehren von Friedrich Tomberg
konkret-essay

Rock im Rock von Jasmine Bonnin
Jasmine Bonnin (in den Hitparaden mit »Straßen unserer Stadt« fragt: Gibt es eine weibliche Musik?

Begin, laß die Hosen runter von Henning Venske

Henning Venske hat sich, eben von der Gorleben-Demo aus Hannover zurück, den »Grand Prix« mit den vielen Nasalen angetan

Wenn Padua kommt von Klaus Staeck

Über die konservative Kulturrevolution, die jetzt auf Touren kommt

magazin: kultur

Der DFB: einziger Strafraum von Wolfhard Klein

»Gewerkschaftsboß« - ein böser Schimpf aus dem Munde eines Fußball-Funktionärs. Wolfhard Klein fragt, wo der DGB steht, wenn Ball-Treter ihre Interessen durchsetzen wollen. Im Abseits

SelbstanzeigeWas Sie schon immer über I die CIA wissen wollten...

Letztes Jahr trafen sich ehemalige CIA-Chefs zu einem »Round-table-Gespräch« mit dem befreundeten Journalisten Michael Ledeen vom »Washington Quarterly«. Richard Helms, William Colby, George Busch und Ex-Abteilungsleiter Ray Cline berichteten über ihre Arbeit und ihre schönen Erfolge seit dem Zweiten Weltkrieg

Kultur und Unkultur von Ernest Borneman

Ernest Borneman, der sich nach dem Krieg seinen Lebensunterhalt mit U-Musik verdiente, stellt Monika Sperrs »Großes Schlagerbuch« vor

konkret Markt

konkret ex-press von Hermann L. Gremliza

Konkret 05/79, S. 4

Briefe

Lumpen-Journalismus

KONKRET-intern 4/79: Für »Die Neue« und gegen die »TAZ«.

Die Art und Weise, wie ihr die »TAZ« in KONKRET diskriminiert, empfinde ich als billigen »Lumpen-Journalismus«.

Ronald P. Ströming

Hamburg

Daß ihr für »Die Neue« Propaganda machen würdet, war eh klar. Die Art und Weise aber, wie ihr die »TAZ« mit einer Vergewaltigung auf einer »TAZ«Unterstützungsfete in Verbindung bringt, erinnert an die übelsten stalinistischen Machenschaften im Kampf um verschiedene linke Positionen.

Walter Jakobs

Bochum

Da war das letzte Mal, daß ich KONKRET gekauft habe.

Thomas Greifeid

Essen

Alles in Butter

In KONKRET 4/79 schrieb Martin Walser zur Konkurrenz zwischen öffentlichen und privaten TV-Sendern

Wem ich den ersten Absatz in dem Artikel lese, ist es mir, als lebte ich in der grauen, bösen Vergangenheit; ungefähr so um 1979 herum. Und der Prophet Walser zeigt mir eine utopische Republik, in der es sowas wie Mißhandlungen von Untergebenen in der Bundeswehr, Radikalenerlaß und Berufsverbote nicht mehr gibt. Auch das mit der »sozialen« Marktwirtschaft ist lange nicht mehr so schlimm wie damals. Sie hat all ihre Schrecken, wie etwa die Kartelle, Rationalisierungen und gnadenlose Verwurstung von Menschen zu Waren verloren. Strauß und Carstens sind zu halbwegs »mitlaufenden« Demokraten geworden. Alles in Butter.

Peter Schulz

Husum

Abwegig

KONKRET 4/79: Hermann L. Gremliza rezensierte den neuen Piwitt-Roman und stellte dabei Vermutungen an, welche wirklichen Personen sich hinter Romanfiguren verbergen könnten.

Völlig abwegig ist der Verdacht, daß der 'ortsansässige Dichter Pocher' 'was von Werner Herzog' haben könnte. Ich schätze Werner Herzog und seine Filme viel zu sehr, als daß ich es gewagt hätte, auch nur eine Spur davon einer Figur wie Pocher einzuverleiben. Ähnliches gilt für den 'kommunistischen Dichter Gerd Fuchs`. Autor von 'Ein Mann fürs Leben', des mir liebsten deutschsprachigen Buchs seit Brinkmanns 'Westwärts`! Gut, er raucht Pfeife wie der Genosse Zange. Aber damit hat sich's doch wohl, oder?

Hermann P. Piwitt

Hamburg

Mit Gebrüll dagegen

Zum Ant!-Carstens-Aufruf in KONKRET 4/79:

Henryk M. Broder hat Recht mit seiner Feststellung, »daß dies mitnichten unsere Republik ist, daß wir am Katzentisch sitzen, solange man uns da sitzen läßt«. Wer aber daraus den Schluß zieht, auf den notwendigen Protest gegen die

beabsichtigte Wahl von Karl Carstens zum Bundespräsidenten zu verzichten, könnte leicht in Verdacht geraten, am Katzentisch sitzenbleiben zu wollen. Wollen Sie das, Genosse Broder? Doch wohl nicht, wie ich Sie einschätze. Darum: Mit Gebrüll gegen die Kandidatur von Carstens!

Hans Walter Krause

Bergisch-Gladbach

Gegen Carstens protestierten bis Redaktionsschluß weitere 150 Leser. Die Red.

KONKRET veröffentlicht hier eine Zuschrift des Hamburger Untersuchungshäftlings Michael Kühnen: als Dokument dafür, was unbeanstandet die Gefängnis-Zensur passiert - wenn es sich beim Absender um einen neofaschistischen »Gauleiter« handelt.

Hiermit beteilige ich mich an Ihrer Unterschriftsaktion gegen die Wahl des früheren Pg. Carstens.

Als Nationalsozialist, der wegen seiner Gesinnung von diesem Staat und seinen Organen verfolgt wird, verwahre ich mich gegen jede Verwechslung von Anhängern des revolutionären Nationalsozialismus mit dem, im übrigen nicht allein von Karl Carstens symbolisierten Typus des charakterlosen, bürgerlichen Opportunisten, der jedem System zu dienen bereit ist.

Jedes Mitglied der NSDAP gelobt, damals wie heute, bei seinem Beitritt Treue zum Führer und dessen Idee. Dieses Gelöbnis hat Karl Carstens, wie mancher andere, schmählich gebrochen, als das Blatt sich wendete. Er ist damit in unseren Augen ehrlos geworden und wird dafür, wie alle Verräter, nach der von uns Nationalsozialisten der neuen Generation angestrebten »Zweiten Revolution« sich vor einem Volksgerichtshof zu verantworten haben!

Im übrigen weise ich Sie darauf hin, daß - ungeachtet jedes demokratischen Wahltheaters - Reichspräsident Dönitz auch weiterhin das einzige legitime Staatsoberhaupt aller Deutschen ist.

Aus Altersgründen ist der Großadmiral allerdings damit einverstanden, daß der Gründer der »Freiheitsbewegung Deutsches Reich« und Sprecher des Deutschen Reichstages, Manfred Röder, die politische Vertretung des Deutschen Reiches übernommen hat.

Mit dem besten Gruß

88!

Michael Kühnen

Linke Intoleranz

»Siegt Stoltenberg in Kampuchea?« fragte Hermann L. Gremliza in KONKRET 4/79

Nicht nur die seltsame Überschrift dieses Artikels verwunderte mich einigermaßen, bot dieser Artikel im weiteren meiner Ansicht nach ein prekäres Beispiel »linker Intoleranz«. Solidarität kann für mich nicht bedeuten, alle Ideale, Ansichten und Einsichten über Bord zu werfen, oder »siegt Breschnew in Eritrea«?

Haigo Hofmann

Hamburg

Ich bin es leid, mich dauernd über die Beiträge, insbesondere des Herausgebers Gremliza, der immer die wichtigsten aktuellen Themen selbst abhandelt, zu ärgern. Ob es Berufsverbote (Havemann, Bahro), zunehmende Militarisierung (Wehrkunde in der Schule) oder jetzt imperialistische Bestrebungen sind (Vietnams Überfall auf Kampuchea), immer werden aufrichtige Sozialisten (zum Beispiel das Sozialistische Büro) mit bürgerlichen, zum Teil reaktionären Leuten in einen Topf geworfen.

Peter Scholz

Münster

Konkret 05/79, S. 4

intern

Seit Juni 1976 kostete KONKRET 3,50 Mark. Fast drei Jahre lang. Allgemeine Inflation, zweimalige Erhöhung der Druck- und Papierpreise zwingen uns nun, ab sofort pro Heft 4 Mark zu verlangen. Seit Gründung des NEUEN KONKRET VERLAGS haben dessen Gesellschafter bis heute nicht einen Pfennig Gewinn, ja nicht einmal die Zinsen aus ihren dem Verlag gewährten Krediten in Anspruch genommen. Das soll auch so bleiben. Der in den Jahren 1977 (erstmals) und 1978 erzielte Gewinn wurde teils zum Ausgleich früherer Verluste, teils zum weiteren Ausbau der Zeitschrift verwendet. Kurzum: Hier will keiner auf Kosten der KONKRET-Leser reich werden.

*

Viele wütende Leserbriefe kamen zur »Tageszeitung«-Notiz in KONKRET 4/79. Der Leserzorn richtete sich weniger gegen die KONKRET-Empfehlung, die »Neue« zu abonnieren, als gegen den Hinweis auf die Vergewaltigung während einer Unterstützungsfete für die »TAZ« in Hannover. Wir wollen in diesem Heft versuchen, den durch Verkürzung angerichteten Schaden auszubeulen. Und zwar dadurch, daß wir erklären:

1. KONKRET wollte keineswegs unterstellen, daß Mitarbeiter der »Tageszeitung« billigten, was in Hannover auf der Toilette geschah.

2. Die KONKRET-Redaktion ist allerdings der Meinung, daß die Behandlung des Hannoveraner Falles durch Sympathisanten und Mitarbeiter der »TAZ« (in der »TAZ«), auch *ein* Indiz dafür ist, wie wenig das dort herrschende Milieu mit linker Politik zu tun haben will. Diesmal soll es nicht bei solchen -möglicherweise wiederum mißverständlich kurzen - Bemerkungen bleiben. Auf Seite 15 ff analysiert Hermann L. Gremliza die »TAZ«-Szene: » Willi sein Milieu«.

*

Zwei Leserbriefe, der eine von Reinhard Janz aus Bremerhaven:

Ihr seid schon linke Schlingel: Zum Bericht über die »Hamburger Morgenpost« ein Bild von Springers Boenisch zu stellen und das dann mit der Bildzeile »Morgenpost-Chef Ahlers« zu versehen. Aber ich bin auch auf die Schliche gekommen: Damit wolltet ihr doch nur zeigen, daß es völlig wurscht ist, ob Ahlers bei der »Morgenpost« oder bei »Bild« werkelt und ob Boenisch für Springer oder das SPD-Blatt lächelt. Recht habt ihr. Doch sei noch auf 'den wichtigsten Unterschied der beiden Herren hingewiesen: Ahlers trägt sein Silberhaar straffer gekämmt als Boenisch.

Und ein zweiter, von Henryk M. Broder:

Liebe Leute ... es *sollte wenigstens einer darauf achten, daß unter einem Foto von Peter Boenisch nicht steht, dies sei Conrad Ahlers. Mehr revolutionäre Sorgfalt bitte!*

Also, wir sehn schon: besser wir setzen Ironisches künftig kursiv und polemisieren besser nicht mit Bildern. Damit wir diesen Fall zu den Akten legen können, stellen wir also »Bild«, Bild und Bildtext richtig:

Noch eine Panne: In KONKRET 4/79 hieß es in einer Anzeige des Verlags J.H.W. Dietz Nachf. in der Überschrift: »Alle wissen: Die Partei hat immer recht. Aber demokratische Sozialisten drucken das auch noch.« Wir hatten für diese Anzeige die Setzarbeiten besorgt und unser Korrektor hielt die Formulierung, die Partei habe immer recht, für einen provokanten Werbegag des SPD-nahen Verlags. Der war aber nicht beabsichtigt - es sollte also heißen: » Alle wissen: die Partei hat nicht immer recht ...« Und das ist jetzt richtig.

*

Nach vielen Jahren des Totschweigens mußte in diesen Wochen die bürgerliche Presse von der außergewöhnlichen Arbeit der Gerichtsreporterin Peggy Parnass Notiz nehmen: Der KONKRET-Autorin wurde der diesjährige Drexel-Preis zuerkannt, benannt nach dem Antifaschisten und ehemaligen Verleger der »Nürnberger Nachrichten«, der kurz vor seinem Tod Opfer einer widerlichen CSU-Kampagne geworden war. Die Verleihung des Preises an Peggy Parnass ehrt sie, ihn und

auch die Jury (Mitglieder unter anderen: Eugen Kogon, Alexander v. Hoffmann, Hans Heigert).

Konkret 05/79, S. 6

Magazin

Justiz

Fang den Anwalt

Im November 1976 findet vor einer kleinen Strafkammer des Landgerichts Dortmund eine Berufungsverhandlung statt. Einer der Angeklagten ist erregt und sagt was Böses gegen den Staatsanwalt. Der fühlt sich bedroht und beleidigt und leitet deswegen ein Verfahren ein. Journalisten, Justizwachtmeister, Polizeibeamte und der Staatsanwalt waren Zeugen der Beleidigung. Trotzdem wird der Verteidiger eines Mitangeklagten, Gerd Flint, als zusätzlicher Zeuge geladen. Er sagt aus, er habe gerade seine Unterlagen eingepackt, als die beanstandeten Äußerungen gefallen seien, und deshalb nicht recht mitbekommen, was sich im Gerichtssaal abspielte.

Die Staatsanwaltschaft leitet darauf ein Verfahren wegen uneidlicher Falschaussage gegen Flint ein, der in erster Instanz freigesprochen wird. Die Berufungsverhandlung vor einer Großen Strafkammer mit neun Zeugen dazu, was Flint gehört haben müsse, brachte diesem sechs Monate mit Bewährung ein. Ein Ehrengerichtsverfahren läuft.

Ach so, man muß natürlich hinzufügen: Flint hatte 76 in einem Prozeß gegen drei Redakteure einer kommunistischen Wochenzeitung verteidigt. Sein hartnäckiger Verfolger, der Staatsanwalt Höhn, hat das Ganze nur aus Neugierde betrieben: »Ich war doch mal gespannt, was ein Rechtsanwalt macht, der sich auf der Seite solcher Angeklagten engagiert.«

Verbände

Mit-Esser

Zwei Sorten von Lebewesen sind ganz, ganz vorsichtig: Igel beim Geschlechtsverkehr und Unternehmer, wenn sie über explodierende Gewinne reden. Otto Esser, Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, im Deutschlandfunk: »Es hat von 1971 bis 1975 eine kräftige Umverteilung zu Gunsten der Arbeitnehmer stattgefunden. Es gibt seitdem eine ganz vorsichtige und zurückhaltende Umverteilung, die mehr in Richtung der Unternehmenseinkommen geht. Das ist aber auch eine zwingende Voraussetzung dafür, daß ...« Der Rest ist bekannt.

Arbeitsmarkt

Schutz-Männer

Das Bundesinnenministerium teilte mit: Jüngere Postbeamte aus dem Raum Hannover/ Braunschweig, die sich »sowohl für eine Verwendung im Innen- als auch im Außendienst eignen« möchten sich bitte für die Mitarbeit beim Verfassungsschutz bewerben. Sie bekämen dort »eine nach Laufbahnen abgestufte Sicherheitszulage«. Die Bewerbungen sollen der Oberpostdirektion übersandt werden. Der Einfachheit halber. Übrigens, Genosse Juso-Vorsitzender Schröder, der Gscheidle ist noch im Amt.

Meinungsforschung

Infusion

Das Meinungsforschungsinstitut Infas des SPD-Führungsfreundes Klaus Liepelt hat nach der Wahl in Berlin herausgefunden, daß die Alternative Liste überall dort Stimmen gemacht hat, wo früher Löwenthals »Bund freies Deutschland« überdurchschnittlich gut vertreten war. Die »Welt« berichtet: »Infas neigt daher zu der Annahme, daß es sich bei dem Wählerpotential der Alternativen nicht etwa um Stimmen links von der SPD, sondern um ein 'diffuses Protestpotential' handelte.« Nach Liepelt verliert die SPD dort Stimmen, wo sie rechts von der CSU noch Platz läßt.

Schulen

Heil-Kunde

Die Bezirksregierung in Braunschweig hat ein disziplinarisches Vorermittlungsverfahren gegen den Studienrat Karl Krah vom Grotefend-Gymnasium in Hann. Münden eingestellt. Die Tatsache, daß Krah unkommentiert NS-Originalliteratur an Schüler verteilt und im Unterricht verwendet habe, sei kein Beweis für einen Pflichtverstoß gegen das niedersächsische Beamtengesetz, erklärte ein Regierungsdirektor Brandes. Die Entscheidung geht schon in Ordnung, denn seit wann schmeißen wir rechtsradikale Lehrer aus dem Schuldienst? Aber die Begründung hat einen Schönheitsfehler: Die »Originalliteratur« bestand aus Nachkriegspamphleten zur Beschönigung des Nazismus, und Herr Krah hatte mit Widmungen und Textanstreichungen seinen Schülern klargemacht, wie es damals *wirklich* war.

Ganz anders das Regierungspräsidium in Köln. Das lud den Berufsschullehrer Bernhard Fedler zu einem zweistündigen »pädagogischen Beratungsgespräch«; weil zwei seiner Einzelhandelsklassen in Radevormwald Solidaritätsadressen an die streikenden Metallarbeiter geschickt hatten. Dieser Eingriff in die Freiheit der Lehre war geboten, nachdem die Firma Schmitz-Mohr aus Wermelskirchen an die Schulleitung geschrieben hatte: »Sollte ich noch einmal Kenntnis davon erhalten, daß der Unterricht von Herrn Fedler diese subjektive Tendenz aufweist, so werde ich... eine verfassungsmäßige Überprüfung des Herrn Fedler beantragen.«

Und das Regierungspräsidium in Düsseldorf untersagte dem Realschul-Direktor Strohmenger das Auslegen von DGB-Material an seiner Schule, nachdem die »Unternehmerschaft Düsseldorf und Umgebung e.V.« sich beschwert hatte. Die Düsseldorfer Schüler dürfen immerhin weiter Broschüren des Unternehmer-»Instituts der Deutschen Wirtschaft« im Unterricht lesen.

Keine Sorge

Jeder hat ein Recht auf Fürsorge. Auch der Patient Michael Alex, der Ende März in seinem Einzelzimmer in der Uni-Klinik Hamburg Eppendorf ein Ulk-Foto zu Gorleben an die Wand gepinnt hatte. Oberpfleger Rudolph: »Ich find das nicht gut in einem Krankenhaus.« Eine halbe Stunde später: »Ich möchte Sie bitten, das abzunehmen. Das ist Agitation, und die ist im Krankenhaus nicht zulässig.« Eine Viertelstunde später kommt der Leiter der Betriebsabteilung, Reese (»Ich mache von meinem Hausrecht Gebrauch.«) und nimmt das Bild von der Wand: »Das ist ein Aushang. Das ist nach der Hausordnung unzulässig.« Der Patient (auf deutsch: Der Duldende) Alex bemüht sich um ein Exemplar der Hausordnung. Auskunft der Verwaltung: »Machen Sie sich doch keine Sorgen und lassen sich Heber gut pflegen.«

Militärpolitik

Die Linke schläft!

Der Bundestagsabgeordnete Karsten D. Voigt (SPD) kommentiert für KONKRET die Attacken gegen einen Bundeswehr-General, der loyal zu seinem gesetzlichen Auftrag steht

Ein General sagt, daß er in Sicherheitsfragen denkt wie die Bundesregierung. Das Flaggschiff der rechten Presse in der Bundesrepublik, »Die Welt«, beginnt eine Kampagne gegen ihn. Die CDU/CSU-Opposition verlangt eine unverzügliche Unterrichtung des Verteidigungsausschusses durch Bundesverteidigungsminister Hans Apel. Einzelne Christdemokraten fordern die »sofortige Ablösung« dieses Generals.

Generalmajor Gerd Bastian hatte die Abrüstungsvorschläge des SPD-Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner und dessen Einschätzung, daß die Rüstung der Sowjetunion nicht offensiv, sondern defensiv sei, unterstützt. Gerd Bastian hatte keineswegs das Ausmaß der sowjetischen Rüstung verharmlost, er hatte nicht einmal »eine offensive Verwendung ihrer Resultate für alle Zeiten« ausgeschlossen. Er hatte nur an die historisch begründete Furcht der UdSSR vor einem Überfall, an den verlustreichen Krieg auf ihrem Territorium und an daraus von ihr abgeleitete strategische Überlegungen erinnert. Das heißt: Es gibt nachvollziehbare Gründe für eine defensive Rüstung und Strategie der sowjetischen Armeen, die auf Grund einer verengten Betrachtung der militärischen Potentiale der UdSSR allein als offensiv dargestellt werden können. Bewertet man diese militärischen Potentiale politisch, kann man nach Würdigung aller Umstände nur zu dem Ergebnis kommen, daß defensive Motive für den jetzigen Umfang der Rüstung der Sowjetunion in Europa bestimmend sind.

Wir wollen diesen Umfang der Rüstung auf beiden Seiten, in Ost und West, in Verhandlungen schrittweise senken, ein Mehr an Sicherheit bei verringertem Niveau der Rüstung erreichen. Das ist nur bei einer Fortsetzung und Vertiefung der Entspannungspolitik, einem Ausbau der Vertrauensbildung und der Zusammenarbeit zwischen Ost und West möglich. Genau dagegen richtet sich die Kampagne der Christdemokraten im Verein mit »Bild«, »Welt«, »Frankfurter Allgemeine« und »Bayern-Kurier«. Gegen diese Entspannungspolitik spielen sie immer noch mit der chinesischen Karte.

Sie greifen Wehner und Bastian an. Sie meinen aber die zustimmende Haltung der Sozialdemokraten zu den Wiener MBFR-Verhandlungen. Sie meinen die eindeutige Unterstützung der Bundesregierung für den Abschluß der SALT II-

Verhandlungen. Sie meinen die gesamte Friedens- und Entspannungspolitik. Die Reaktion ist so vom traditionellen Ungeist der Konfrontation geprägt, daß sie sicherlich alte Befürchtungen der Sowjets vor deutschen Absichten neu belebt.

Die Linke aber schläft weitgehend und überläßt in diesem zentralen politischen Bereich den Konservativen weitgehend das Feld der öffentlichen Diskussion. Rüstungs-, Strategie- und Militärfragen sind ihr offensichtlich zu kompliziert oder zu unmoralisch, um durch sachkundige Vorschläge die Richtung der Auseinandersetzung zu beeinflussen.

Ein konstruktives Verhältnis zur Bundeswehr haben viele immer noch nicht gefunden. Bastian ist ein Symbol dafür, daß politisch und militärisch differenziertes Denken auch in der Bundeswehr zu Hause ist. Die Angriffe der gesamten bundesrepublikanischen Rechten machen deutlich, wie nötig es ist, demokratisches Engagement zur Bundeswehr mehr als bisher zu stärken.

Zitat:

»Keine Kommunisten in den öffentlichen Dienst, kein ausländisches Fleisch in deutsche Wurst.«

Bauernpräsident Constantin Freiherr von Heereman

Konkret 05/79, S. 6

Winfried Thomsen

Radikalauer

Was damals Recht war, kann heute Albrecht sein.

Die SPD ist die Partei des kleinen Mannes. Schmidt heißt er.

»Ich bitte um Nachsicht«, schrieb ein Mensch. Prompt wurde sein Brief geöffnet.

Atomstaat 1. Teil: GAU Harrisburg.

Anspruchsinflation: Die Leute wollen es immer besser haben. Jetzt wollen sie auch noch überleben.

Was macht man mit abgebrannten Politikern? Wiederaufbereiten oder einsalzen?

In einem gewissen Hamburger Verlag sind NS-Verbrechen längst verjahrt.

Die Unschuld von Bonn: während der NS-Zeit hat er nicht gefehlt.

Joseph Luns soll ein Nazi gewesen sein? Wahrscheinlich hat er davon gar nichts gewußt.

Wenn Benzin teurer wird, dann sinkt der Verbrauch. Logisch: wird das Fleisch teurer, werden die Bürger dünner, und steigen die Diäten, nimmt die Zahl der Politiker ab.

Seit über 30 Jahren wird hierzulande nichts mehr gleichgeschaltet. Heute wird höchstens ein bißchen koordiniert.

Es herrscht das Jahr des Kindes. Deshalb sind unsere Politiker so albern.

Seit die CDU sich vorgenommen hat, über Sachfragen zu diskutieren, ist es sehr still um sie geworden.

Konkret 05/79, S. 8

Fritz Eberhard

»Sie wollen es machen wie 1932«

KONKRET-Interview mit dem ältesten noch lebenden Mitautor des Grundgesetzes, Prof. Fritz Eberhard (SPD)

KONKRET: Herr Eberhard...

Eberhard: Ich finde, es wäre den KONKRET-Lesern gegenüber freundlicher, wenn wir uns duzen.

KONKRET: Gerne. Genosse Eberhard, Du bist der älteste überlebende Vater des Grundgesetzes. Wie gefällt Dir heute das Kind?

Eberhard: Ich habe beobachtet, wie dieses Gesetz im Lauf der Jahre verschlechtert worden ist. Aber es ist immer noch eine gute Grundlage, gerade für Sozialisten, politisch zu arbeiten. Wir haben die Grundrechte fester verankert als je zuvor in einer deutschen Verfassung.

KONKRET: Es gibt eine lange Reihe von Verletzungen dieser Grundrechte.

Eberhard: Berufsverbote sind natürlich das beste Beispiel. Sie widersprechen der Verfassung. Aber es ist interessant, daß sich hier die Demokratie, auch die innerparteiliche Demokratie in der SPD, zu bewähren scheint. Gegen die führenden Sozialdemokraten in Berlin habe ich öffentlich gesagt, das Berufsverbot sei nicht mit der Verfassung zu vereinbaren. Ich wurde dafür sehr schlecht angesehen. Und hinterher hat die Partei sich korrigiert.

KONKRET: Wie hat es damals zwischen 1947 und 1949 angefangen? Wie wurdest Du Mitglied des Parlamentarischen Rats?

Eberhard: Ich wurde in den ersten gewählten Landtag von Württemberg-Baden gewählt und vom Landtag in den Parlamentarischen Rat entsandt. Ich war relativ gut vorbereitet. In der Emigration habe ich mich in London mit Verfassungsschutzfragen beschäftigt. Nach meiner Rückkehr wurde ich bald Staatssekretär in Württemberg-Baden, beauftragt mit Vorbereitungen für eine Friedensregelung, war Leiter des deutschen Büros für Friedensfragen, und da haben wir auch Verfassungsfragen vorbereitet. Grundlage war der Gedanke: Nie wieder Krieg und nie wieder Diktatur.

KONKRET: Und nie wieder Faschismus...

Eberhard: Wenn ich sage: nie wieder Diktatur, dann meine ich das natürlich. Und das muß man dem Grundgesetz ja wohl anmerken.

KONKRET: Der Parlamentarische Rat hatte einen Auftrag der Westalliierten zu erfüllen: Herstellung einer bürgerlichen Demokratie in den drei Westzonen. Nur die KPD hat damals eine gesamtdeutsche Regelung angestrebt, und ihr Sprecher im Parlamentarischen Rat, Heinz Renner, hat die Bürgerlichen und die Sozialdemokraten immer wieder beschuldigt, nur auf Anweisung der Westmächte zu handeln. Wie frei war der Parlamentarische Rat?

Eberhard: Die Entscheidung, für die drei Westzonen überhaupt eine Verfassung zu machen, fiel uns sehr schwer. Wir sahen natürlich die Gefahr, daß das eine Teilung Deutschlands bedeuten könnte. Andererseits: Hätten wir nicht die Chance ergriffen, - die sich aus dem Kalten Krieg ergab, um das ganz deutlich zu sagen, - mit Erlaubnis der drei Westalliierten einen deutschen Staat aufzubauen, wäre diese Bevölkerung in ein wirtschaftliches Chaos gekommen. Also mußte man sich entscheiden: Wollte man es riskieren, alles weiter versacken zu lassen, oder wollte man die Teilung Deutschlands riskieren. Den Ausschlag gab der Berliner Bürgermeister Ernst Reuter, der schließlich sagte: Tut das, alles andere müssen wir dann später regeln. Wir haben also in diesen sauren Apfel gebissen. Das Zweite: Uns fehlten für diesen Parlamentarischen Rat die Wähler ans Thüringen, Sachsen und Berlin. Deshalb gab es eine Mehrheitsverteilung: 27 stimmberechtigte SPD-Mitglieder, 27 der CDU/CSU. Zur Reaktion gehörten noch die freien Demokraten mit fünf Mitgliedern und die DP (zwei). Zu uns konnten wir in vielen Fragen, jedenfalls in Sozialfragen, das Zentrum und die KPD (je zwei) rechnen. Mit diesen Mehrheitsverhältnissen konnte, was soziale Grundrechte betrifft, nur eine schlechte Regelung zustande kommen. Und da waren wir - ich habe darüber lange mit den Gewerkschaften verhandelt - uns einig: Lieber gar keine als schlechte soziale Grundrechte. Der Kompromiß war, das Wort Streik zum Beispiel gar nicht zu erwähnen. Denn die Verhandlungen liefen in eine Richtung, den Streik ins Grundgesetz so aufzunehmen, daß er im Grunde verboten sein sollte. Wir dürfen nicht vergessen: Viele Abgeordnete aus dem bürgerlichen Lager waren sehr zufrieden mit dem, was im Dritten Reichs gewesen war. Die wollten das Verbot von Streiks gern in das neue Staatswesen hinüber retten. Das haben wir mit Hilfe des Zentrums verhindern können. Dafür wurde die Möglichkeit der Sozialisierung eindeutig formuliert. Es gibt Leute, die behaupten, daß die soziale Marktwirtschaft im Grund gesetz festgeschrieben sei. Das ist völliger Quatsch. Das Bundesverfassungsgericht hat mir da gerade im Mitbestimmungsurteil recht gegeben. Aber die Möglichkeit für eine Sozialisierung ist im Grundgesetz enthalten. Daß sie nicht ergriffen worden ist, liegt an den Mehrheitsverhältnissen im Bundestag. Dafür kann das Grundgesetz nichts.

KONKRET: Kannst Du Dir eine SPD-Fraktion im Bundestag vorstellen, die diese Forderung wieder aufgreift?

Eberhard: Das kann ich mir vorstellen. Wir haben ja die Sozialisierung in die hessische Verfassung nicht als Kannvorschrift, sondern als Mußvorschrift hineingeschrieben. Und interessant, was da passiert ist: Der General Clay ließ gesondert über diesen Artikel abstimmen, weil er hoffte, dafür gäb's keine Mehrheit. Als es die dann doch gab, hat er bei der Genehmigung der Verfassung diesen Artikel suspendiert mit der vordergründig sehr plausiblen Erklärung: Das sind Dinge, die ein kleines Land wie Hessen nicht beschließen kann. Das ist Sache eines gesamtdeutschen Parlaments. Auf diese Weise hat Clay, der den Kapitalismus erhalten wollte, die Zeit überbrückt, in der es eine antikapitalistische Sehnsucht bei den Deutschen noch gab. Als dann das Wirtschaftswunder kam, war es nicht mehr möglich, eine Mehrheit dafür zu kriegen.

KONKRET: Was war die schlimmste Veränderung, die nach 1949 am Grundgesetz vorgenommen wurde?

Eberhard: Die ganze Notstandsverfassung. Sie ist nur eine Vorbereitung dafür, mit Hilfe der Verfassung die Verfassung zu brechen, wenn die linken Parteien wirklich sozialisieren würden.

KONKRET: Frage an den Vater: Würde er diese Verfassung noch einmal und genau so machen?

Eberhard: Ich würde zwei Dinge anders machen. Das Berufsbeamtentum ist mir zu stark festgeschrieben. Das würde ich gerne nicht mehr so gemacht haben. Das zweite: Ich verstehe auch nachträglich, daß ich Volksabstimmungen nicht für richtig hielt Wer das Dritte Reich erlebt hat und die freiwilligen Stimmabgaben für Hitler, der mußte sich sagen: lieber nicht Volksabstimmung. Aber heute würde ich es für richtig halten, Volksabstimmungen wieder einzubauen, um die Bevölkerung mehr in die Diskussion um Sachfragen einzubeziehen. Das würde ich für einen demokratischen Fortschritt halten. Und es würde auch die Abgeordneten mehr auf die öffentliche Meinung hören lassen.

KONKRET: Sollte man die Grundrechte erweitern?

Eberhard: Nein. Man muß sie nur durchhalten, dafür sorgen, daß sie eingehalten werden. Die Notstandsverfassung ist ja noch Papier. Sie ist ja noch nie exekutiert worden.

KONKRET: Mir kommt es so vor, als würde sie zu häufig exekutiert.

Eberhard: Ja, exekutiert wird die praktische Aushöhlung von Grundrechten. Das gebe ich gerne zu. Das fängt mit der Pressefreiheit natürlich an.

KONKRET: Und nicht nur da. Die Geschichte der Aushöhlung der Grundrechte ist eine Geschichte des Kalten Krieges, des Antikommunismus.

Eberhard: Der Antikommunismus ist gewiß nicht im Grundgesetz verankert. Beim Antikommunismus gehen zwei Dinge ständig durcheinander. Einmal gibt es die Ablehnung der Diktatur à la Stalin. Wenn man Antikommunismus so definiert, dann bin ich auch Antikommunist. Aber unter dieser Marke läuft auch Ablehnung einer Änderung der Wirtschaftsverfassung. Und jede demokratische Fortentwicklung wird als Kommunismus verfolgt.

KONKRET: Änderung der Wirtschaftsverfassung heißt Sozialisierung und das heißt Enteignung. Aber wer sollte die Entschädigungen bezahlen können?

Eberhard: Nun, Entschädigung könnte man in Hundert-Jahres-Raten machen oder so ähnlich. Eine Entschädigung zum vollen Wert kommt sowieso nicht in Frage. Die Kleinaktionäre vom Volkswagenwerk müßte man vielleicht voll entschädigen und manche andere möglichst wenig.

KONKRET: Kann man bei den internationalen Wirtschaftsverflechtungen eine Enteignung überhaupt noch durchführen?

Eberhard: Es ist eine langjährige Aufklärungskampagne notwendig. Eine Million Arbeitslose heute und morgen 1,2 oder 1,5 Millionen: Das darf nicht sein. Wir brauchen aber eine andere Wirtschaftsverfassung. Und dann müssen wir sehr viel internationaler arbeiten.

KONKRET: Etwa übers Europa-Parlament?

Eberhard: Das kommt ganz auf die politischen Kraftverhältnisse an. Wenn die Eurokommunisten in Italien und in Frankreich mit den dortigen Sozialisten wirklich ein Bündnis schließen, dann ist sehr viel drin. Die Labour-Party hat ja auch schon manches sozialisiert, woran hier kein Mensch denkt. Das wären mit der Bundesrepublik zusammen vier große Länder in Europa, die gemeinsam etwas machen können. Dagegen werden sich in Deutschland natürlich viele wehren. Sie werden es vielleicht sogar wieder so machen wie 1932: durch Hochpäppeln einer rechtsextremistischen Gruppe.

KONKRET: Die wehren sich jetzt schon sehr konkret. Arbeitskämpfe etwa werden vom Verfassungsschutz in Zusammenarbeit mit den Unternehmern »beobachtet«. Das Bundesarbeitsgericht, zum Beispiel, besteht darauf, daß die Aussperrung ein gleichgewichtiges Mittel der Unternehmen gegen Streik ist.

Eberhard: Artikel I des Grundgesetzes bestimmt, daß die Würde des Menschen unantastbar ist. Und es widerspricht der Würde des Menschen, ausgesperrt zu werden und als Mittel zum Zweck benutzt zu werden.

KONKRET: Die Unternehmer reden neuerdings gern von »Geiselnahme«, wenn Gewerkschaften einzelne Firmen in Tarifgebieten bestreiken. Das müsse durch Aussperrung bekämpft werden.

Eberhard: Das ist ein Vorwand, der nicht viel trägt. Unternehmen denken sich immer noch dieses und jenes aus. Denk doch an die Zeitungsverleger. Die denken sich aus, sie müßten doch längst in den Rundfunkbereich privatwirtschaftlich eindringen. Andererseits meinen sie, in ihren Bereichen dürfe niemand eindringen, denn seit Jahrzehnten werde die Presse privatwirtschaftlich betrieben. Man kann nicht beides haben. Jetzt reden die Unternehmer von »Geiselnahme« und demnächst denken sie sich noch was anderes aus. So kann man dem Streikrecht nicht beikommen. Und warum sollen Gewerkschaften nicht punktweise streiken? Das hat's früher gegeben. Gibt's eben heute auch.

KONKRET: Glaubst Du, daß man eine solche Entscheidung vom Bundesverfassungsgericht bekommen kann?

Eberhard: Das läßt sich sehr schwer voraussagen. Ich hätte auch nicht vorausgesagt, daß das Gericht sich in der Mitbestimmungsfrage so eindeutig auf die zu prüfenden Fragen beschränken würde. Ich freue mich darüber. Vielleicht hat dazu auch der Protest in der demokratischen Öffentlichkeit beigetragen.

KONKRET: Was hast Du empfunden, wenn in den letzten Jahren das Bundesverfassungsgericht die Rechte des Gesetzgebers immer wieder eingeschränkt hat?

Eberhard: Ich war unglücklich über manche Urteile. Die Bundesrichter hatten sich praktisch zum obersten Bundes-Exekutivorgan entwickelt. Die haben sogar statistische Überlegungen angestellt im Urteil über die Kriegsdienstverweigerung. Das halte ich für völlig abwegig. Dagegen kann nur ein Aufschrei der öffentlichen Meinung helfen. Sonst könnte natürlich auch der Bundesgesetzgeber mit einfacher Mehrheit das Verfassungsgerichtsgesetz so ändern, daß die Urteile nicht mehr wie Blöcke für die Ewigkeit dastehen. Eine Aufgabe für den Gesetzgeber ist vielleicht auch, eine Möglichkeit zur Korrektur von Fehlentscheidungen einzubauen. Und man muß bei der Auswahl von Verfassungsrichtern etwas achtsamer sein, als die SPD gewesen ist. Ich will da jetzt nicht in die Personalien gehen. Da gibt es Leute, die sind einfach feige. Es ist wie bei der Presse oder beim Rundfunk. Wenn da von einem Streik die Rede ist, heißt es: »Ein Streik droht«. Das ist eine infame Feststellung. Die Medien müßten sagen: »Ein Streik steht bevor«, wenn sie schon nicht sagen wollen: »Hoffentlich kommt ein Streik, um die Löhne in die Höhe zu bringen.«

KONKRET: Und was sagst Du zu den sogenannten Anti-Terror-Gesetzen?

Eberhard: Diese hektische Gesetzgebung hatte ja den angeblichen Zweck, gegen den Terror was zu unternehmen, und gegen Terroristen muß man ja wirklich was unternehmen. Bei aller Sympathie, die ich für die inhaltlichen Vorstellungen mancher dieser Terroristen habe, muß ich sagen: sie haben uns das Leben sehr schwer gemacht. Denn sie haben eben diese Gesetze provoziert. Oder sie haben es denen, die sie haben wollten, möglich gemacht. Denn die Interessenten der Wirtschaftsverfassung von heute mit einer Million Arbeitslosen und so weiter, die brauchen ja solche Gesetze, um Unsicherheit zu verbreiten. Die brauchen den Buhmann Terrorismus, um Gesetze gegen uns zu machen.

KONKRET: Der Anwalt Klaus Croissant hat gerade erfahren, daß er nach seiner Haftentlassung einen Stempel im Personalausweis haben wird, der ihn am Verlassen der Bundesrepublik hindert.

Eberhard: Innenminister Baum will das ja wieder ändern. Und ich hoffe, das geschieht auch. Denn das ist zweifelsohne gegen das Grundgesetz, Menschen nach dem Vorbild des Dritten Reiches mit einem »J« zu bestempeln.

KONKRET: Die Rechte hat sich ungehindert formieren können ...

Eberhard: Und die Innenminister haben so törichte Statistiken herausgegeben, mit Zahlen für Linksextremismus und Rechtsextremismus. Da wurde und wird der als schwach hingestellt, und dabei vergessen, daß die CSU in großen Teilen doch zweifelsohne zum Rechtsextremismus zu zählen ist.

KONKRET: Gibt es nicht eine Kontinuität des Verfassungsbruchs von der »Spiegel«Affäre bis zum flächendeckenden Abhören von Telefongesprächen durch den BND?

Eberhard: Und bis zum Fall Traube. Natürlich gibt's das immer wieder.

Konkret 05/79, S. 11

Werner Heine

Falsch Parken ist teurer

30 Jahre Verfassungsbruch

Der Katalog unserer Grundrechte ist in der Verfassung in 19 Artikeln festgeschrieben. Nur vier sind über die Jahre davon befreit geblieben, daß »Näheres durch ein Bundesgesetz geregelt« wird: Das Recht, ein Mensch zu sein, das Recht, gleich zu sein, das Recht, Koalitionen zu bilden, und das Recht, sich bei den zuständigen Stellen zu beschweren. Die übrigen 15 Grundrechte wurden der Exekutive zur Disposition gestellt. Und die hat davon Gebrauch gemacht: Die Ersatzdienstzeit für Kriegsdienstverweigerer ist länger als die von Wehrpflichtigen, obwohl das Grundgesetz dieses untersagt. Das Grundrecht auf Versammlung unter freiem Himmel muß sich den Vorschriften über den Straßenverkehr beugen. Die Unverletzlichkeit der Wohnung gilt nicht mehr für den Fall der »Flächenfahndung«. Das Brief- und Telefongeheimnis wurde den Interessen der Spionage geopfert. Wer sein Grundrecht auf politisches Asyl in der BRD wahrnehmen darf, bestimmen die Landesregierungen.

Aber es gibt nicht nur eine lange Tradition der Aushöhlung von Grundrechten, sondern auch ihrer Mißachtung. Seit der Verabschiedung des Grundgesetzes ist nie wieder eine wichtige Vorschrift erlassen worden, die nicht strafbewehrt wäre. Nur die Brechung unserer Verfassungsrechte durch die Herrschenden ist folgenlos. So ist falsches Parken teurer als mehrfacher Verfassungsbruch.

Als 1956 neben Tausenden von Kommunisten auch der Landtagsabgeordnete Jupp Angenfort auf der Straße verhaftet wurde, ging das Verfassungsrecht auf Immunität zum Teufel. Die Berufsverbote verstoßen allesamt gegen das Parteienprivileg, doch das zum Schutz der Verfassung eingesetzte Gericht sagt bloß: ja-aber-nicht-doch. Wir haben Verfassungsschützer die sich aus den Karteien von Bibliotheken die Leser des »Kapitals« notieren. Wir hatten nicht nur die »Spiegel-Affäre«, die zeigte, daß das Verbot der Zensur durchbrochen wird. Jede Schülerzeitung erlebt dies jeden Tag.

Wir haben einen Grenzschutz, der die Kaffer von Bürgern nach sozialistischem Schrifttum durchsucht. Wir haben Innenminister, die, wenn's bekannt wird, sagen, das gäbe es gar nicht, und dann: Das wird alles geändert. Bis wiederum bekannt wird, daß Reisepässe fotografiert werden, weil doch der Grenzschutz dem BND Amtshilfe leisten muß, obwohl es das auch gar nicht gibt. Den BND gibt es rechtlich auch nicht, jedenfalls kein Gesetz über dessen Zuständigkeit. Und so führt er sich auch auf.

Aber dafür haben wir das Recht auf Mißbrauch des Eigentums, das Recht, Mieten zu erhöhen und Wohnungen zu kündigen, das Recht, straflos Schwangere zu entlassen, das Recht, wegen Bildung eines Betriebsrats rauszufliegen, das Recht auf keine paritätische Mitbestimmung.

Wir haben in den Gefängnissen Zwangsarbeit gegen ein Verhöhnungsgeld von durchschnittlich zwei Mark pro Tag. Wir haben die Behinderung der Verteidigung. Wir haben die Trennscheibe und die Rektaluntersuchung von Anwälten. Wir haben die lückenlose Erfassung der Bundesbürger durch Datenspeicher. Wir haben den Säuferbalken im Führerschein ersetzt bekommen durch einen Eintrag im Ausweis, der am Verlassen der Republik hindert. Eine Maßnahme gegen säumige Alimentenzahler?

Der verurteilte Anwalt Croissant wird diese Neuauflage des Judenstempels nach seiner Strafverbüßung tragen müssen, weil er »in einer nicht mehr zu rechtfertigenden Weise... Justiz- und Sicherheitsbehörden diffamiert« habe und »zu befürchten (ist), daß er dieses Verhalten nach seiner Freilassung, insbesondere vom Ausland aus, fortsetzen wird« - so die Stadt Stuttgart in ihrer Anordnung. »Schutzhaft« wäre ehrlicher.

Der Düsseldorfer Kommunist Karl Schlabrod, 78, hat von den 12 Jahren Nazi-Herrschaft 11 Jahre und 11 Monate in Kerkern verbracht. Das war der Bundesrepublik 21.750 Mark Wiedergutmachung wert - plus einer Verurteilung zu 29 Monaten Gefängnis als Verfassungsfeind. Schlabrod, der Duz-Freund von Heinz Kühn aus alten Tagen, mußte zwischen 1956 und 1963 fünfmal den Hütern unserer Verfassung die Tür zur Hausdurchsuchung öffnen.

Dafür erhielt die Witwe Reinhard Heydrichs eine vierstellige Beamtenpension. Denn ihr Mann hatte vorschriftsmäßig Millionen in die Gaskammern getrieben, sich aber nachweislich nie an verfassungsfeindlichen Umtrieben beteiligt.

Auch ein Hauptmann Waldemar Pabst, der Rosa Luxemburg verhaftete und ihren Abtransport ins Moabiter Gefängnis befahl, ein Weg, auf dem sie zur Leiche im Landwehrkanal wurde, hat Pension bezogen. Denn wir achten die Beamtenrechte, es sei denn daß die Tochter eines jüdischen Widerstandskämpfers namens Gingold Lehrerin werden will, obwohl sie Kommunistin ist. Das nun nicht.

Eine Verfassung, sagt Friedrich Engels, ist ein Waffenstillstandsvertrag im Kampf der Klassen. Verträge aber sind, bestbewährter alldeutscher Tradition zufolge, »Fetzen Papier«. Und werden so behandelt.

Konkret 05/79, S. 12

Hans Christoph Buch

»Wat mutt, dat mutt«

Eine Woche Treckerfahrt von Gorleben nach Hannover. Für KONKRET war Hans Christoph Buch dabei

An diesem Morgen war Gorleben wirklich überall. Aus Hannovers Fenstern hingen Transparente: »Keine WAA in Gorleben und anderswo! « »Schluß mit dem atomaren WAAnsinn!«, auf Balkonen und Bürgersteigen drängte sich das Volk, Mütter mit Babies auf dem Arm, Wohngemeinschaften in Phantasiekostümen, die Gesichter buntbemalt, Friseure mit ihren Kundinnen, selbst die muskelstarke Belegschaft eines Body-Building-Ladens war angetreten, um dem Treck zuzujubeln, dazwischen das sauertöpfische Gesicht eines Atombefürworters, der uns zurief, wir sollten lieber arbeiten gehen. Blumen regneten auf den Treck nieder und wurden in die Menge zurückgeworfen, und immer wieder war das Motto zu hören, unter dem wir nach Hannover gezogen waren, durch Regen, Wind und Wetter: »Albrecht, wir kommen, wenn's sein muß angeschwommen! « - Eine singende, klatschende, tanzende, stampfende Menschenmenge von mehr als 100.000 Atomgegnern, die sich in kilometerlangem Zug durch Hannover bewegte, dazwischen 150 Traktoren im Schnellgang: als die ersten gegen zwölf Uhr am Kundgebungsplatz auf dem Klagesmarkt eintrafen, hatten sich die letzten an der Stadtgrenze noch nicht in Bewegung gesetzt.

Angefangen hatte alles vier Wochen früher, mit einem Aufruf der Bauern des Landkreises Lüchow-Dannenberg:

» Wir Bewohner des Landkreises Lüchow-Dannenberg haben uns entschlossen, einen Protest-Treck nach Hannover durchzuführen, weil wir es nicht hinnehmen, daß unser Landkreis durch die Errichtung einer Atomfabrik zerstört werden soll...

Wir erwarten von Herrn Dr. Albrecht, daß er mit einer großen Anzahl von Lüchow-Dannenbergern diese Forderungen am 31.3.1979 in Hannover erörtert.

Wichtig hierbei ist, daß der Aufruf nicht von der Bürgerinitiative, sondern von den sonst eher konservativen Bauern ausging, die in den letzten Monaten mit Treckerdemonstrationen vor Ort einschlägige Erfahrungen gesammelt hatten. Auf dem zentralen Widerstandskongress in Braunschweig machten sich die BI's und Anti-AKW-Gruppen aus dem ganzen Bundesgebet den Aufruf der Lüchow-Dannenberger zu eigen. Das ging nicht ohne Schwierigkeiten ab: einige Gruppen aus Hamburg und anderswo wollten sich unbedingt am (nicht vorhandenen) Bauzaun in Gorleben blutige Köpfe holen - im Ernstfall wären sie schon an der Kreisgrenze vom BGS in Empfang genommen worden - und sahen im geplanten Gorleben-Treck eine »Spaltung des Widerstands.« Sie mußten erst nachdrücklich an ihre selbstproklamierte Devise: »Dem Volke dienen« erinnert werden, ehe sie Vernunft annahmen und den Vorschlag der Bauern akzeptierten.

Ich wollte mich in Rosche bei Uelzen dem Treck anschließen, der endlich am 25. März in Lüchow aufgebrochen war. In Erwartung eines Ansturms von Chaoten hatten die Einwohner alle Rolläden heruntergelassen und Kneipen und Geschäfte dichtgemacht. An einer Kreuzung wartete ein Polizeiauto, daneben hatten sich ein paar Pressefotografen auf die Lauer gelegt. Am Info-Tisch der BI kaufte ich mir einen Teilnahmeschein für den Treck und ließ mir eine Ordnerbinde an den Arm heften.

Dann war es endlich soweit: die ersten Radfahrer rollten ein, mit Pappschildern auf dem Rücken: »Uns reicht's, wenn Albrecht strahlt«, gefolgt von Treckern mit riesigen Transparenten: »Es grünt die Tanne, es schlage das Herz, im Widerstand sind wir hart wie Erz«, nicht zu vergessen der schöne Spruch aus dem Bauernkrieg: »die herren machen das selber, dass ihnen der arme mann feyndt wird«. Viele bekannte Gesichter, sogar mein Nachbar Patzke ist darunter, sowie einige freischaffende Künstler, die sich in letzter Zeit selten bei der BI sehen lassen. Es gibt Erbsensuppe im Gemeindezentrum - die Plastikteller werden nach dem Essen eingesammelt, zwecks Wiederverwendung - und ungespritzte Äpfel zum Nachtisch. Beim Abmarsch nach Uelzen fängt es an zu regnen.

Den weiteren Verlauf des Trecks kann ich hier nur stichwortartig skizzieren. Da die Langsamsten das Tempo angaben, legten wir pro Tag im Schnitt etwa 25 Kilometer zurück. Als nach viertägigem Marsch ein Wegweiser: »Uelzen 54 Kilometer« in Sicht kam, meinte mein Nebenmann, das müsse ein anderes Uelzen sein. Unterwegs hingen mehrere ungelöste Probleme wie Damoklesschwerter über dem Treck:

1. Die Würstchenfrage. Anstelle der angekündigten Erbsensuppe gab es nämlich von Hösseringen an (ein Ort, der auf keiner Landkarte verzeichnet ist) nur noch außen schwarz verkohlte und innen tiefgefrorene Currywürste, für die hungrige Treckteilnehmer mindestens eine halbe Stunde im Regen Schlange stehen mußten, und zwar zum Solidaritätspreis von 2,50 Mark pro Stück - ein Klecks Ketchup kostete nochmal 20 Pfennig extra. Da halfen kein individuelles Meckern und auch keine kollektiven Beschlüsse: Die Würstchen mußten gegessen werden, weil irgendeine BI sie bestellt hatte.

2. Das KBW-Problem. Es wurde, ebenso wie die Würstchenfrage, zwar ständig an- aber nie ausdiskutiert. Ein paar KBWler fuhren nämlich als Trittbrettfahrer beim Treck mit und verteilten unaufgefordert ihre Parteizeitung an allen Haustüren. Da half es wenig, daß die Treckversammlung Abend für Abend dem KBW das Flugblattverteilen verbot: Die Genossen hatten

es sich nämlich in den Kopf gesetzt, daß sie für uns die Bauern mobilisieren müßten - ohne ihre Unterstützung wäre nach ihrer Ansicht der Treck verloren - und erst als ein paar leibhaftige Bauern mit Händen wie Heugabeln sie gewaltfrei zur Brust nahmen, hatte der Spuk ein Ende.

3. Schlimmer noch als die Genossen vom KBW waren die Kollegen von der Presse, die von Beamten des Verfassungsschutzes nicht immer klar zu unterscheiden waren - die Übergänge sind da fließend. Wo immer der Treck ins nächste Dorf einbog, lagen sie in Vorgärten und Straßengräben auf der Lauer, um zum hundertsten Male frierende Ostermarschierer unter klatschnassen Transparenten zu fotografieren - das Informationsbedürfnis der Medien ist ebenso unstillbar wie das des Verfassungsschutzes. Kam eine Kuh oder ein Pferd in Sicht, bildeten sich Trauben von Pressefotografen - am liebsten hätten sie den Stallgeruch in Dosen an ihre Redaktionen geliefert. Und dann versuchten sie, Elke für ein Interview zu ködern; Elke, die einzige Bäuerin, die den Treck vom ersten bis zum letzten Tag mitmachte (die übrigen Landwirte mußten zwischendurch zur Frühjahrsbestellung zurück auf ihre Höfe): »Wir bringen dich ganz groß raus, als Landfrau mit Mistgabel und so.« Elke erklärte dem Reporter, daß sie sich weder von der DWK noch vom Fernsehen kaufen lasse. Als eine Abordnung des Trecks im ehemaligen KZ Bergen-Belsen einen Blumenstrauß niederlegte, mußte der Vorgang fünfmal wiederholt werden, ehe alle Kameras zufriedengestellt waren.

Internationale Beachtung fand die an der Kreisgrenze erfolgte Ausrufung der Republik Freies Wendland. § 1 der wendländischen freiheitlich-demokratischen Grundordnung lautet: »Kein gemeinsamer Wille unter 1,5 Promille«, § 2 »Wat mutt, dat mutt!« (unübersetzbar). Wie in jedem freiheitlichen Staat gibt es auch im Wendland Berufsverbote, und zwar für Bohrer (Flach- und Tiefbohrer); Zahnärzte. sind hiervon ausgenommen.

Unseren triumphalen Einzug nach Hannover habe ich bereits geschildert. Mittlerweile waren aus 15 Treckern 150, aus ca. 1.000 Treckteilnehmern mehr als 100.000 geworden, (im ZDF war hinterher von »35.000 meist jugendlichen Demonstranten« die Rede, ein interner Funkreport der Polizei nannte 140.000), die die Innenstadt von Hannover in ein Meer von Blumen, Anti-Atom-Sonnen und gelben Anoraks verwandelten. Die Kundgebung ging mit den üblichen Reden über die Bühne.

Während Holländer und Skandinavier noch ihre Grußadressen verlasen, setzte sich der Treck aus Lüchow-Dannenberg wieder in Bewegung, um Dr. Albrecht einen Besuch abzustatten, der zur gleichen Zeit mit den Honoratioren der sogenannten Gorleben-Kommission konferierte. Vor dem Gebäude angekommen, wollten uns mehrere Saalordner am Eintreten hindern, aber der Hinweis auf meine offizielle Funktion als Ordner, durch meine Armbinde unterstrichen, beeindruckte sie dermaßen, daß sie den Weg freimachten. Als sie ihren Irrtum erkannten, war es bereits zu spät: die Vorhut des Trecks war bis zu Dr. Albrecht vorgedrungen, der wie im Fernsehen aussah - nur daß sein Lächeln, angesichts der Wortmeldungen aus dem Publikum, zusehends gefror.

»Kommen Sie überhaupt aus Lüchow-Dannenberg?« wollte Albrecht wissen und, als ihm ein vielstimmiges »Ja« entgegenschlug: »Erster oder zweiter Wohnsitz?« Aber auch dieser bewährte Trick scheiterte an der Geschlossenheit des Trecks. »Eigentlich sind wir zu Ihrer Unterstützung hier,« meinte ein junger Landwirt, »damit Sie Ihr bißchen Courage zusammenkratzen und Nein sagen zum Sorgenzentrum in Gorleben. Aber vorher müssen Sie sich das Grinsen abgewöhnen.« Der Ministerpräsident hatte es plötzlich sehr eilig; er erklärte die Aussprache unter Hinweis auf die fortgeschrittene Zeit für beendet und verließ unter Polizeischutz den Saal. Hatte er gehört, was die 100.000 beim Einzug nach Hannover sangen? »Albrecht an die Leine / Albrecht in die Leine / Albrecht nicht alleine / Schmidt muß mit.«

Konkret 05/79, S. 14

Jagd auf Informanten

Gorleben-Hearing

Zu Beginn des Hearing in Hannover veröffentlichte das holländische »Eindhovens Dagblad« die Fotokopie einer Protokollnotiz einer Unterausschußsitzung der Reaktor-Sicherheitskommission (RSK) vom 15.2.1977:

»Der BMI (Bundesminister des Inneren, Red.) präzisiert die Aufgabenstellung für die Beratung der RSK. In einer 1. Stufe der Beratung soll die RSK, und für Teilaspekte des Entsorgungszentrums auch die SSK (Strahlenschutz-Kommission, Red.) ... eine positive Empfehlung zur technischen Realisierbarkeit des Gesamtkonzepts unter Berücksichtigung der sicherheitstechnischen Anforderungen abgeben. Eine solche Empfehlung macht der BMI zur Voraussetzung weiterer 1. Teilerrichtungsgenehmigungen für künftige Kernkraftwerke. «

Auf diese Veröffentlichung reagierte die Geschäftsstelle der RSK sofort per eiligem Fernschreiben an den niedersächsischem Sozialminister in Hannover:

»Dieser Entwurf (des Protokolls, Red.) wurde, weil unrichtig, beider Verabschiedung des Ergebnisprotokolls korrigiert und hat in der gebilligten und allein gültigen Fassung folgenden Wortlaut: 'Der BM[präzisiert die Aufgaben*stellung für die Beratungen der RSK. In einer 1. Stufe der Beratung soll die RSK, und für Teilaspekte des Entsorgungszentrums auch die SSK ... eine Empfehlung .. abgeben. Eine positive Empfehlung macht der BM*I *zur Voraussetzung weiterer 1. Teilgenehmigungen für künftige Kernkraftwerke'.«*

Komischer Protokollführer, der das Wörtchen »positiv« an der falschen Stelle gehört hat. Zum Glück fiel der falsche Entwurf Unbefugten in die Hände, so daß die RSK den Fehler öffentlich korrigieren konnte.

*

Der französische Atom-Ingenieur Yves Lenoir begründete seinen Rücktritt aus dem internationalen Gutachtergremium auf einer Rede vor Anti-AKW-Demonstranten in Hannover:

Sollte denn Europa nur das Manöverfeld der herrschenden Kreise sein? Ich gebe Euch Beispiele, aktuelle Anmerkungen zu dem Gorleben-Hearing. Wir haben in Frankreich ein Netz von Informanten im Herzen der atomaren Körperschaften EDF, CEA und COGEMA, die dort Geheimpolitik praktizieren. Durch dieses Netz bin ich an technische Informationen herangekommen, die ich zu dem Gorleben-Hearing beitrage. Unser Bericht wurde der Niedersächsischen Landesregierung Anfang März ausgehändigt. Er umfaßt 2200 Seiten. Einige Tage, bevor ich hierher kam, so um den 20. März, erfuhr ich, daß der Werkschutz der CEA nach denjenigen fahndete, die die Informationen geliefert hatten. Wir unterliegen der Schweigepflicht und im übrigen fügt sich Eure Presse anstandslos, in ihrer Mehrheit bedenkenlos, den Anordnungen der Behörden. Die Wissenschaftler, die an dem Hearing teilnehmen, werden nicht interviewt, nur einige oberflächliche Bezugnahmen mit viel Abstand. Aber die andere Seite wertet die Informationen, die wir ihnen verschafft haben, aus, nicht etwa, um die Öffentlichkeit zu informieren, sondern um den Werkschützern zu helfen, unsere Informanten ausfindig zu machen. Das Europa der Technokraten-Clique ist eine Tatsache.«

Konkret 05/79, S. 15

Hermann L. Gremliza

Willi sein Milieu

Was hat die »Tageszeitung« mit der Linken zu schaffen? Ein Brief, ein »Dementi« und eine Antwort von Hermann L. Gremliza

---

Sehr geehrter Herr Gremliza,

wie telefonisch mit Frau Wülffing abgesprochen, erhalten Sie den Text für die nächste Konkret-Ausgabe per Eilpost zugesandt.

Daß etwaige Änderungen oder Kürzungen des Textes vorher telefonisch mit uns abgesprochen werden sollten, versteht sich ja von selbst. Für Rückfragen stehe ich oder Frau Cordelia Dilg zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Anne Pascal Hinze

»Aber auch ohne den Skandal von Hannover, als bei einer TAZ-Unterstützungsfete ein Mädchen in der Toilette von mehreren Besuchern »spontane vergewaltigt wurde, und das Auditorium protestierte, als deshalb eine Musikergruppe nicht weiterspielen wollte, kurzum: auch ohne diese beispiellose in einem tatsächlich linken Milieu unvorstellbare Schweinerei wären wir inzwischen zu dem Schluß gekommen: ´Die Neue` ist wichtiger.« Das schrieb H. Gremliza im Editorial von Konkret vom April 1979.

Es gibt viele Arten von Verleumdung. Eine davon ist die, dem politischen Gegner das hemmungslose Ausleben brutaler sexueller *Phantasien zu unterstellen. Darin waren sich Stalinisten schon immer mit der Bildzeitung einig. Daß die »Spontis« auf der TAZ-Veranstaltung spontan vergewaltigen, daß pornografisch ausgekostete Sätze für jedes politische Argument stehen, ist nichts Neues. Daß ein hochmoralischer Biedermann wie Herr Gremliza nach heftigen Protesten seiner Leser und teilweise seiner Mitarbeiter ein »Dementi« von 30 Zeilen der 'Tageszeitung' einräumen muß - auch das ist bundesdeutscher Pressealltag. Was in Hannover passiert ist, hätte ebenso schlecht auf einer Veranstaltung der UZ, der Neuen, der KVZ oder der Konkret selbst passieren können. Nur - diese unerwünschte Wirklichkeit wäre wohl nicht in den »politisch präzise« (Gremliza) gesäuberten Journalismus dieser Zeitungen eingegangen.*

Was Herrn Gremliza stört, ist die Veröffentlichung und Diskussion über »schlechte« Realität. In der Tageszeitung findet seit Wochen eine Auseinandersetzung über die Tatsache der Vergewaltigung auf einem Fest der Linken statt; aber auch über die Art und Weise unserer Berichterstattung. Daß auch für linke »die Schweine immer die anderen sind«, solche eingespielten Tabus zu durchbrechen, das ist es, was die Tageszeitung notwendig macht.

Wer sich informieren will und an unserer Diskussion teilnehmen will, kann die Nullnummern 7-10 bei der 'Tageszeitung' Wattstraße 11/12, 1 Berlin 65 bestellen.

Eingegangen am 9. April, per Eilboten, belegt mit 0,60 DM Strafporto wegen Unterfrankierung. Der Brief wurde - nach Auskunft des »Tageszeitungs-Anwalts kollektiv diskutiert und verfaßt.

Wir haben also Sätze »pornografisch« ausgekostet, haben »dem politischen Gegner das hemmungslose Ausleben brutaler sexueller Phantasien« unterstellt. Denn in Wirklichkeit ist nur dies vorgefallen:

Bei einer »TAZ-Veranstaltung am 16.2. in Hannover« wurde »im Laufe eines Gerangels zwischen türkischen und deutschen Jugendlichen« einem Mädchen »der Schuh entrissen und sie so auf die Männertoilette gelockt«. Dort versuchte einer der Jugendlichen, das Mädchen zu vergewaltigen. Auf die Hilfeschreie des Mädchens reagierten die Besucher, die sie hörten, nicht. »Erst die Freundin verständigte die Mitarbeiter des Pavillons«, die einen Krankenwagen riefen. »Statt diesem aber kam ein Überfallkommando der Bullen.« Das Mädchen konnte erst nach vier Tagen aus dem Krankenhaus entlassen werden. Diese Angaben entnehmen wir der »Tageszeitung« vom 8. März.

Die »TAZ-Initiative Hannover« erklärt: »Daß niemand auf die Schreie reagiert hat, heißt für uns auch, die Schwierigkeiten einzusehen, in der unüberschaubaren Situation auf der Toilette noch klar und rational reagieren zu können. Wir bezweifeln das. Aber bei genauer Kenntnis der Situation geben wir zu, nicht unbedingt zu wissen, wie man adäquat reagiert... Der größte Teil der Leute jedoch überdeckten ihre Ohnmachtsgefühle gegenüber der Situation durch einerseits überdeutliche 'Betroffenheit' - was sich in starker Hysterie ausdrückte - und der andere Teil reagierte mit zynischen Bemerkungen ('Sie wird ihn wohl geil gemacht haben` und ähnliches) bis hin zu Sprüchen wie 'The Show must go on!`«

Sie ist dann auch »on« gegangen, was die Westberliner TAZ-Redaktion veranlaßte, ihr Publikum unter dem Titel »Linke Reaktion« zur Ordnung zu rufen, worauf ihr in Leserbriefen vorgeworfen wurde, das sei »Bildzeitungsstil«, »nackter Bildzeitungsstil«, »Geschmacklosigkeit im Bildzeitungsstil«. Nun hat die »TAZ« den »Bild«Vorwurf an KONKRET weitergereicht.

»Was in Hannover passiert ist«, schreibt die TAZ-Redaktion, »hätte ebenso schlecht auf einer Veranstaltung der UZ, der Neuen, der KVZ oder der KONKRET selbst passieren können.« I wär' ond du tätsch - i wär' Kenig und du tätsch mir g'horche. Lassen wir uns dennoch auf diesen Konjunktiv ein, obwohl in Jahrzehnten politischer Veranstaltungen der Linken nie dergleichen »passiert« ist. Abgesehen davon, daß ich nicht weiß, was »KVZ« ist, und für andere nicht sprechen kann: Die Besucher einer KONKRET-Veranstaltung hätten schon eingegriffen, wenn ein Mädchen auf die Männertoilette gelockt worden wäre. Wären sie erst dazugekommen, als versucht wurde, das Mädchen »aggressiv anzumachen« (TAZ vom 8.3.), hätten sie unter Anwendung der »eingespielten Tabus der Linken« und ohne Rücksicht auf die »unüberschaubare Situation auf der Toilette« dem Täter eins in die Fresse gehauen, den Krankenwagen alarmiert und der Polizei gegenüber die nötigen Angaben gemacht, anstatt die Beamten als »Bullen« zu titulieren. KONKRET hätte, wenn es überhaupt so weit gekommen wäre, berichtet, und zwar so, daß sich eine »Diskussion über 'schlechte' Realität«, die das »schlecht« in Anführungszeichen setzt, erübrigt hätte. Leserbriefe, die dann noch den > Versuch« zu diskutieren wünschten, »mit der Betroffenheit und Hilflosigkeit umzugehen« (TAZ-Leserbrief vom 8.3.), hätten nicht geschrieben werden können.

»Daß auch für Linke 'die Schweine immer die andern' sind, solche eingespielten Tabus zu durchbrechen, das ist es, was die Tageszeitung notwendig macht. « Wir haben nämlich keine andern Sorgen. Wir müssen nämlich, 100 Jahre nach dem »Kapital«, erstmals ganz neu entdecken, daß auch der unterdrückte Mensch nicht gut, sondern entfremdet ist - vielleicht entdecken wir auch eines Tages, woran das liegt (ein Lesertip wurde schon gegeben.)

Es interessiert nicht, was die Arbeiterbewegung in hundert Jahren erkämpft, erlitten, erfahren und gelernt hat: »Während die Alten (Linken) lediglich um ein anderes politischen System kämpften - und in der III. Welt noch heute kämpfen - ... denken wir an eine andere Kultur, an eine Erschütterung eben dieser Grundlagen.« Wir werfen »die abgelegten Kostüme des revolutionären Marxismus« weg und »mehr und mehr tritt wieder etwas Wesentliches in unserem Leben in der Vordergrund ... Ich meine die Religion und das Heilige« (Aus einem achtspaltigen Beitrag in der TAZ vom 15.3). Wer sind wir? Das bedarf keiner Legitimation, weil: wir sind wir.

Tradition, Organisation, Verbindlichkeit, Verantwortung - das sind die Formeln der »Alten«. Es macht viel mehr Spaß, der erste Mensch zu sein, die (historisch längst beantworteten) Fragen paradiesisch unbefleckt »anzudiskutieren«, nein: »zu versuchen, sich zu ihnen zu verhalten«, an »Betroffenheit« zu leiden (wenns andere getroffen hat), statt Stellung einen Ausguck zu beziehen, von wo man sieht, »was da so an Strukturen abläuft«.

Zum Beispiel in und über Auschwitz, denn der Antifaschismus ist - ähnlich wie »der Antiimperialismus, der gute, alte« (TAZ vom 15.3.) - eins dieser »Tabus der Linken«, die zu brechen die »Tageszeitung« so »notwendig« macht:

Da erscheinen auf einer TAZ-Fete in Kiel zwei TAZ-Mitarbeiter in Begleitung ihres Freundes Dietmar Munier. Der Mann betreibt in Kiel den Buchladen »Sturmwind«, das Kommunikationszentrum der örtlichen Neonazis. Einige Besucher des Fests regt das auf, und der Fall wird nun in der TAZ diskutiert, wiefolgt von der »Kieler TAZ-Initiative«:

»Das besondere Problem war, daß zwei von uns Dietmar Munier seit einigen Monaten persönlich kannten, aber erst seit einigen Wochen über seine politische Praxis Bescheid wußte». Weil sie Dietmar Munier als Person und nicht als Faschisten kennengelernt hatten, waren sie nicht bereit und nicht fähig dazu, ihn plötzlich als Unperson, als aussätzig zu behandeln. Ihre Betroffenheit durch diese unmittelbare Erfahrung, ihre Unsicherheit, sich zu verhalten, die Verständnislosigkeit anderer dafür, bzw. der Unwillen zu verstehen, waren die Schwerpunkte unserer Gespräche.«

Zum Glück lebt Himmler nicht mehr. Persönlich soll er sehr nett gewesen sein. Aber was für Verhaltungs-Störungen hätte das geben können!

Auf der Toilette sind sie hilflos, vor einem stadt- und ihnen »seit Wochen« bekannten Nazi sind sie »betroffen«, aber manchmal sehen sie doch ganz klar: Etwa bei Willi Bettel, dem Besitzer des »Café Vaterland«, der mit NS-Kostümen und Nazi-Parolen in sein Lokal lockt, indem die Wiking-Jugend trinkt und vor dessen Tür ein englischer Journalist krankenhausreif geprügelt wurde.

Doch »Willi« - er wird von der »Tageszeitung« eine Seite lange geduzt, im Gegensatz zum Westberliner IG Druckvorsitzenden, der »dieser Herr« heißt, und zu mir, dem das wohl als das Nonplusultra der Distanzierung gedachte »Herr« gleich mehrfach verpaßt wird, durchaus nicht zufällig übersehend, daß der schimpfwörtliche Gebrauch von »Herr« dem polemischen Schatz der Bourgeoisie entstammt; während der Abfall von den anerzogenen bürgerlichen Sitten und Gebräuchen sich, gemäßigt, im fallweisen Falschschreiben des Familiennamens manifestiert - »Willi« also ist auch gegen die »eingespielten Tabus der Linken«. Er sagt der TAZ nämlich:

»Nein, bezwecken wolle er nichts, da müsse man erst abwarten, was für ein Publikum sich herausbilde, er sagt, bisher sei die Reaktion für ihn unerwartet, er habe unter anderem die Parolen an die Scheibe geschmiert als Trotzreaktion auf Unterstellungen. Er könne keine Ziele abstecken, er wolle nur keine so scheißlangweilige Kneipe - ganz Westberlin sei im Grunde so tot wie Ostberlin - er persönlich wolle seinen Spaß haben

Und dann sagt der »Tageszeitung«-Reporter zu seinem Willi: »Es ist mir aufgefallen, daß Du Dich sehr eng an die Fragen der Journalisten gehalten hast und zum Beispiel die teilweise Verunsicherung nicht direkt für Dich ausgenutzt hast.« Und Willi sagt: »Im Grunde hast Du sowieso keine Chance, verstanden zu werden, wenn Du nicht das gleiche Kritikraster benutzt ...« Und dann sagt einer: »Das hat auch etwas zu tun, den Wahnsinn auszuhalten und zu durchschauen. Ich kann Dir sagen, ich bin kein Ideologe. Ein Suchender. « Und keiner, der es nicht weiß, könnte mit Gewißheit sagen, ob das Willis Worte sind oder die des Reporters Karl von der »Tageszeitung«.

Als Christian Ströbele, einer der Initiatoren der »Tageszeitung«, mit uns über das Projekt diskutierte, machte er uns die bewußte Abkehr von der reflexhaften Politik der »traditionalistischen« Linken an einem Beispiel klar: Wenn etwa, wie kürzlich in Westberlin, ein Schüler Hakenkreuze oder »Jude verrecke« an die Tafel male, so müsse man darin »zunächst mal das Positive« sehen: Den Widerstand, die Auflehnung gegen die Autoritäten, gegen Lehrer und Eltern. Wir hofften, wir hätten ihn mißverstanden, und fragten nach. Nein, das meine er so.

Wir haben nicht gefragt, wie wir mit unserer »Betroffenheit umgehen« oder uns »zu dieser Erfahrung verhalten« sollen. Oder, noch besser, versuchen sollen, uns zu verhalten. Sondern wir haben im Editorial von KONKRET empfohlen, die »Neue« zu abonnieren.

Es bleibt traurig, wieviel Geld, guter Wille, Phantasie, Widerstand (von AKW-Gegnern, Frauen, Schwulen, Gefangenen), wieviel Kraft da nicht nur verpufft, sondern in die falsche Richtung entweicht: Gegen die kargen politischen Strukturen der Linken, die Faschismus und bundesdeutschen Antikommunismus überdauert haben. Sie machen kaputt, die das kaputt machen könnten, was sie kaputt gemacht hat. Sie dürfen sich nicht wundern, daß wir hoffen, es bleibe beim Versuch.

Konkret 05/79, S. 18

Karl-Heinz Hansen

Ein Irrer namens Hitler

Vorm Bundestag hielt der Abgeordnete und KONKRET-Autor Karl-Heinz Hansen (SPD) eine Rede, wie sie das Parlament seit Jahren nicht mehr hörte

Vizepräsident Stücklen: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hansen.

Hansen: (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die heutige Debatte über die Verjährung von Mord darf nicht beim Austausch vorwiegend juristischer Argumente stehenbleiben. Vielleicht ist dies die letzte Gelegenheit, endlich Schluß zu machen mit der individuellen und kollektiven Verharmlosung und Verleugnung unserer nationalsozialistischen Vergangenheit. Die Reaktionen auf Holocaust haben bewiesen, wie diese Vergangenheit verdrängt, ja, mehr noch, weggelogen sein muß, wenn ein eher banaler, den tatsächlichen faschistischen Terror und seine Ursachen untertreibender Film so viel Betroffenheit auslösen konnte und so viele Fragen vor allem der jüngeren Generation: Warum haben wir das alles nicht gewußt? Es stimmt ja: Die Bundesregierung, der Bundestag, die Parteien, die Kirchen - sie alle haben sich immer wieder heftig vom Nationalsozialismus distanziert. Und doch haben gerade diejenigen, die sich mit moralischer Verve distanzierten, oft so getan, als sei da 1933 ein Irrer namens Hitler durch unglückliche Umstände an die Macht gekommen, habe 12 Jahre lang das deutsche Volk und ein paar andere Völker tyrannisiert, terrorisiert und sei 1945 samt seinem kleinen brutalen Anhang vom Erdboden verschwunden. Wenn man uns selbst glauben wollte, so hat es seit 1945 in Westdeutschland aufrechte Demokraten gegeben, von denen alle anderen europäischen Staaten nur lernen könnten.

Wer bei uns allerdings daran erinnert, daß es in weiten Bereichen des öffentlichen Lebens nach 1945 keine einschneidenden Veränderungen und fast gar keinen moralischen Neubeginn gegeben hat, für den wurde ein reibungslos funktionierendes Ritual des Rufmords eingeführt: Er ist Kommunist, Kommunistenfreund, Linksradikaler, inzwischen Sympathisant. Eine ehrliche, umfassende und kritische-Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus hat niemals stattgefunden, weil sie nicht stattfinden durfte.

(Zurufe bei der CDU/CSU)

Die ehemaligen Nazis wurden nach dem Krieg für den Wiederaufbau gebraucht. Sollte sich noch einer schuldig gefühlt haben, so wurde ihm beim Nachweis seines aufrechten Antikommunismus der Ablaß erteilt.

(Dr. Stark, Nürtingen, CDU/CSU: Für welche Gruppe sprechen Sie?)

Mitscherlich beschreibt diesen, wie er ihn nennt, »emotionellen Antikommunismus« so:

Er ist die offizielle staatsbürgerliche Haltung, und in ihm haben sich ideologische Elemente des Nazismus mit denen des kapitalistischen Westens amalgamiert.

(Zuruf von der CDU/CSU: Ist ja ungeheuerlich!)

Und er schreibt weiter:

Mindestens, was den Bolschewisten betrifft, ist das Bild, das von ihm im Dritten Reich entworfen wurde, in den folgenden Jahrzehnten kaum korrigiert worden.

Aber das faschistische Axiom »Der Feind steht links«, das von der bundesdeutschen Rechten wiederbelebt wurde, wirkt bis heute nach, wenn mit der Formel »Freiheit oder Sozialismus« demokratische Sozialisten aus dem Staat ausgruppiert werden.

Man muß schon mehrfach lesen, was Konrad Adenauer auf dem CDU-Bundesparteitag 1950 in Goslar gesagt hat, um es wirklich zu glauben.

(Zuruf von der FDP) -

Ich tue eigentlich nur das, werter Kollege, was der Herr Kollege Wissmann eben anempfohlen hat, nämlich waches Geschichtsbewußtsein herzustellen und den geschichtlichen Ursachen näherzukommen, die die Gegenwart bestimmen, aus der wir die Zukunft zu bauen haben!

(Beifall der SPD)

Nur ich ende nicht bei den Leerformeln eines irgendwie gearteten Gesamtgefühls von Demokraten. Meine Antwort darauf heißt, und die kann angesichts des Themas, das wir diskutieren, nur heißen: Solidarität der Antifaschisten! Das ist mein Standpunkt -weil Sie mich eben gefragt haben.

(Beifall der SPD - Erhard, Bad Schwalbach, CDU/CSU: Ich würde sagen: Beziehen Sie die Antikommunisten mit ein! Dann geht es!)

Ich zitiere, was Adenauer 1950 in Goslar gesagt hat:

Ich wollte, die Bewohner der Ostzonen-Republik könnten einmal offen schildern, wie es bei ihnen aussieht. Unsere Leute würden hören, daß der Druck, den der Nationalsozialismus durch Gestapo, durch Konzentrationslager, durch Verurteilungen ausgeübt hat, mäßig war gegenüber dem, was jetzt in der Ostzone geschieht.

Majdanek war mäßig. Treblinka war mäßig. Auschwitz war mäßig. Und der ist ein Bolschewist, der daran erinnert, daß etwa im Freundeskreis des Reichsführers SS, dessen Kontrolle die Vernichtungslager unterstanden, die Creme der deutschen Industrie, saß, der an die Filialen erinnert, die führende -noch heute führende - Unternehmen rund um Auschwitz betrieben mit Häftlingen, die man dort ausbeutete, bis sie reif waren für die Gaskammern und durch neues »Menschenmaterial« - wie es im Wörterbuch des Unmenschen hieß - aus den KZs ersetzt werden konnten. Wer sich bei uns nicht damit abfinden kann, daß in den Generalsrängen der Bundeswehr, in den Chefetagen großer Konzerne, in Landes-, Oberlandes-, Bundesgerichtssenaten, in Parteien, Kabinetten der Länder und des Bundes, in der Villa Hammerschmidt und im Palais Schaumburg Leute saßen, sitzen und sitzen werden, die nationalsozialistischen Organisationen angehörten, der ist Kommunist, Sympathisant oder Einflußagent Moskaus.

(Zuruf von der CDU/CSU: Wen meint er denn jetzt?)

So einfach war das für Adenauer, und so einfach ist das heute noch.

(Zuruf des Abg. Kleinert, FDP)

Die Tochter eines kommunistischen, von der Französischen Republik ausgezeichneten Widerstandskämpfers darf in der Bundesrepublik ihren Beruf als Lehrerin nicht ausüben. Ein Postbote soll nach 25 Jahren untadeliger Arbeit aus seinem Beruf geworfen werden, weil er der DKP angehört. Doch ein NPD-Mitglied darf in Schleswig-Holstein Schulleiter sein. Der Vorsitzende des Kampfbundes Deutscher Soldaten behauptet in Flugblättern, das »Tagebuch« der Anne Frank sei eine »Fälschung« - so wörtlich und das »Produkt einer jüdischen, antideutschen Greuelpropaganda, um die Lüge von den sechs Millionen Juden zu stützen.«

(Dr. Stark, Nürtmgen, CDU/CSU:

Wann gründen Sie eine neue Partei?)

Er wird von der Anklage der Volksverhetzung von einem bundesdeutschen Gericht im März 1979 freigesprochen. In der Urteilsbegründung heißt es, er hätte wegen Beleidigung nur dann verurteilt werden können, wenn die betroffenen Personen Strafanzeige gestellt hätten. So bewältigen wir juristisch unsere Vergangenheit. Was wir moralisch, politisch und historisch niemals aufgearbeitet haben, erledigen wir juristisch korrekt und dabei mit einem Zynismus, der die Opfer noch nachträglich verhöhnt.

Wir debattieren heute zum vierten Male im Deutschen Bundestag darüber, ob es juristisch vertretbar ist, die unbeschreiblichen, weil jede menschliche Vorstellungskraft übersteigenden Verbrechen der Nationalsozialisten weiterhin zu verfolgen oder für alle Zeiten verjähren lassen. Wir sind der UNO-Konvention von 1968 über die Nichtanwendbarkeit gesetzlicher Verjährungsfristen auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Mitmenschlichkeit nicht beigetreten.

(Vogel, Ennepetal, CDU/CSU: Dann müssen Sie natürlich auch sagen, warum nicht!)

Die Bestimmungen dieser Konvention sollten auch für »Repräsentanten der staatlichen Macht« gelten, die diese Verbrechen »dulden«. Nur, in der Bundesrepublik ist die Verjährungsfrist für darin aufgeführte Taten bereits abgelaufen.

Wir haben mit dem 1968 in Kraft getretenen § 50 Abs. 2 des Strafgesetzbuchs die Verfolgung von NS-Verbrechen weiter erschwert. Begünstigt wurden durch rückwirkende Verjährung die an NS-Mordtaten beteiligten Angehörigen des Reichssicherheitshauptamtes und anderer oberster Reichsbehörden.

(Erhard, Bad Schwalbach, CDU/CSU: Wer war wohl damals Justizminister?)

Sie können nur noch verurteilt werden, wenn ihnen auch persönlich Rassenhaß als Tatmotiv nachzuweisen ist. Dabei haben wir noch niemals den Versuch gemacht, die intellektuellen Wegbereiter, die Ideologen des Rassenhasses, die Ideologen des Freund-Feind-Schemas zur Rechenschaft zu ziehen, alle diejenigen, die mit oft verbrecherischen Thesen und Theorien in Doktorarbeiten, Aufsätzen und Vorträgen den millionenfachen Mord an Völkern und Volksminderheiten »geistig« vorbereitet haben.

(Erhard, Bad Schwalbach, CDU/ CSU: Wen meinen Sie denn?)

Wenn es richtig ist, daß mit steigender Einsichtsfähigkeit auf Grund von Herkunft, Bildung und Beruf die Widerstandspflicht gegenüber Unrecht und Gewalt wächst, dann verhalten sich Sühne und Strafe für die Beteiligten an den NS-Verbrechen umgekehrt zum Ausmaß von Schuld und Verantwortung. Wo sind diejenigen bestraft worden, die vom Schreibtisch aus die Mordmaschinerie erst organisiert und den Massenmord dann verwaltet haben?

Wenn wir einerseits beklagen, daß wir unsere Vergangenheit weitgehend juristisch bewältigen wollen, dann müssen wir uns auch fragen, was wir denn eigentlich nach 1945 juristisch getan haben, um den Verantwortlichen der NS-Verbrechen

rechtzeitig und gründlich den Prozeß zu machen.

Vogel, Ennepetal, CDU/CSU: Das können Sie bei Herrn Rücken nachlesen!)

Von einer systematischen Verfolgung kann überhaupt erst seit 1958 gesprochen werden.

Ich will hier gar nicht ausführlich auf das traurige Kapitel eingehen, das unverhältnismäßig wenige Naziverbrecher in den letzten 20 Jahren effektiv angeklagt und verurteilt wurden. Ich will mich auf die Kritik beschränken, die der 46. Juristentag 1966 geübt hat. Er hat u.a. bemängelt: die häufigen Verurteilungen wegen Beihilfe zum Mord statt wegen Täterschaft, die auch dann noch milden Strafen und die Tatsache, daß sich gegenüber der sonst üblichen Strafrechtspraxis unverhältnismäßig viele Beklagte und Verurteilte auf freien Fuß befinden. Wer glaubt, sich dieser Kritik nicht anschließen zu können, den möchte ich auffordern, sich über den Verlauf und die beschämenden Vorgänge während des Majdanek-Prozesses zu informieren.

Wir werden demnächst den 30. Geburtstag unseres Grundgesetzes feiern, unseres auf Antifaschismus angelegten Verfassungstextes. Aber wie sieht denn die politische Wirklichkeit noch aus? »Der Feind steht links« bei uns - wie eh und je. Trotz des Rituals, von dem ich zu Anfang gesprochen habe, möchte ich ganz deutlich sagen: Demokratische Sozialisten haben die Pflicht, sich mit Kommunisten klar und unmißverständlich auseinanderzusetzen. Doch Sie haben, gerade weil sie Demokraten sind, gerade in Deutschland eine weitere Pflicht, nämlich jeder Politik entgegenzutreten, die den politischen Söhnen und Töchtern der von den Nazis abgeschlachteten Kommunisten wieder mit gesellschaftlicher Ächtung und Vernichtung ihrer bürgerlichen Existenz droht. Wir haben außerdem die Pflicht, alle neonazistischen Tendenzen in unserem Land entschieden und mit allen Möglichkeiten unseres Rechtsstaates zu bekämpfen und die in weiten Bereichen unseres öffentlichen Lebens noch ungebrochene nationalsozialistische Kontinuität aufzudecken. Da erscheint Woche für Woche die »Deutsche Nationalzeitung«, über die Adolf Arndt in der Verjährungsdebatte 1965 sagte:

Wenn es je etwas Ehrenloses gab, etwas bis in den letzten Winkel des Schmutzes der eigenen Seele Verlumptes, dann ist das diese ehrlose Haltung solcher Blätter.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der FDP)

Aber es sind ja nicht nur solche alt- und neufaschistischen Produkte. In der »Welt«, die die Ausgliederung per Anführungszeichen betreibt, karikiert der Pseudonym-Zeichner Hicks linke Politiker mit einem Strich, den er unter den Nazis an der Produktion von Judenfratzen geübt hat. Da gibt es das »Deutschland-Magazin«, dessen Spiritus Rector in der NS-Zeit seine Köchin ins KZ bringen wollte, weil sie etwas gegen die Nazis gesagt hatte. An den Preisverleihungen dieses Herrn nehmen Leute teil, die gern die Hüter der Demokratie spielen, darunter einer, der damals die »Entjudung« der deutschen Wirtschaft lobte. Aus der gleichen Ecke ertönt heute wieder der Ruf nach Aufrechnung der NS-Morde mit den Opfern der Vertreibungen - in konsequenter Verleugnung der Ursachen dieser Vertreibungen. So sehr wir alle Opfer des Krieges betrauern, so sehr sind wir als Volk für unsere Taten verantwortlich. Das nimmt den anderen ihre Verantwortung für ihre Taten nicht ab.

Warum sind bei uns immer noch Schulen nach Nazi-Dichtern, Kasernen nach Steigbügelhaltern Hitlers benannt? Warum ist es bei uns dagegen nicht möglich, einer Universität den Namen Heinrich Heines oder Carl von Ossietzkys zu geben?

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der FDP)

Wenn man die Liste der durch Bundesverdienstkreuze ausgezeichneten Bürger durchsieht, wird man auf Hunderte alter Nazis, aber auf kaum einen Verfolgten des NS-Regimes stoßen. Ich denke dabei weniger an die vielen, die ihren Widerstand so sehr im stillen übten, daß nur sie selbst davon Kenntnis nehmen konnten, oder an diejenigen, denen erst die drohende militärische Niederlage die Augen geöffnet hat, sondern an alle, die den Faschismus von 1933 an oder schon vorher bekämpften, und die, wenn sie nicht in den KZs starben, ihre Gesundheit verloren. Ich denke an die Überlebenden, in denen das Lager weiterlebt. Ich denke an die Verfolgten des Nazi-Regimes, die heute unter uns leben und denen wir, weil uns ihre mahnende Existenz eher lästig ist, nicht nur die gebotene Achtung versagen, sondern die unser Staat schäbig und oft gar nicht entschädigt - etwa deshalb, weil ihr Lager vor der Ausschlußfrist noch nicht auf der Liste stand. Für eine Wiedergutmachung dieser Fehler ist es nicht zu spät.

Zu spät scheint es allerdings inzwischen für eine Regelung zu sein, die die Verjährung für die vom NS-Staat angeordneten und organisierten Mordtaten endgültig und eindeutig aufhebt. Weil politische Versäumnisse auch juristische Folgen haben, wird nun zu dem Hilfsmittel der allgemeinen Verjährung von Mord gegriffen. Dabei unterscheidet sich der eine Komplex von dem anderen. Ich nenne nur ein Beispiel. NS-Verbrecher hatten nach 1945 mindestens über ein Jahrzehnt genügend Gelegenheit, unterzutauchen und unbehelligt zu bleiben, während Gewaltverbrecher damals wie heute in der Regel gefaßt und verurteilt wurden.

Noch einmal: Trotz der Versäumnisse, die Urheber, Befehlsgeber, Verwalter und Nutznießer der Untaten des NS-Systems rechtzeitig aufzuspüren und zu bestrafen, und trotz der zunehmend schwierigen Beweisführung muß die Strafandrohung für die Ausführer von Mordbefehlen bestehen bleiben. Die Vorstellung ist unerträglich, daß sich nach dem 31. Dezember

dieses Jahres bislang unentdeckte NS-Mörder ohne Furcht vor Strafe ihrer Verbrechen rühmen dürften, wie das schon zu Zeiten galt, als die Verjährung noch nicht aufgehoben war und sich Herr Studienrat Zind, der sich später ins Ausland absetzte, rühmte, Juden mit dem Spaten erschlagen zu haben, und ihn der ihm vorgesetzte Oberstudiendirektor später damit entschuldigte, er habe nur Russen gemeint.

Die Aufhebung der Strafverfolgungsverjährung von NS-Verbrechen ist nicht nur eine juristische, sondern auch eine historisch-politische Notwendigkeit.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsident Stücklen: Das Wort hat Herr Abgeordneter Heimrich.

Heimrich (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schwer, nach der insgesamt sehr fair geführten Debatte nach dem Kollegen Hansen in dem vorherigen Stil der Debatte fortzufahren. Niemand hat seit heute früh um 9 Uhr mit einer derart unverschämten Rechthaberei gesprochen wie Herr Kollege Hansen.

(Beifall bei der CDU/CSU).

Konkret 05/79, S. 21

»So unscheinbar, so gut bürgerlich«

Wie eine Neonazi-Terrorgruppe in Schleswig-Holstein einen Tresor der Nato raubte / Von *

Hinter diesen drei Sternen muß sich der Autor dieses Berichts verstecken, weil ihm sonst - auch nach Einschätzung der Polizei - Gefahr für Leib und Leben droht. Denn ihm - und nicht dem auf dem rechten Auge blinden Staatsschutzapparat - ist es zu verdanken, daß sechs der genannten NS-Terroristen jetzt inhaftiert werden mußten.

Es geschah am hellichten Tag, im September letzten Jahres, in der belebten Innenstadt des Provinzstädtchens Husum, Schleswig-Holstein: Zwei Männer stürmten ein am Nato-Manöver »Bold Guard« beteiligtes Militärfahrzeug der britischen Armee, raubten den darin mitgeführten Tresor und verschwanden auf einer Zickzackfahrt über die umliegenden Dörfer.

Unbehelligt erreichten sie ihr Ziel, der Hof Schrapenbüll bei Tönning. Sie brauchten einige Tage, um den Tresor zu knacken. Aber es lohnte sich: Der Nato-Panzerschrank war randvoll gefüllt mit vertraulichen und geheimen Dokumenten - von Listen der Telefonanschlüsse der Nato-Spitze in London (Intelligence Service (civil) Co Tel. 01-794 87 41), über Unterlagen des Kommandeurs der »Allied Baltic Forces«, handgeschriebene Erfahrungsberichte hoher Führungsoffiziere, geheime Nato-Funk- und Raketencodes bis zu Karten von englischen Nachschubrouten und der »Startex Situation 18 1800 Z Sep.«, die militärische Operationen auf DDR-Gebiet verzeichnet. Auch die »Joint Exercise Operation Order No 2/78 (secret!)« sowie eine Einführung in Elektroniktechniken im Leichtmetallmantel wechselten die Besitzer.

Der verbeulte Tresor wurde nachts von der Tönninger Klappbrücke in die flache, schlickige Eider gekippt, wo er bei Redaktionsschluß dieses KONKRET-Heftes noch lag. Dann meldeten sich die Täter: Eine Organisation »Wehrwolf Deutsches Reich« schlug der britischen Armee einen Tausch vor: Rückgabe der Geheimpapiere gegen die Freilassung des in Spandau einsitzenden »Führer«-Stellvertreters Rudolf Hess.

Doch der Erpresserbrief, gerichtet an das Hauptquartier der britischen Streitkräfte in Rheindalen, brachte die zuständigen Bundes- und Landesbehörden keineswegs auf die Spur der Täter. Überlastet mit der Überprüfung kommunistischer Postschaffner, waren sie in den letzten Jahren kaum dazu gekommen, die alt- und neonazistischen Gruppen zu beobachten. So blieb ihnen verborgen, was sie hätten wissen können und müssen: daß die Tat alle Merkmale der Arbeitsweise einer ganz bestimmten Terrororganisation trug - der NSDAP/AO (Aufbau-Organisation).

Als der erste Erpressungsversuch gescheitert war, übernahm ein bekannter Neonazi die Geheimpapiere: Kamerad Böhm, aus Garding auf der Eiderstedter Halbinsel, versteckte die Dokumente hinter der Kachelverkleidung des Badezimmers in seinem Pony- und Reiterhof »Tide«. Böhm bot das Material nun gegen Geld der Nato, dem Hamburger Generalkonsulat der UdSSR und einer Boulevardzeitung an. Wer zahlen wollte, sollte in der »Hamburger Morgenpost« ein Inserat aufgeben mit dem Text: »100.000 Schweine evtl. verkaufbar«.

Die NSDAP/AO-Bande hatte, noch bevor zwei ihrer Aktivisten die Briten im Manöver ausbaldowerten, ursprünglich um Waffen zu klauen, einen Bombenanschlag auf die Staatsanwaltschaft in Flensburg unternommen und zum 40. Jahrestag der sogenannten Reichskristallnacht in Brestedt Hakenkreuze geschmiert. Doch die Polizei ermittelte - wie meist in solchen Fällen - vergebens.

Dabei wäre es nicht so schwer gewesen, die Bandenmitglieder ausfindig zu machen. Denn selbsternannter »Führer« dieser terroristischen Vereinigung ist der in den USA residierende Gerry Laucks. Und dessen inländische Kontaktpersonen hätten eigentlich feststellbar sein müssen:

· der in der Illegalität lebende 35 jährige Armin Peil,

· der Eigentümer des 'Spar'-Selbstbedienungsladens in Wanderup bei Flensburg, Heinrich Eisermann,

· der in Peine lebende R. Lepzin, Waffenfachmann und Freund des inhaftierten NSDAP/AO-Aktivisten Paul Otte.

Diese drei wiederum halten ständigen Kontakt zu »Leuten, denen man das echt nicht zutraut. Die wirken so unscheinbar, so gut bürgerlich« (so ein NSDAP/AO-Aktivist). Im Gegensatz zu Michael Kühnens 'Aktionsfront Nationaler Sozialisten' (ANS) oder Alt-Nazi Erwin Schönborns 'Kampfbund Deutscher Soldaten' (KDS) ist öffentliches Auftreten mit schwarzbraunen Uniformen, Hakenkreuzbinden, Odal-Runen, SS-Abzeichen und als Wehrsport à la Hoffmann bei der NSDAP/AO nicht gefragt.

Original-Ton NSDAP/AO: »Diese Sprühaktionen ('Rotfront verrecke!`), die Klebeaktionen ('Tod den Judenparteien SPD, CDU,, KPD, CSU, FDP!`), NS-Kampfruf verteilen und so, das wird abgehakt. Total. Alle, die schon mal in der Öffentlichkeit standen, die erkennungsdienstlich behandelt wurden, mit denen arbeiten wir nicht. Oder aber sie müssen in den Untergrund gehen, und da gibt es noch Probleme mit der Logistik.«

Insider geben die Zahl der Nazi-Terroristen allein in Schleswig-Holstein mit 10 Mann an, alle vom Staatsschutz unerkannt.

An Nachwuchs mangelt es nicht. Das fanatische Potential kommt aus der Wiking-Jugend und dem Bund Heimattreuer Jugend (BHJ). Zum Unterstützerkreis gehört zum Beispiel der 59jährige NPD-Kreisvorsitzende von Eiderstedt, der Nordseekrabben-Verkäufer Ernst-August Möller. Möller stellte der NDSAP/AO seinen Tönninger Schrapenbüll-Hof zur Verfügung, Möller ist es auch, der über einen Bauern unter schweren Betonplatten 5 Maschinenpistolen, Marke Heckler & Koch, für den Tag bereit hält, an dem der Neo-Nazi und BHJ-Führer Uwe Rohwer wieder aus der Haft freikommt.

NSDAP/AO-Waffen lagern mittlerweile in vielen Teilen des nördlichsten Bundeslandes: in einem Hof bei Garding, im Schrapenbüll-Hof, in einer Garage bei Wanderup. Vornehmlich Faustfeuerwaffen vom Kaliber 9 und 7,65 Millimeter, aber auch Karabiner und Schnellfeuerwaffen.

Damit nicht genug. Auch Plastiksprengstoff wurde von den Neo-Nazis schon eingelagert. Ein junger NSDAPler: »Es gibt Leute - Pioniere - die uns da die Sachen herstellen, mit Zünder, komplett.«

Hochgerüstet, trainiert im Umgang mit Waffen und Sprengstoff, zu terroristischen Gewalttaten jederzeit bereit und fähig, so präsentiert sich heute der harte Kern der NSDAP/AO.

Ein für den 12. April geplanter Terror-Akt mag das illustrieren: ein kombinierter Bomben-Brand-Anschlag auf die Provinzial-Loge der Freimaurer im Hamburger Univiertel. Und in der Tat ist an die Provinzial-Loge gut ranzukommen, von der Gebäude-Rückseite. Nicht nur, daß der Scheinwerfer, der normalerweise die Rückseite des neo-klassizistischen Gebäudes in helles Licht taucht, defekt ist, zudem steht Tag und Nacht eben dort eine alte Stahltür offen, durch die die NSDAPler direkt zum Logenraum gelangen wollten.

Vier Tage und Nächte wurden der Prachtbau und seine Bewohner, eine Hausmeisterfamilie, ausgespäht, dann stand für die Nazi-Terroristen fest:

An dem Anschlag müßten drei bis vier Mann teilnehmen, außerdem bräuchten sie drei große Propangasflaschen, 120 Liter Benzin und drei Zünder mit Uhr. Das Prinzip ist einfach: Gasflaschen aufstellen, Benzin ausgießen. Warten, bis Luft-Gas-Gemisch entsteht, dann mit drei bereits erstellten elektrischen Zündern plus Zucker und »Unkraut-Ex« in die Luft jagen.

Der Hausmeister hätte kaum eine Überlebenschance gehabt.

Doch die Pläne der NSDAPIer gehen schon viel weiter. Die nächste Aktion sollte mit der Liquidierung einer ganzen Loge mittels Schnellfeuerwaffen enden. »Das sind ja nur zehntel Sekunden, die während der Sitzung zu liquidieren, das geht ja schnell« (wieder Original-Ton der NSDAP/A0).

Vorerst wird jedoch weder etwas aus der Logensprengung noch aus dem geplanten Massenmord. Am 28. März nahm der Staatsschutz auf unsere Anzeige hin vorerst sechs NS-Terroristen in Haft. Er fand Waffen und Sprengmaterial. Möller, Peil und andere werden der Bildung einer terroristischen Vereinigung und anderer Straftaten beschuldigt. Generalbundesanwalt Kurt Rebmann ermittelt. Notfalls werden wir ihm - ungebeten - dabei helfen.

Nationale Leute

Ein Neonazi über die Kontakte zu »nationalen Leuten« der Bundeswehr

KONKRET: Wo stecken nach Ihrer Kenntnis noch unerkannte Nationalsozialisten in Norddeutschland?

Antwort: Nehmen Sie das 'Kuratorium zur Sammlung historischer Waffen', eine perfekt aufgebaute Tarnorganisation, die eng mit der Bundeswehr zusammenarbeitet.

KONKRET: Mit der Bundeswehr?

Antwort: Ja. Die Sache ist unwahrscheinlich gut aufgezogen: aus München hat man verschiedene sogenannte 'Sekretäre' losgeschickt, in verschiedene Großstädte. Die haben Kontakte geknüpft zu Bundeswehrangehörigen, Sie gehen in die Kasernen und sagen denen: Wir sammeln historische Waffen, aber auch nationale Leute. Bei denen sich mit der Zeit herausbildet, daß sie nur an den historischen Waffen interessiert sind, die werden isoliert und wandern wieder ab. Übrig bleiben die Nazis, die dann ihre Vergleichsschießen mit der Bundeswehr haben. Jedes Kuratoriumsmitglied bekommt dabei den 98 K, die Bundeswehrteilnehmer schießen mit dem G 3. Das ganze findet auf Bundeswehrplätzen statt, offiziell genehmigt, in Hannover von einem Hauptmann.

KONKRET: Aber es fällt doch auf, wenn Zivilisten auf Bundeswehrplätzen Schießübungen veranstalten.

Antwort: Es ist eine Auflage bei diesen Übungen, daß die Nicht-Bundeswehrmitglieder eine Art Bundeswehr-Uniform tragen, aber zum Beispiel nur mit dem Abzeichen vom Braunschweiger Heinrich dem Löwen. 'Sektion Hannover' steht darauf. Nach dem Schießen trifft man sich. Der Judenhaß verbindet bei diesem Treffen alle. Und noch was: Da wird auch gehandelt mit dem G 3. Für 800 DM geht so ein Bundeswehr-G 3 weg. Wissen Sie, es werden welche angemeldet und viele

verschwinden einfach in der Versenkung.

Konkret 05/79, S. 24

Walter Jens

Wilhelminisches Deutschland

Will man den Berichten bundesrepublikanischer Zeitungen glauben, dann muß sich im Februar dieses Jahres, als Helmut Kohl in den Niederlanden mit jungen Bürgern debattierte, eine Schreckensszenerie im Stil des Hieronymus Bosch aufgetan haben: »Da wurden«, so Fritz Ullrich Fack in der »Frankfurter Allgemeinen«, »Fragen in höchster Erregung mit verzerrten Gesichtszügen hervorgestoßen«, da brandete »Hohngelächter« auf, demonstrierte »linke Intoleranz sich haßerfüllt, voreingenommen und allen rationalen Argumenten unzugänglich«. Der Betroffene selbst, Helmut Kohl, redete von »einer indoktrinierten Meute« (wozu sich dann, gleichfalls in der Presse zu lesen, die Bezeichnung »Furie« für die Sprecherin des Befragungs-Teams fügte: Aischylos' Erinyen feierten offenbar in der Heimat der Breughel und Bosch fröhliche Urständ!) ... einer Meute, der man auf keinen Fall Europa ausliefern dürfe: »Dieser ganze kommunistische Propagandaquatsch, mit dem ich mich im Sendesaal auseinandersetzen mußte«, so, bei einer Veranstaltung, Helmut Kohl, »der wird doch seit langer Zeit von der deutschen Sozialdemokratie nachgeredet.«

»Das war wie Bürgerbräu«, vermeldete eine Schlagzeile, und eine zweite »So geht es nicht!«: »Die von einer Demagogin immer wieder geschickt ins Spiel gebrachten Anhänger einer ausnahmslos links und deutschfeindlich eingestellten Gesinnung machten sich Sorgen um den deutschen Rechtsstaat, verstießen aber selbst gegen die simpelsten Verhaltensnormen einer Demokratie«.

Als ob das ein Hexenkessel gewesen wäre, dieser niederländisch-bescheidene Raum in Den Haag mit seinen einhundertvierzig Besuchern, ein Stadion, in dem Dämonen, unter Haßgelächter, ihr Satansspiel trieben: so war, nehmt wenige Besonnene aus, die Reaktion in unserem Land auf die niederländische Debatte mit Helmut Kohl. Da wurden personelle Konsequenzen verlangt, Reinhard Appel müsse weg, sagten die einen, Rudi Carrell riefen die andern, und die dritten verlangten sogar einen Butterboykott. Nationale Überheblichkeit, im Verein mit Aversion gegen alles, was links ist und einem gehörigen Schuß Frauenfeindlichkeit (»Weiberfastnacht«, »Furie«, »Demagogin«, »hysterisch«), machte sich breit, der Zorn der Ungeliebten führte zu kuriosen Verdächten (alles abgesprochen, alles manipuliert) und am Ende, was nun freilich dem Faß den Boden ausschlug, wurde, nach Informationen der »Frankfurter Rundschau«, von den Niederländern verlangt, eine Namensliste herauszurücken, auf denen die Personalien der an der Sendung Beteiligten aufgeführt werden sollten ... grad so, als wolle man jenem jungen Bürger aus Holland, der sich geweigert hatte, während der Sendung seinen Namen zu nennen, mit schöner Offenheit bestätigen, daß er recht gehabt habe, seine Identität zu verschweigen: Warte nur, Freundchen, wir kriegen dich schon!

Und dies alles, dieses ganze wilhelminische Aufgetrumpfe und empörte Zur-Ordnung-Rufen, dieser Aufschrei »Weh, das sollt Ihr büßen: uns nicht zu lieben!« ... dies alles nur deshalb, weil ein liberaler Redakteur namens Appel versäumt *(versäumt!)* hatte, die Niederländer zu bevormunden und eben das nicht tat, was am Abend vor der Sendung einheimische Journalisten befürchteten: es könne, von deutscher Seite, eine Vorzensur ausgeübt worden sein, im Sinne einer Manipulation der Fragetruppe - mit dem Ziel vorgenommen, nur Kohl-konforme Fragen über die Sender laufen zu lassen: *Nichts von Berufsverboten, bitteschön!*

Halten wir fest: Es waren niederländische Bürger, Volksuniversitäts-Besucher und deren Freunde, die von dem ihnen garantierten Recht Gebrauch machten, Fragen zu stellen, die ihnen wichtig erschienen. Und die da sprachen, in der Fragegruppe und im Publikum, waren keineswegs einer einzigen politischen Gruppierung, der hierorts erfundenen »deutschfeindlichen linken Sammlungsbewegung«, zuzuordnen, im Gegenteil, da redeten besonnene Sozialdemokraten, aber es redete auch ein RAF-Apologet. Da wurde das Schlagwort »Mord von Stammheim« gebraucht, Behauptung ohne eine Spur von Beweis, und da wurde die vernünftige, einen Sachverhalt zutreffend bezeichnende Vokabel »Berufsverbot« benutzt. (Denn es ist ein Berufsverbot, wenn, ein Beispiel für viele, der Sohn des Generalbundesanwalts außer Diensten Max Güde, wegen vermeintlichen KBW-Sympathisantentums seinen erlernten Beruf nicht mehr ausüben durfte. Wer das nicht wahr haben will, wer exakte Tatbestands-Beschreibungen »Reizworte« nennt und dem Volk die Vokabeln vorschreiben möchte - »Antifaschist« nein, »Bande« statt »Gruppe«, ja - der sollte nachlesen, in den Geschichtsbüchern, was Kommandieren der Worte bedeutet und wohin es führt.)

Eine disparate Gruppe also, in toto sicherlich mehr »links« als »rechts« - wobei freilich zweierlei zu berücksichtigen ist: Zum ersten, daß, wie in den meisten europäischen Ländern, auch in den Niederlanden, ein Großteil der Konservativen in vielen Fragen linker, das heißt, kritisch-aufklärerischer argumentiert als hier viele Sozialdemokraten, und zum zweiten, daß es, im Hinblick auf Probleme wie »Berufsverbot« und »Naziverbrechen«, nicht nur in den Niederlanden einen breiten, parteiübergreifenden Konsens gibt: Im letzten Raum des Anne-Frank-Hauses zu Amsterdam hing (vielleicht hängt es noch immer) das Bild einer deutschen Jüdin aus der Bundesrepublik, die Opfer des Radikalenerlasses wurde ... und drumherum

Zeitungsausschnitte, das Treiben ehemaliger Nationalsozialisten betreffend, die heute, zu Amt und Würde gekommen, im Zeichen des Antikommunismus für den Fortbestand einer illiberalen, minderheitsfeindlichen Denkweise sorgten.

Das, nochmals, soll ein Hexenkessel gewesen sein? Diese präzisen Frager (natürlich wurde auch Törichtes geäußert, sogar Absurdes - zum Beispiel die Abqualifizierung des Wortes »Verfassung«!), diese munteren Lacher und Dazwischenrufen die sich weigerten, mit Phrasen abgespeist zu werden, nachdem sie exakt gefragt hatten, und die auch einmal buh riefen, weil Kohl - so stand's in der »Welt«! - »autoritär und weitschweifig« sprach, diese unfeierlich Gesinnten, die nicht nur brave Interviewpartner sein wollten, gehorsame Auskunftsheischer, dankbare Zurkenntnisnehmer und obrigkeitstreue Rezipienten ... diese »Von-gleich-zu-gleich-Redner« seien haßerfüllte Demagogen gewesen?

Ja, leben wir denn in einem Gemeinwesen, wo Kritik - sofern sie einmal leibhaftig: so daß Millionen zuschauen können - praktiziert wird, als Majestätsverbrechen gilt? Die Bemühung des Gedächtnisses als Akt dreister Insubordination? Kann man sich denn wirklich nicht vorstellen, daß es weder »links« noch »antideutsch« ist, wenn die Kinder und Enkelkinder von Ermordeten den Schatten, den die Vergangenheit wirft, intensiver nachfragen als die Nachfahren jener, in deren Namen die Exekutionen geschahen? Kann man tatsächlich über »Holocaust« betreten sein und zu gleicher Zeit, sobald das Holocaust-Syndrom im Ausland sichtbar wird: als ein heutiges, nachwirkendes, die Gegenwart bestimmendes Phänomen, Zeter und Mordio schreien und die Erinnernden von Den Haag als wahre Teufels- und Hexen-Gestalten etikettieren? Man kann es offenbar - womit dokumentiert wird, daß Feierabend-Moral eines und Umsetzung solcher Moral in Toleranz, Verständnis und Besonnenheit ein anderes ist.

Und *wenn* sie Team und Publikum einseitig ausgewählt hätten, die Niederländer (ich bestreite das gar nicht!) - es bleibt charakteristisch, mit welcher Dreistigkeit, überheblich und provokativ, hier Menschen zur Ordnung gerufen wurden, in deren Land man vor noch gar nicht langer Zeit ein keineswegs erbetener, vielmehr einmarschierender, Schrecken verbreitender Ankömmling war. Zur Verteufelung ist also weiß Gott kein Anlaß. Wohl aber zur Erinnerung. Und zur Bereitschaft, sich der Wahrheit zu stellen. Auch wenn sie, schmerzlich und unbequem, mit unseren Vorstellungen - entwickelt im Rahmen eines von Jahr zu Jahr mehr nach rechts verschobenen politischen Koordinaten-Systems - keineswegs deckungsgleich ist.

Wie einig. Doch war im Februar, in der Kohl-Debatte und der Reaktion darauf, zu lernen. Tempi passati augenscheinlich, die Zeiten Gustav Heinemanns, in denen sich das andere, erinnerungsmächtige, Moral für ein Politikum erachtende Land präsentierte (zur Selbstkritik - und Selbstironie! - befähigt!) - und nicht das wiedererstandene wilhelminische Deutschland.

Konkret 05/79, S. 26

Wolfgang Abendroth

Nur wer kämpft, kann siegen

Wolfgang Abendroth stellt zwei Bücher vor, die jedes Demokrat gelesen haben müßte

Wer mit Gründen (und nicht nur auf gelegentlichen Demonstrationen) gegen die Berufsverbote, die es ja keineswegs nur im »öffentlichen Dienst« gibt, und für die Demokratie kämpfen will (und also auch Resultat und Bedeutung vergessener Auseinandersetzungen begreifen will), sollte zwei Bücher lesen -- sie sind nicht nur für Juristen wichtig, für die es geradezu Pflicht sein sollte, sie als Grundliteratur durchzuarbeiten:

Alexander von Brünneck, Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1968 (mit einem Vorwort von Erhard Deuniger), ed. Suhrkamp Nr. 944 und Heinrich Hannover, Klassenherrschaft und Politische Justiz, Plädoyers für ein demokratisches Recht, VSA-Verlag.

Alexander von Brünneck zeigt den ganzen Umfang jener Welle der öffentlichen Kommunistenhatz, die seit dem Berufsverbotserlaß Adenauers im September 1950 und seit dem ersten Strafrechtsänderungsgesetz 1951 das Leben der Bundesrepublik (auch damals in eindeutiger Verletzung und Verhöhnung ihrer Verfassung) bestimmt hat.

Wer weiß schon heute noch, daß die konsequente Illegalisierung der KPD keineswegs mit dem KPD-Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts begonnen hat, sondern in der Praxis schon 1950 einsetzte und daß sie seit 1951 besiegelte Tatsache war? Wer erinnert sich heute noch, daß 6000 bis 7000 Kommunisten strafrechtlich verurteilt worden sind und daß 125.000 staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren liefen, bevor das alles 1968 durch Krise, Studentenrevolte und eine Änderung der weltpolitischen Machtverhältnisse (wenn auch nur für kurze Zeit) vom Tisch gewischt wurde?

In Brünnecks Arbeit kann nun jedermann genau belegt und unwiderlegbar die Fakten dazu finden. Zum Beispiel: wie und in welcher Weise Bundesgerichtshof und Oberlandesgerichte Interpretationsmethoden entwickelt haben, die allen Repetitionen z.T. erst durch das Dritte Reich geschaffener Strafrechtsnormen zur vollen Konsequenz des alten Geistes des Antikommunismus (und Antimarxismus) geführt haben, die uns als »erstes Strafrechtsänderungsgesetz« verordnet wurden. Alle »staatstragenden Parteien« (einschließlich der SPD, die aber -vor Godesberg - trotzdem für CDU und FDP noch für 15 Jahre als Inkarnation des marxistischen Teufels galt) waren sich damals schon einig in der groben Verletzung des Verfassungskompromisses von 1949 und seiner »freiheitlich demokratischen Grundordnung«. »Westorientierung« und die Hysterie des Korea-Krieges hatten auch die »rechtsstaatlichen« Juristen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion farbenblind gemacht, natürlich erst recht die große Mehrheit der bürgerlichen Demokraten.

Alexander von Brünneck meint allerdings, das Prinzip rechtsstaatlichen Denkens sei zwar durch die Kommunistenjagd gelegentlich am Rande beeinträchtigt, aber nicht aufgehoben worden. Das ist teilweise, aber eben nur teilweise richtig. Es erscheint ihm so, weil er diese ersten Jahrzehnte der BRD nur mit dem Faschismus vergleicht, nicht aber mit der politischen Ausnahmegesetzgebung des Kaiserreiches, in der die liberale Bourgeoisie in einem obrigkeitsstaatlichen System noch grundsätzlich rechtsstaatliche Prinzipien in eigenem Interesse zu schützen hatte - trotz ihrer Zustimmung zu den Sozialistengesetzen. Hätte er den Vergleich gezogen, hätte er sofort bemerkt, daß die Intensität der Verfolgung der Kommunisten in der BRD vielfach größer war als die der Sozialdemokraten damals (wie ein einfacher statistischer Vergleich der Zahl der Verurteilten sofort ergeben hätte) und daß auf die Sicherung individueller Freiheit durch den Rechtsstaat in der BRD viel weniger Rücksicht genommen wurde als einst in der Monarchie.

Warum? Das ist ihm nicht zum Problem geworden. Eine der wichtigsten Wurzeln dieser Wendung sieht er zwar am Rande, aber spielt ihre Bedeutung gleichzeitig herunter. Die Kontinuität antikommunistischen Denkens im Dritten Reich und in der Bundesrepublik und die personelle Kontinuität der Verfolgungsapparate im »Verfassungsschutz«, den Anklagebehörden und in der Richterschicht und nicht zuletzt der Professorengruppe, die deren Nachwuchs auszubilden hatte.

Auch hinsichtlich der politischen Funktion der Kommunistenjagd greift Brünneck teilweise an der Realität vorbei. Zum Beispiel ist es schlicht unrichtig, daß die 125.000 Ermittlungsverfahren sich im gleichen Maße wie die 6-7000 Verurteilungen hauptsächlich nur gegen Parteikommunisten gerichtet hätten. Und es ist ganz einfach falsch, wenn Brünneck sich einbildet, derjenige, der diese Kritik seines Buches schreibt, sei davon nicht betroffen worden.

Ich war damals nicht nur noch Mitglied der SPD, sondern sogar auch Mitglied des Staatsgerichtshofes eines westdeutschen Landes, nicht nur Ordinarius einer Universität. Gleichwohl wurde von den politischen Anklagebehörden gegen mich ein Ermittlungsverfahren eingeleitet und erst nach fast zwei Jahren eingestellt. In wieviel stärkerem Maße werden davon einfache Funktionäre der Gewerkschaften und der SPD betroffen worden sein.

Da diese Akten nicht offenliegen (und auch sehr lange noch nicht zugänglich sein werden) ist es natürlich nicht möglich, hier exakte Auskünfte zu geben; nur - aus (irrigem) Überpositivismus hat das Buch diese Problematik völlig fehlgedeutet. Es hat zwar richtig eingeschätzt, welche Terrorwirkung »Ermittlungsverfahren« damals hatten und haben sollten. Aber v.

Brünneck ist weithin der Gefangene der bundesrepublikanischen herrschenden Ideologien in bezug auf den politischen (und klassenpolitischen) Sinn der Kommunistenhatz geblieben, deren Hauptfunktion es war, die gesamte Arbeiterbewegung, auch die SPD und die Gewerkschaften nach rechts und in die Gleise der aus dem Dritten Reich überkommenen antikommunistischen Hysterie zu schieben, um die Wiederaufrüstung und die Restauration in der BRD abzusichern und um solange als irgend möglich die Wiederentwicklung von Klassenbewußtsein in der abhängig arbeitenden Klasse unmöglich zu machen und jede Erinnerung an freie demokratische Diskussionen auszulöschen.

Alle diese Einordnungsprobleme hinsichtlich der Kommunistenverfolgung sieht Heinrich Hannover sehr viel klarer. Er bietet zwar viel weniger wissenschaftliches Material (das hält er auch nicht für seine Aufgabe); aber er bringt stattdessen das, was der anderen Arbeit fehlt, lebendige und nicht nur wissenschaftlich-abstrakte Darstellung der Realität. Das Buch enthält viele Arbeiten, die zwischen 1963 und 1977 entstanden sind.

Hannover kam 1951 unbefangen von der Universität, deren Theorien vom bürgerlichdemokratischen Rechtsstaat er geglaubt hatte, in die Referendar-Ausbildung. Durch den Zufall, daß der junge Rechtsanwalt ein paar demonstrierenden kommunistischen Arbeitslosen als Pflichtverteidiger zugewiesen wurde, geriet er mit der Praxis der Klassenjustiz in Berührung. Den Widerspruch zwischen den vorgegebenen antimarxistischen Vorurteilen jener Richterschicht, die in diesen Jahren das Bild der deutschen Rechtsprechung allein bestimmte (und auch heute noch die Judikatur der höheren Gerichte beherrscht) und ihren liberalrechtsstaatlichen Ideologien hatte er bis dahin nicht gesehen. Die praktische Erfahrung führte ihn dann Schritt für Schritt weiter, bis er bald als Verteidiger in unzählbaren Kommunistenprozessen lernte, deren klassenpolitische Bedeutung auch theoretisch zu erkennen. Von nun an durchzieht diese Erkenntnis alle späteren Arbeiten Hannovers, auch seine Analysen des Kampfes um die Notstandsgesetzgebung, seine gesamte spätere Verteidigertätigkeit für Angeklagte aus der Linken (selbst wenn sie nach seiner Meinung in ihrem Verhalten noch so sehr politisch irren) Und sein unbedingtes Eintreten für die Bewahrung der hergebrachten Verteidigerrechte des Strafprozeßrechts gegen die Behörden des bürgerlichen Staates, für deren systematische Aushöhlung sein Buch unmittelbar anschauliche Dokumente bietet.

Es ist pädagogisch wichtig, daß sein Buch mit einer Arbeit abschließt, die in einem politischen Strafverfahren im Sommer 1977 zu einem vollen Sieg rechtsstaatlichen Denkens über die Vorurteile der Staatsanwaltschaft geführt hat, dem Freispruch von Karl-Heinz Roth und Roland Otto.

Heinrich Hannover erinnert uns dadurch daran, daß man (mindestens noch) Klassenjustiz nicht nur bekämpfen, sondern auch besiegen kann. Zwar dämmert diese Erkenntnis gelegentlich auch bei Alexander von Brünneck auf, doch niemals konsequent genug. Er schildert zwar den Sieg der Linken über die erste Welle der Kommunistenverfolgung, so lange er auf sich warten ließ. Aber er begreift nicht, daß es ein Sieg durch Kampf war.

Die Berufsverbote sind als zweite Welle der Kommunistenhatz gleichwohl gekommen. Lesen wir beide Bücher -und wir werden wissen, daß wir abermals siegen können, trotz aller Rückschläge und Niederlagen.

Konkret 05/79, S. 28

magazin: international

Portugal

Nahe um Rechtsputsch

Fünf Jahre nach der Befreiung vom Faschismus sagt der portugiesische Liedermacher José Afonso KONKRET, was aus der Revolution wurde

KONKRET: Ihr Lied 'Grândola Vila Morena` war am 25. April 1974 der Auftakt zur Erhebung der Streitkräfte in Portugal. Was ist heute, fünf Jahre danach, von der 'Revolution der Nelken' übriggeblieben?

Afonso: Sehr wenig. Das Kräfteverhältnis in Portugal hat sich geändert. Nach dem 25. April, dann nach dem vereitelten Putschversuch Spinolas im März 75 hatten die fortschrittlichen Kräfte eine große Bedeutung erlangt. Das Bürgertum wurde durch die Verstaatlichung, durch den Aufbau der Kooperativen empfindlich getroffen. Der Einfluß des Kapitals wurde geschwächt. Aber in letzter Zeit haben sich die Dinge stark gewandelt. Die Rechte ist auf allen Gebieten auf dem Vormarsch.

KONKRET: Die Agrarreform war das Kernstück der portugiesischen Revolution. Wie steht es heute mit den landwirtschaftlichen Kooperativen?

Afonso: Im Alentejo gab es nicht mehr als zwanzig, fünfundzwanzig Großgrundbesitzer, die mit der Monokultur Kork den Boden zerstörten. Nach dem 25. April haben die Landarbeiter die Kooperativen gegründet, die Monokultur abgeschafft, den Boden wieder nutzbar gemacht.

Heute wird das Land den früheren Besitzern, die ins Ausland geflüchtet waren, wieder zurückgegeben. Der Staat hilft nicht - im Gegenteil, er hat alle Kredite gestrichen. Die Republikanische Nationalgarde überfällt illegal Kooperativen, zerstört die Ernte und mißhandelt die Landarbeiter. Wir sind in einer sehr schwierigen Lage.

KONKRET: Gibt es Hilfe vom Ausland?

Afonso: Nicht für das Volk. Die reaktionären Kräfte werden natürlich unterstützt. Vor einigen Monaten wurde mit Hilfe der USA und der deutschen Sozialdemokratie eine neue Gewerkschaft, die UGT, gegründet, die die Interessen des Imperialismus vertritt. Aber die europäische Linke hat uns vergessen. Früher haben wir viele revolutionäre Touristen hier gehabt. Alle waren Feuer und Flamme, haben uns gute Ratschläge gegeben ... Heute hört man nichts mehr von Portugal.

KONKRET: Bekommen Sie die Repression auch selbst, bei Ihrer Arbeit zu spüren?

Afonso: Normalerweise sind die Mechanismen subtil, versteckt. Meine letzte Platte, »Enquanto há força«, die aus meiner persönlichen Sicht all das behandelt, was sich gegenwärtig in Portugal abspielt, wurde nicht direkt boykottiert. Aber die Lieder wurden im Radio praktisch nicht gespielt. Das trifft übrigens nicht nur mich. Alle Interpreten und Autoren des politischen Liedes haben damit zu kämpfen.

KONKRET: Wie sehen Sie die Zukunft des Landes?

Afonso: Ich glaube, es kommt noch schlimmer. Denn hier fehlen die Voraussetzungen für eine Sozialdemokratie nach europäischem Muster. Die Arbeitslosigkeit wird noch zunehmen, ebenso die Repression. Die Wirtschaftspolitik ist zum Scheitern verurteilt. Die Zinsenbelastung ist so hoch, daß es unmöglich sein wird, die Kredite des Internationalen Währungsfonds, der uns heute in Portugal regiert, zurückzuzahlen.

KONKRET: Rechnen Sie mit einem Aufstand von rechts?

Afonso: Ich halte es durchaus für möglich, daß es dazu kommt. Wir sind sehr nahe an einem Rechtsputsch. Ich furchte, die Linke wäre nicht stark genug, um ihn zu verhindern. Die Sozialistische Partei ist eine wichtige Organisation. Sie verfolgt eine Strategie der Verhandlungen, der Reformen, steuert keinen konsequenten Kurs in Hinblick auf Investitionen. Alles unter dem Vorwand, daß das Kräfteverhältnis für eine Konfrontation ungünstig ist. Kurzes und gut, in Wirklichkeit ist die PS gar nicht daran interessiert. Sie will nur wieder an die Macht:

Italien

Tod auf dem Mofa

Die Carabinieri in Rom oder Mailand haben, was deutsche Polizisten demnächst bekommen sollen: das Recht auf den Todesschuß

Luigi Di Sarro, 38, hatte schlichtweg Angst: Mitten in Rom und mitten in der Nacht stellten sich dem Arzt, Porschefahrer und Playboy zwei bewaffnete Männer in den Weg und versuchten, seinen Wagen zu stoppen. Di Sarro glaubte an einen Überfall und startete durch. Das war falsch. Die Männer griffen zur Waffe und töteten den Arzt mit vier gezielten Kopfschüssen. Denn die vermeintlichen Gangster waren Polizisten in Zivil. Und sie bewiesen wieder einmal, wie locker der italienischen Polizei die Dienstwaffe sitzt, seit der gezielte Todesschuß legalisiert wurde.

Das »Legge Reale« trat 1975 in Kraft und baute die Kompetenzen der Polizei massiv aus. War bislang der Waffengebrauch auf Notwehr beschränkt, darf nach dem neuen Text der Polizist immer und auf jeden Fall legal schießen, wenn er glaubt, dadurch reine Katastrophe, ein Schiffsunglück, eine Überschwemmung, eine Eisenbahn- oder Flugzeug-Katastrophe, einen vorsätzlichen Mord, einen bewaffneten Raubüberfall oder eine Entführung« zu verhindern.« »Die Polizei hat hier quasi uneingeschränkte Macht«, erkannten Kritiker. »Der Beamte schießt und begründet dann: 'Meiner Ansicht nach plante er (das Opfer) einen Mord ... ! `«

Die Praxis gibt solcher Kritik recht. Nach einer Dokumentation des linksliberalen »Partito radicale«griff die Polizei seit Inkrafttretendes Legge Reale insgesamt in 130 Fällen ungerechtfertigt zur Waffe. 56 Unschuldige starben, 84 wurden verletzt. Bilanz allein der ersten beiden Monate 1979: 6 Tote und 7 Verletzte. Dazu das Partito Radicale: »In den meisten Fällen schossen die Beamten auf Bürger, die bei Straßenkontrollen nicht stoppten. 34mal wurden unbewaffnete Straßendiebe getötet oder angeschossen. In rund 40 Fällen griffen Beamte in Zivil, die von den Opfern nicht als Polizisten erkannt wurden, zur Waffe.« Und schließlich: »Opfer solcher Polizeiherrlichkeit waren zu 80 Prozent Jugendliche mit einem Durchschnittsalter von 18 Jahren.«

Zwölfmal Schoß die Polizei aber auch während - linker -Demonstrationen. Sechs junge Aktivisten oder Mitläufer starben oder wurden verletzt. Auf Sizilien wurde ein 13jähriges Kind, das sich angeblich auf einer Diebestour befand, tödlich getroffen. Ebenfalls auf der Südinsel erschossen Polizisten ein zweijähriges Baby in einem Auto, das auf ein Halt-Zeichen nicht stoppte. Ein Verkehrspolizist ermordete einen Jungen, weil dieser ordnungswidrig mit dem Mofa fuhr und - eine Buße fürchtend - floh.

Polizisten, die Unschuldige über den Haufen schießen, sind gesetzlich kaum belangbar. Jean Fabré, Sekretär des Partito Radicale: »Im Legge Reale wird auch die Strafverfolgung von Polizisten, die ohne Recht schießen, praktisch ausgeschaltet«. Das Gesetz überläßt die Entscheidung, ob es zu einer Strafverfolgung kommt oder nicht, Vorgesetzten und der Staatsanwaltschaft. Fabre: »In den allermeisten Fällen ist es nicht einmal mehr möglich, die Namen der Beamten, die schossen, zu erfahren, um gegen sie zu klagen«.

Und all dies geschieht in Italien auch noch buchstäblich »im Namen des Volkes«. Denn die italienischen Stimmbürger haben letzten Februar das Legge Reale in einem Referendum verteidigt. Nur 23 Prozent der Italiener waren damals dafür, das Gesetz wieder abzuschaffen. Der Abstimmungstermin war wenige Tage nach der Ermordung von Aldo Moro.

Export

Augen-Wischerei

Der deutsche Waffenhändler Gerhard Martins verschickte jahrelang Kriegsgerät im Auftrag des BND. Dem Westdeutschen Fernsehen erzählte er jetzt, wie der Handel finanziert wurde und warum er den BND-Agenten Hauschildt schätzt

Martins: Also erst mal müssen wir festhalten, daß das ja ein ganz alter Schuh ist, Finanzierung von Waffengeschäften. Sie wissen, wie ungern ich von Waffengeschäften spreche. Wir exportieren deutsche Industrie-Güter. Auf dem Sicherheitssektor, oder sagen wir bei der Befriedigung von Sicherheitsbedürfnissen anderer Länder entsteht meistens überhaupt keine Finanzierung, es sei denn, daß die Regierung es handhabt. Außerdem ist durchaus die Möglichkeit gegeben, daß ein Land darauf Wert legt, daß der abwickelnde Banker überhaupt nicht erfährt, worum es sich handelt. Das ist natürlich eine gewisse Scheinheiligkeit.

Frage: Im Falle der Herstatt-Bank sind Sie durch Vermittlung von Regierungsstellen an diese Bank empfohlen worden?

Martins: Das war in unserem Fall eigentlich logisch. Wir sollten die Deutsche Bank, schon wegen des Begriffs deutsch zu sein, in Zukunft in unseren Transaktionen bei dem damaligen Regierungsvertretungsvertrag, um mich mal so auszudrücken, nicht mehr in Erscheinung treten lassen. Und wir haben uns dann auf die Herstatt-Bank zu einem gewissen Prozentsatz konzentriert, weil sie zum Hause Gerling gehörend, sowieso schon unsere Versicherung und Rückversicherung im Hause hatte.

Frage: Kontaktmann einer Regierungsstelle zum Hause Gerling war ja Regierungsdirektor Erwin Hauschildt. Könnten Sie bestätigen, daß die Empfehlung, sich an Herstatt zu wenden, von dieser Regierungsstelle kam?

Martins: Also wissen Sie, ich möchte bezugnehmend auf die Regierungsstelle nicht in weitere Einzelheiten gehen. Aber was Herrn Dr. Hauschildt angeht, so möchte ich doch einmal eine Lanze für ihn brechen. Das ist ein ehrenwerter deutscher Mann.

Frage: Und er hat im Auftrag seiner Dienststelle gehandelt?

Martins: Er hat, das kann ich, glaube ich, hier sagen, trotz der immer noch bestehenden Geheimhaltung Rückendeckung gehabt, was wir also bei verschiedenen Rückfragen zu spüren bekamen... Also das ganze kommt bei der deutschen Bevölkerung falsch an. Ich will nichts gegen eine deutsche Bank oder auch nichts gegen eine Großbank sagen, denn die Bank für Gemeinwirtschaft wollte auch die Nachfolge der Deutschen Bank übernehmen. Wir haben das damals aus anderen Gründen, die den Mittleren Osten betrafen, abgelehnt.

Frage: Das heißt, andere Banken führen diese Geschäfte heute fort?

Martins: Ohne Zweifel. Die damalige Regierung machte das, die heutige Regierung macht das.

Frage: Wie erklären Sie sich dann die Haltung der Bundesregierung,die jetzt sagt, damit haben wir nichts zu tun, oder das haben wir eingestellt?

Martins: Augenwischerei den Massenmedien gegenüber.

Interview: Erich Hackl

Konkret 05/79, S. 33

Hermann Peter Piwitt

autoritär, betulich, neckisch und devot

Ein Paar in gepflegt-intimer Atmosphäre. Man ist sich sympathisch. Bis plötzlich der eine auf den Schultern des andern Schuppen entdeckt. Sein Gesicht verzieht sich zum Ausdruck des Abgestoßenseins: »Schuppen, wie peinlich!« Wer in den 50er Jahren aufgewachsen ist, erinnert sich an diese Anzeige. Sie war so aufdringlich wie die Miederwerbung. Daß sie das gesellschaftliche Klima dieses kleinkarierten Jahrzehnts genauso charakterisiert wie etwa – in der Warenwerbung von heute - das Adjektiv »groß« die wirtschaftsimperialistischen 70er (der »große Weinbrand«, der »große Geschmack«), gehört zu den vielen intelligenten Entdeckungen der Autoren Kromschröder und Jungwirth in ihrem Buch »Die Pubertät der Republik« oder »Die Fünfziger Jahre der Deutschen«.

Nun kann man darüber streiten, ob die 50er schon die Pubertät der Republik waren, oder ob hier nicht kräftig die NS-Zeit noch nachgedieselt hat. Der Film »Sauerbruch« zum Beispiel des schon in den NS-Jahren erfolgreichen Regisseurs Rolf Hansen hätte bei seiner Uraufführung 1954 mit Sicherheit auch Goebbels begeistert. Die Säbelstimme des Wochenschausprechers - war es nicht überhaupt dieselbe wie zu Stalingrads Zeiten? - ließ kaum jemanden recht gewahr werden, ob sie *noch* eine Spinnstoff-Sammlung oder *schon* das Päckchen nach drüben kommentierte; das Medium, der Tonfall war die Botschaft.

»Werte« wie »Gemeinschaft«, »Reinheit«, »Gehorsam«, »Pflichterfüllung« wurden zwar jetzt von den Kirchen verwaltet. Aber daß sie für »zeitlos« galten, war nur der `Beweis dafür, daß die Zeit stehengeblieben war.

In einer Erbauungsschrift, betitelt »Max kommt nach Untertürkheim« (Mercedes),heißt es: *»Nach kurzem Warten erschien der Ausbildungsleiter und richtete eine kurze Ansprache an die Lehrlinge... Sie wären hier, um zu erstklassigen Handwerkern und rechtschaffenen Menschen geformt zu werden. Das sei aber nur möglich, wenn ein jeder von ihnen guten Willens sei und sich ohne Widerstand in die Gemeinschaft einfüge. Er erwarte, daß sie ihren Meistern und den Lehrgesellen mit der erforderlichen Achtung begegnen und die ihnen übertragenen Arbeiten mit allem Fleiß und mit Einsatz ihres besten Könnens ausführten. Sollten in dieser Hinsicht Klagen kommen, so würde unnachsichtig durchgegriffen werden und Elemente, die sich nicht fügen wollten, rücksichtslos aus der Gemeinschaft ausgeschlossen.«*

»Formen«, »sich fügen«, »Elemente«, »unnachsichtig durchgreifen«, »rücksichtslos ausschließen«: autoritär, betulich und devot klang die Nazizeit aus. Man »war zwar bald wieder wer«, aber darauf bestand man allenfalls verklemmt-trotzig. Woran es fehlte, war die erwähnte Größe! Am Nationalsozialismus schuld waren - so das »Sonntagsblatt« 1953 - »die glaubenslosen Massen inmitten einer entgötterten Welt, in der es keine dauerhafte und zuverlässige Autorität mehr gab«. Hitler war »die Zuchtrute Gottes, ein Instrument des Gerichts, das über ein Volk gehalten wurde.«

Aber selbst wenn man es so sah: man konnte sich nicht recht sehen lassen damit. Die Folge: eine allgemeine Verhaltensunsicherheit, wo es allein darauf ankam, die Form zu wahren, nicht Anstoß zu erregen. So waren peinlich nicht nur Schuppen, -peinlich war auch »das mit den Juden«. Peinlich war es, nicht im dunklen Anzug ins Theater zu gehen. Und peinlich, als Frau auf das formende Korsett zu verzichten. Peinlich war es, im Ausland als Deutscher aufzufallen. Peinlich, als Mädchen nicht mehr »unschuldig« zu sein, und peinlich für einen Mann, eins zu heiraten, das schon andere vor ihm gehabt hatte. Peinlich war es, die wichtigsten Artikel des Grundgesetzes nicht zu kennen, und peinlich, auf ihnen zu bestehen. Nicht bloß peinlich, sondern kriminell waren Homosexualität, Abtreibung, Partnertausch; und der Kuppelei schuldig machte sich eine Zimmerwirtin, wenn sie Herrenbesuch bei ihrer Untermieterin duldete.

Bei alldem war eigentlich nicht klar, warum so viel peinlich zu sein hatte. Es waren Übereinkommen aus der Vollmacht der Tradition, der Moralvorstellungen von vor 1914, der einzigen, zu denen sich die neue Bourgeoisie wieder bekennen mochte. Moralisches Leitbild war der ältere strenge Herr mit den grauen Schläfen, die vertrauenerweckende Vaterfigur. Lebensziel der Mädchen jener untersetzte, dynamische, starkleibige Typ mit Hornbrille und Bürstenfrisur, der eine Frau mit der gleichen starken Hand durchs Leben führen zu können versprach, mit der er sein Elektrounternehmen leitete.

Die 50er Jahre: eine Gesellschaft verklemmter Musterschüler, deren Lernbereitschaft über die so zeittypischen »zeitlosen Werte« hinaus bestenfalls formell war. *Gemeinschaftskunde:* Was ist der Unterschied von Gemeinschaft, Gesellschaft, Staat? Von Monarchie, Demokratie und Diktatur? Von AG, KG und GmbH? Von Mittel, Zweck und Sinn?

Tatsächlich gab es in diesem Muff neben der politisch bewußten Opposition der alten Antifaschisten (soweit sie nicht als Kommunisten im Gefängnis saßen), der Wiederbewaffnungs- und Atomwaffengegner überhaupt nur zwei Gruppierungen, die auf einer gewissen, wenn auch blinden und ohnmächtigen Nonkonformität bestanden: das eine waren die »Halbstarken«, Stichwort Elvis Presley und James Dean. Das andere jene eher akademischen Jugendcliquen, wo man in Cafés und Jazzhäusern die miesen Verhältnisse mit dem »ausweglosen und absurden Dasein an sich« verwechselte.

Ich erinnere mich, meine paar Freunde und ich, so recht gehörten wir nirgends dazu und fühlten uns entsprechend noch verlorener. In unseren abgeschabten Veloursjäckchen hingen wir in Frankfurt auf der Hauptwache herum, teilten die Markzehn für zwei Espressos, träumten von den »besseren« Mädchen in den Schneiderkostümen, bei denen wir keinen Fuß in die Tür kriegten, und schätzten die gering, die mit uns schliefen. Und während es an uns vorüberging, das Leben, diskutierten wir dessen Sinn; denn daß es sinnvoll sei, danach zu fragen: auch den Schamott hatten wir auf dem Gymnasium gelernt.

Diese verschaukelte Generation: idealistisch verträumt wie wir waren, glaubten wir den Inhabern der Gesellschaft, daß diese ideologiefrei sei und nur auf wirtschaftliche Effizienz bedacht, - und verachteten sie darum wegen ihres »Materialismus«. Und als wir endlich dahinter kamen, daß es umgekehrt war, daß diese Gesellschaft voll war von Ideologie, voll der übelsten kapitalistischen Urwald-Ideale samt ihren stockkonservativen Dekors, und daß ihr beizukommen war nur durch materialistisches Denken, - da hatte schon eine neue Generation die Sache in die Hand genommen.

Aber das Design! Die »bewegten Gefühle«, wie sie Paul Maenz in seinem Buch »Die 50er Jahre. Formen eines Jahrzehnts« in Architektur, bildender Kunst und Gestaltung entdeckt, die Freude am Asymmetrischen, an beflügelten abstrakten Formen, an extrem leichten Werkstoffen; die raschelnden Pettycoats, die Hula-Hop -Reifen auf schwingenden Hüften, - wie verträgt sich das mit dem Muff, dem altväterlich-bigotten jener Jahre?

Maenz kolportiert eine Vermutung: in kapitalistischer Umgebung komme dem Design eine Aufgabe zu, die sich mit der Funktion des Roten Kreuzes im Kriege vergleichen lasse. Ich denke, das ist es. Denn gewiß trug das Design jener Jahre der allgemeinen Freude darüber Rechnung, daß man wieder zivilisiert leben konnte. Gewiß gab es einen Nachholbedarf an Modernität. Aber die Verabsolutierung des Ästhetischen, die schönen abstrakten Formen überall, die »Magnum« - Weltanschauung, - das war auch und vor allem Ausdruck der Flucht vor den muffigen Realitäten.

Die Abstraktion gestattete das Formalisieren der sozialen Probleme, deren Entfernung aus der Wirklichkeit in die Welt des Designs, der »Funktionen«, der Sachzwänge. Nicht neue Werte waren an die Stelle der alten getreten, sondern die bewegte leere Form war diesen wie ein tänzelnder Pudel voraus. Bewegung war nur dem Styling gestattet, alles andere blieb leblos. Und wenn meine Tante Grete vor Bildern jener Jahre sagte: »Na, ich weiß nicht... Aber die Farben!«, dann traf sie genau den Punkt: Hübsch war's, aber es hatte nicht einmal mit ihr was zu tun. Eine inhaltliche Funktion war nicht auszumachen.

Und eben das war typisch für den »Funktionalismus« der 50er Jahre: daß er nicht funktionierte. Löffel, mit denen man nicht essen konnte. Messer, zu kurz, um damit schneiden zu können. Sessel, viel zu klein und zu eng, um gemütlich darin zu sitzen. Niedrige Tische, an denen man sich Magen und Darm verklemmte. Tischlampen, die, weil zu leicht, ständig umkippten. Mehrzweckmöbel, die zu keinem ihrer Zwecke wirklich gebraucht werden konnten. Am Werk war eine abstrakt entwerfende Phantasie, die gewiß mit den traditionellen Werten gebrochen hatte, aber neue nicht kannte.

Am deutlichsten zeigt sich das am Kirchenbau von damals: Die Kirchen waren es ja gewesen, die den Deutschen nach dem Krieg für das, was passiert war, die bequemste Lösung boten. Was hatte zum Faschismus geführt? »Glaubensarmut«. »Abkehr von Gott«. » Nach dem Zusammenbruch des Staates in der Kirche aufgehoben zu sein« (Eugen Gerstenmeier), war das Verlangen vieler. Und entsprechend gut lief das Ablaßgeschäft. Kirchen entstanden, als hätte es nichts anderes zu bauen gegeben, und jeder Dorfarchitekt entwickelte die schweifende Phantasie eines Corbusier von Ronchamps. Aber dann stellte sich heraus, daß sie überhaupt nicht funktionierten. Sie standen herum wie frisch eingeweihte Bahnhöfe an eben stillgelegten Strecken. Und das Volk machte seine Witze: »Seelenabschußrampe«, » Kraftwerk Christi«. Man hatte auch hier nur » die Form gewahrt«.

Die 50er Jahre: eine Generation, die sich auf sie mehr als auf jedes andere vergangene Jahrzehnt beruft, hat, fürchte ich, schon jetzt verschissen bis zur Eiszeit.

Konkret 05/79, S. 35

Hartmut Schulze

Diesseits der Liebe

Hartmut Schulze über Martin Walsers neuen Roman »Seelenarbeit« - ein Lebenshilfe-Buch, Überlebenshilfe

Wie kann ein 300-Seiten-Roman, in dem fast nichts passiert, nur so aufregend sein!

Fahrer fährt Chef einer Alarmanlagen-Fabrik und andere durch die Bodensee-Gegend und anderswo hin, hat Ärger mit seinem Magen und mit seinen Kindern, wird zum Gabelstapler-Fahrer degradiert. Das schüttere Handlungsgerüst ist bekannt, auch vielen, die Walsers »Seelenarbeit« nicht gelesen haben: es hat ja genug Rezensionen gegeben. Nein, nicht Rezensionen, meist waren es Ergebenheitsadressen an Autor und Verlag, die aber immerhin den Vorteil haben, das Buch ins Gespräch und damit in die »Spiegel«-Sellerliste zu bringen.

Möge sich bitte niemand durch diese Besprechungen davon abhalten lassen, den Roman zu lesen. Auch von dieser hier nicht.

Den tiefsten Diener machte Peter Hamm in der »Zeit«, und er spreizte sich dabei wie Olga Korbut auf dem Schwebebalken. Weil im Klappentext der »Seelenarbeit« was von Heimatroman steht (im Konjunktiv), heißt Hamms ganze »Zeit«-Serie »Das Prinzip Heimat«. Die Rezension beginnt mit Meyers Konversationslexikon von 1889, dann kommen Musil, Kafka und Bloch, nicht ohne Robert Walser zu streifen endet sie bei Simone Weil. Peter Hamm hat viel gelesen. Nur, die »Seelenarbeit« hat er bloß mit dem feuchten Finger gestreift (man merkt's an unwichtigen Flüchtigkeitsfehlern beim Zitieren: aus geplanten Bundesstraßen werden Autobahnen, aus einer Chefsekretärin wird eine Haushälterin, Messer liegen am falschen Ort). Aber das macht nichts, Hauptsache, die Rezension ist schön, läßt ihren Verfasser leuchten.

Lieber KONKRET-Autor Peter Hamm, »der Großkritiker stirbt aus mit jener Großliteratur, der er sich stets so gern anhängte«: das müßten Sie doch wissen, Sie haben es doch selbst geschrieben - 1968.

Den Großkritiker gibt es leider, als vife Leiche, immer noch, oder wieder; und zum Glück haben wir neben der Großliteratur auch immer noch große Literatur. Martin Walsers »Seelenarbeit« zum Beispiel. Das glaubt aber keiner, wenn der Roman so rezensiert wird: »... eingestandene Abgründe, aus denen er sich mit allmächtiger Sprache rettet« (Kaiser, »SZ«), »... eine Brillanz, (Pawlik, »Weltwoche«), »... wieder brillante Einfälle« (Becker, »Spiegel«) und »...höchste stilistische Brillanz« (Meissner, »AZ«). Brillant, brillanter, Brillantine -der Schriftsteller als Pomaden-Heini.

Solch zwanghaftes Lob macht mißtraurisch gegenüber Walser, auch ein Vorabdruck in der »FAZ« (aber lassen wir die alte Geschichte). Der Titel zudem schmeckt nach Innerlichkeit und dann noch die Vokabel »Heimatroman«. Der Bodensee-Proust (danke, Peter Hamm, für die Überlieferung dieses Aperçus von Enzensberger) hat ja in letzter Zeit auch Politisches geäußert, das nicht nur der Feuilleton-, sondern der Gesamtredaktion der »Frankfurter Allgemeinen« gefallen kann. Etwa zur »deutschen Frage« oder zur Verjährung von NS-Morden (»Ich bin dafür, daß Verbrechen -gleich welcher Art - verjähren«).

Vor sieben Jahren, als sich Walser mit Kommunisten eingelassen hatte, sagte er mir in einem Interview für die Hamburger Studentenzeitung: » Es *ist erstaunlich, wie brutal, direkt und unverhüllt die Feindseligkeit, die Drohung und der Ausschluß sich formieren. Daß Meinungsfreiheit eine so brüchige Fassade ist und so wenig Realität, das erfährt man erst, wenn man sich gestattet, eine andere Meinung als die herrschende zu haben.«* Dann sagte er noch: *»Ich will daraus irgendwann einmal Schlüsse ziehen.«* Das hat er getan, und er gestattet sich jetzt, in vielen Fragen die herrschende Meinung zu haben.

Aber - er ist ein realistischer Schriftsteller geblieben. Natürlich hat Walser keinen Heimatroman geschrieben (will er aber noch, wie er in einem gleichzeitig mit »Seelenarbeit« erschienenen Essay-Band ankündigt: einen Alpenbauernroman. Wir werden uns noch wundern.)

Der Kleinbürger bleibt Walsers Thema, den kennt keiner wie er, er ist einer und weiß das.

Diesmal also Xaver Zürn aus Wigratsweiler im Alemannischen (und es ist wahrhaftig nicht nur *diese Heimat,* die Zürn und sein Autor gemein haben), Fahrer des Dr. Gleitze. Zürn ist als gesellschaftlicher Typus mit einer realistischen Genauigkeit gezeichnet, die nur die artistische Fiktion möglich macht. Er wird von Illusionen geblendet und hat doch den ganz großen Durchblick; er spricht englisch und französisch, weiß, wann Schubert gut ist und kennt die Geschichte des Bauernkriegs am Bodensee genau. Wie man Krebse ißt, weiß er nicht. Andererseits tritt einem dieser Zürn aber auch als Individuum entgegen, wir lernen eine Person kennen. Sie wird uns vorgestellt mit einer unerhörten Schamlosigkeit. Die radikale Entblößung eines Menschen, seiner Körperlichkeit, seiner Gefühle und seines Denkens - sie erschüttert.

Ich meine nicht die ersten Seiten mit der Abhandlung der Verdauungsschwierigkeiten, die Zürn beim Chauffieren hat. Dabei mögen sich Rezensenten wie Günter Zehm (»Welt«) aufhalten, für die ein Weiterlesen durchaus gefährlich hätte sein können.

Gefährlich ist Walser für alle, die sich krummlegen, die katzbuckeln nach oben und treten nach unten. Denn er entlarvt Lebenslügen. Walser-Leser sind Kleinbürger wie er. Wenn sie genau lesen, erkennen sie, daß Zürns Lebenslügen ihre sind. Diese »Seelenarbeit« macht betroffen.

»Nur wer sich schindet, hält sich«, sagt Zürn. *»Aber doch jetzt nicht mehr. Sie hätten die ersten sein können, die leichter lebten. Wenn sie das gekonnt hätten, leichter leben.«* Aber sie konnten eben nicht und Werden nie können. Sie trachten nach dem leichten Leben einer Klasse, deren einzig sichere Zugangsmöglichkeit das Hineingeborenwerden ist. Bourgeois sein ist weder erlernbar noch kann man es sich erarbeiten. Aber man kann es sich vormachen. Man kann zum Beispiel von »unserem Betrieb« sprechen, man kann von dem Produktionsmittel, an oder mit dem man für andere Mehrwert schafft, als von »meiner Maschine« sprechen.

Xaver Zürn ist stolz auf »seinen« Mercedes 450 SEL, lindgrün ist er, wie vieles in diesem Roman.

Man kann sich retten in die Hoffnung, daß die Arbeit, die man verrichtet, sinnvoll sei. Siebenerlei Käse aus Sankt Gallen und Truffes Champagne für Frau Dr. Gleitze herbeifahren, oder debile Partygäste. Xaver Zürn wird wütend, als er mit einem Kollegen spricht, dem es nichts ausmacht, seiner Chefin, die lieber fliegt, Hunderte von Kilometern im leeren Wagen nachzufahren, nur um sie dann vom Flughafen in die Stadt zu chauffieren. *»Er wollte keinen sinnlosen Beruf haben.«*

Das Wort Kollege kommt in Walsers »Seelenarbeit« häufig vor. Für den Fahrer Zürn ist es nicht nur eine Vokabel. Selbst in den irrwitzigsten Mord- und Selbstmordphantasien - (er überlegt einmal, ob er nicht sich und seiner Herrschaft durch einen Frontalzusammenstoß mit einem LKW ein erlösendes Ende bereiten sollte - will er den Kollegen, den Fernfahrer schonen. Solidarität wäre eine Lösung. Aber bei Privatchauffeuren?

Xaver Zürn sagt über seine Tochter Julia, *»sie wisse alles, durchschaue alles, sehe alles genau voraus, bloß tue sie nichts, rette sich überhaupt nicht, nicht einmal einen ernsthaften Versuch mache sie«.* Auch Xaver Zürn weiß alles. Er weiß zum Beispiel, warum es immer noch Herren gibt: *»Weil jeder hofft, er werde auch einer.«* Eine Buchseite später macht ihn ein Satz aus dem Haus des Chefs schier wahnsinnig: er sei der Treueste, aber nicht der Hellste. *»Wie reden Gleitzes über Xaver? Was halten sie von ihm? Sind sie seiner Meinung? Wie oft sprechen sie überhaupt über ihn?«* Der Knecht definiert sich wieder über den Herren.

Zunächst mal macht da Zürns Magen nicht mit. Ein Arzt doziert über die Beziehungen von Psyche und Verdauung, empfiehlt Seelenarbeit. Xaver solle sich um ein besseres Verhältnis zu seinem Darm bemühen. Das gelingt ihm, später in einer Tübinger Privatklinik, optimal; er duzt sich vertrauensvoll mit seinem Magen auf dem Leuchtschirm. Aber die Schmerzen bleiben, weil diese Seelenarbeit, die vom Arzt verordnete, ihre Ursachen nicht wegarbeitet. *»Fahrer bei Gleitze, das ist einfach ein Glücksfall«,* sagt der Doktor, ein Kleinbürger, der auch den Alarmanlagen-Fabrikant behandelt.

Also Ursachenbeseitigung. Gleitze, der noch nicht sterben will, weil er Aufführungen von Mozart-Opern sammelt und die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts komplett haben will, - diesen Gleitze umbringen. Xaver hat nicht Opern, sondern Messer gesammelt. *»Wenn einer einen tötet, der glücklicher ist als er, wird er so glücklich wie der war.* « Endlich: Mordplanung als Seelenarbeit. Sie scheitert. Was bleibt?

»Da es Gott offenbar nicht gibt, bleiben nur die Russen. Warum marschieren denn die Russen nicht endlich ein und machen Schluß mit diesem Pack und setzen ein offenes Unrecht ein, das ist doch besser als dieser Schein ... «

Wieso die Russen? Deutsche Kleinbürger tendieren zum Faschismus. Und Xavers Lieblingslektüre ist doch Pfarrer Wurmbrands »Gefoltert für Christus«.

»Das Fehlgegangene so zu erzählen, daß man, Sekunde um Sekunde, glauben konnte, diesmal werde es gut ausgehen, war das Ideal, das Xaver vorschwebte« auch das Ideal von Martin Walser.

Und genau das ist das Neue an diesem Roman, genau darum ist der Tenor so vieler Auftragsrezensionen falsch: wieder mal ein Walser in gewohnter Qualität, ein brillanter Walser. Natürlich, diese Sprachgewalt, diese Plastizität - alles richtig (und wohl auch der Grund dafür, daß Walser-Verfilmungen regelmäßig mißraten: was so überdeutlich wie ein Film erscheint, kann man nicht verfilmen).

Richtig ist auch, daß Walsers sarkastischer Humor wieder einmal Leselust verschafft. Eine Probe? *»Erging rasch zum Radio und stellte einen Schweizer Sender ein. Da war er sicher vor unangenehmen Sendungen. Es kam ein Wunschkonzert. Leute, denen etwas fehlte, durften sich Musik wünschen. Ein Mädchen, das durch eine Angina stimmlos geworden war, wünschte sich* 'In diesen heilgen Hallen kennt man die Rache nicht und ist ein Mensch gefallen, führt Liebe ihn zur Pflicht'. *Blinde erzählten, sie spielten ein Torballspiel mit einem Klingelball. Eine, von Geburt an blind, wünschte sich* 'Schön ist die Jugendzeit, schön ist die Jugend, sie kommt, sie kommt nicht mehr, ja niemals wieder mehr. Schön ist die Jugend, sie kommt nicht mehr'. *Am besten gefiel Xaver die Zeile:* 'Drum sag' ich's noch einmal'.«

So. Über all das kann man sich freuen und dann eine Besprechung schreiben, die voll des Lobes ist. Aber warum die »Seelenarbeit« ein wichtiges Buch, ein Lebenshilfe-Buch ist, erfährt der Leser nicht.

Nein, das Neue hier ist eine gesellschaftliche und gesellschaftspolitische Dimension, die ungleich tiefer ist, wahrer ist, als die in Walsers früheren Versuchen (wie in der »Gallistl'schen Krankheit«). Er ließ Kommunisten auftreten, die sagten was, und dann waren sie wieder weg. Das Proletarische ist nicht Walsers Sache. Aber es bleibt seine Hoffnung.

Die Seelenarbeit hat ein glückliches Ende. Es kommt als scheinbares Unglück daher: Xaver wird vom Chef-Fahrer zum Gabelstapler-Fahrer degradiert (der Grund ist die Tatsache, daß Zürn das falsche Bild, das Gleitze von ihm hat, nicht mehr länger verteidigen will, zum Beispiel, daß er Antialkoholiker und Nikotinfeind sei). Xaver steht zu sich selbst und siegt. Geholfen hat ihm die Liebe zu seiner Frau.

Wieder gilt für ihn, was er über seine Kinder sagt, die auch die letzte Kleinbürger-Illusion vom Aufstieg über die Höhere Schule - sie sollen es einmal besser haben - zunichtemachen. Tochter Julia haut mit einem Flippi ab, und Tochter Magdalena will nach der Schule zu Schiesser nach Radolfzell: *»Sie könne ein Werk mit tausend Arbeiterinnen bequem tragen. Vorausgesetzt, es gelinge ihr, als die Kleinste einzutreten und die Kleinste zu bleiben. Den geringsten Aufstieg würde sie für ihre Niederlage, beziehungsweise ihre Vernichtung halten.«* Xaver zu seiner Tochter: *»Du schaffst es. Du bist die erste von uns, mit der sie es nicht machen können, wie sie es mit allen gemacht haben. Du willst hinab und nicht hinauf. Du wirst es schaffen. «*

Es schaffen, heißt »leichter leben«. Ohne Illusionen, ohne Lüge. Mit Solidarität und Liebe.

Konkret 05/79, S. 38

Friedrich Tomberg

Die Korruption umkehren

konkret-essay

Wenn Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg immer noch nicht sozialistisch geworden ist und es vielleicht in den kommenden Jahrzehnten auch nicht werden sollte, so bedeutet das nicht, daß hier das Anwachsen der Elemente des Sozialismus zum Stillstand gekommen wäre. Es zeigt sich ökonomisch in dem hohen Grade, in dem die materielle Produktion - unter Einbeziehung auch des Staates - sich vergesellschaftet hat, sozial zeigt es sich in der Änderung der Klassenstruktur: Große, einst bürgerlich freie Bevölkerungsschichten sind lohnabhängig geworden und haben sich in ihrer objektiven Klassenlage der Arbeiterklasse angenähert, so daß diese - im weiteren Sinne verstanden - bereits den größten Teil der Bevölkerung umfaßt. In dem Maße aber, wie die Arbeiterklasse überall gesellschaftliche Positionen innehat und wie auf der anderen Seite der Staat seine Funktion durch die Gesellschaft hindurch ausdehnt, ist der einfache Antagonismus zweier Lager, der revolutionären Fronde der Proletarier und ihr gegenüber der verschlossenen Festung des klassenfeindlichen Staates nun vollends unmöglich geworden. Es kommt aber auch nicht mehr nur darauf an, Schichten von Bündnispartnern aus der gegnerischen Front herauszubrechen, sondern das Gros derer, die den Staat, sofern er die kapitalistische Ökonomie schützt, zu ihrem unversöhnlichen Klassengegner haben, ist dennoch auf irgendeine Weise in ihm und für ihn tätig und bedarf seiner, sofern er den demokratischen Bestrebungen Raum gibt, um eben diese kapitalistische Ordnung überwinden zu können.

Immer schon haben ja die Arbeiter, so feindlich sie dem Kapitalismus auch gesinnt waren, für dessen Profit dennoch sich abmühen müssen, haben die Ordnung, die sie stürzen wollten, durch ihre tägliche Arbeit zugleich erhalten müssen. Unter den fortgeschrittenen Bedingungen der Gegenwart durchzieht dieses Dilemma nun auch weite Teile des Überbaus. Es geht auch hier nicht mehr darum, sich möglichst von dem politischen Zentrum des Kapitals fernzuhalten, sondern in diesem selbst zu einer progressiven Macht zu werden, ohne die die gesamte Ordnung zunehmend nicht mehr bestehen kann.

Ob diese neue Chance ergriffen wird, das hängt nicht zuletzt auch davon ab, in welchem Maße sich außer den ökonomischen und sozialen auch die im engeren Sinne kulturellen Elemente des Sozialismus weiter entwickeln. Zur Hauptbedingung der Entwicklung einer sozialistisch orientierten Kultur ist es geworden, daß die lohnabhängig Arbeitenden lernen, die Doppelexistenz, in die sie durch die realen Verhältnisse gedrängt worden sind, in der Art bewußt auszuleben, daß sie das Interesse der einen, ihrer eigenen Seite, auch da bestimmend sein lassen, wo sie für die andere Seite agieren. Der Schein spricht gegen eine solche Möglichkeit. Denn es ist die allgemeine Überzeugung, daß mit der objektiven Ausweitung der Arbeiterklasse bis weit in die einst bürgerlichen Schichten hinein das bürgerliche Bewußtsein mehr oder weniger die ganze Arbeiterklasse erfaßt hat. Diese allgemeine Verbürgerlichung des proletarischen Bewußtseins stellt aber - unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen - selbst eine Potenz des gesellschaftlichen Fortschritts dar.

Zwar hat der Wohlstand, den eine kapitalismusorientierte Politik der westeuropäischen Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg bescherte, nicht nur, wie um die Jahrhundertwende die sogenannte Arbeiteraristokratie, nun auch die große Mehrheit der abhängig Arbeitenden korrumpiert, sie hat aber die damit einhergehende kapitalistische Entfremdung umso drückender werden lassen. Zwar auch konnte die Besinnung auf das weiterhin existierende Monopolkapital als eigentlicher Ursache des Faschismus, die unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg weite Kreise erfaßt hatte, durch diese Wohlstandskorruption aufgefangen werden, so daß in der Nachkriegsrestauration die Niederlage, die der Faschismus der Arbeiterklasse beigebracht hatte, nun erst perfekt wurde, gleichwohl konnte die Intention der Humanität nicht ausgetilgt, sie konnte nur desorientiert werden. Die Philosophie sprach diesen Zustand als existentielle Angst aus.

In dieser Angst lösten sich die bürgerlichen Schichten von ihrer positiven Fixierung auf die Normen ihrer eigenen Welt. Die Negation der Bürgerwelt, in den zwanziger Jahren noch weithin unverstandener Habitus einer Avantgarde bürgerlicher Intellektueller, verbreitete sich zumindest untergründig in den Massen. Die moderne Kunst wurde populär. Mit ihrer Breitenrezeption verwässerte sich zwar ihr Gehalt, teilte sich dennoch aber in unterschiedlichen Graden mit. Bedeutete die Grundhaltung bürgerlicher Selbstnegation für die Arbeiterklasse einerseits den Verlust des Klassenbewußtseins, so schuf sie andererseits aber auch auf der Ebene des Bewußtseins eine Gemeinsamkeit unter jenen Schichten proletarischer und bürgerlicher Herkunft, die durch die soziale Entwicklung in eine gemeinsame objektive Klassensituation gegenüber den herrschenden Mächten in der Gesellschaft gedrängt worden waren.

Damit ist in gewisser Weise nun auch bei Bevölkerungsmehrheit im Subjektiven objektiv der Grund für jenen Übergang aus der bürgerlichen Selbstnegation zum proletarischen Klassenbewußtsein gelegt, den Hanns Eisler in seiner Kunst jederzeit beispielhaft vollzog. Die Intentionen, die damals mit Eisler auch viele andere Protagonisten der sozialistisch orientierten Kultur verfolgten, führten unter dem Druck des Faschismus endlich doch zur Proklamation eines Bündnisses aller demokratischen Kräfte. Diese hielten, wenngleich einen Kernbestand reduziert, im Widerstand durch. Und es ist heute nicht zuletzt die Tradition dieses Widerstandes, die in einigen westeuropäischen Ländern die allgemeine Empörung aus

bloßer existenzialistischer Trotzhaltung in politische Praxis überführt. Wiederum bildet sich eine auf den Sozialismus richtende Massenbewegung heraus. Anders als zuvor steht ihr aber keine revolutionäre Situation unmittelbar vor Augen. Und es sind wohl auch nicht ausgeprägte sozialistische Zielvorstellungen, denen die meisten, die für sozialistische Politik votieren, anhängen, eher zeigen sie sich aufgeschreckt durch das Offenbarwerden der Grenzen, an die die herrschende Macht bei dem Versuch, sie zu korrumpieren, gestoßen ist.

Seinerzeit hat die imperialistische Politik des europäischen Monopolkapitals die Arbeiteraristokratie nicht zuletzt aus der Ausbeutung der späteren »Dritten Welt« mit einem gewissen Anteil an ihren Extraprofiten umwerben können. Nunmehr fungiert mehr oder weniger die gesamte Arbeiterklasse der kapitalistischen Welt gegenüber den Entwicklungsländern als bevorzugte Aristokratie. So wie die Kapitalmacht sich seit langem schon gezwungen sah, um ihrer Erhaltung willen immer wieder neue Konzessionen an die Bevölkerung der eigenen Länder zu machen, so muß sie nun auch ähnlich gegenüber der dritten Welt verfahren, wenn sie einen gewissen Grad an Ausbeutung aufrecht erhalten will. Schon will es nicht mehr gelingen, die Entwicklungsländer auf bloße weltmarktabhängige Rohstofflieferanten zu reduzieren. Aus ihrem unersättlichen Bedürfnis nach Markterweiterung sieht sich die Kapitalmacht gezwungen, auch in der dritten Welt die Industrialisierung in Graden zu fördern. Sie laviert sich damit nicht nur in einen ökonomischen Widerspruch, indem sie sich Konkurrenten heranzieht, sondern beschleunigt auch die Herausbildung einer Arbeiterklasse und schafft sich so im Hauptfeld des gegenwärtigen weltweiten Klassenkampfes selbst jene Kraft, die zum Träger revolutionärer Politik objektiv berufen ist.

Indem die arbeitende Bevölkerung der kapitalistischen Länder an ihrem Lebensstandard festzuhalten sucht, behindert sie daher nicht unbedingt den weltweiten sozialen Fortschritt. Ja, sie ist auf diese Weise sogar in der Lage, ihn zu fördern. Sie kann aus dem Stand materieller Bevorzugung, mit dem das Kapital sich Hoffnung gibt, sie zu korrumpieren, gar nicht heraustreten, wohl aber kann sie die Korruption sozusagen umkehren: Im Erweis ihrer gesellschaftlichen Macht und politischen Befähigung kann es ihr gelingen, dem Kapital auch seine höheren Funktionäre in wachsender Zahl abzuwerben.

Von der Zielbewußtheit und Führungsfähigkeit der proletarischen Avantgarde wird es dabei entscheidend abhängen, ob der vorgezeichnete Weg wirklich auch zur Revolutionierung der gesellschaftlichen Verhältnisse, wenn auch in einem langwierigen Prozeß, führt. Die Geschichte, obgleich sie hierfür noch kein Beispiel anzubieten hat, vermag doch dazu schon einige Lehren zu erteilen. Ursprünglich war es ausdrücklich die Französische Revolution, die, trotz ihres bürgerlichen Charakters, als die Erfahrungsbasis für die Theorie einer proletarischen Revolution diente. Sie wurde im zaristischen Bußland dann auch mit Erfolg auf die Probe gestellt. Für Westeuropa scheinen jedoch eher die englische und die deutsche Revolution die Alternative der künftigen Entwicklung zu bezeichnen. Dem englischen Bürgertum ist es seinerzeit in der Tat gelungen, weite Teile des einst herrschenden Adels auf seine Seite zu ziehen und sie seiner Ökonomie und Politik unterzuordnen. Der Weg seiner Revolution konnte damit relativ friedlich verlaufen. Wenn es nach dem Willen der beharrenden Kräfte des gegenwärtigen Monopolkapitals geht, wird Westeuropa jedoch die deutsche Variante sich zum Muster nehmen. Auch in Deutschland näherten sich Bürgertum und Adel aneinander an, doch geschah dies unter der Dominanz der alten, mit reaktionären Kräften der Bourgeoisie verbündeten Feudalmacht, die zwar auch die Revolution schließlich nicht verhindern konnte, ihre letzten Konsequenzen jedoch abwehrte und durch ihre militärische Politik viel Not und Elend über das eigene Land wie über die ganze Welt brachte.

Der friedliche Weg gibt sich daher keineswegs von selbst, er ist vielmehr Schritt für Schritt zu erkämpfen. Ohne entsprechende Formierung und ohne ein Wissen um das geschichtlich aufgegebene Ziel läßt sich dieser Kampf nach wie vor nicht führen. Die bloße allgemeine Kenntnis der Marschrichtung nützt jedoch nichts, wenn sie sich nicht mit der Erfahrung der Besonderheit der gegebenen Situation verbindet. Diese Vermittlung von abstrakter Theorie und konkreter Erfahrung ist seit jeher schon gefordert worden. In Westeuropa reicht aber auch sie nicht mehr aus. Denn sie implizierte ursprünglich - und dies seinerzeit auch zu Recht - daß der Ort der Umsetzung dieser Vermittlung in politische Praxis nur Europa sein könne. Nachdem diese Implikation durch den Lauf der Geschichte hinfällig geworden ist, wird den Westeuropäern noch eine andere Vermittlung zugemutet: Sie müssen auf der einen Seite begreifen, daß der Prozeß des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus sich heute weltweit vollzieht und daß dabei in Zukunft manche Region außerhalb der kapitalistischen Stammländer vorangehen könnte, daß Westeuropa die Rolle der Welt-Avantgarde jedenfalls nicht mehr zukommt; sie müssen auf der anderen Seite, und zwar aus der Kenntnis des globalen Zusammenhangs heraus, sich der besonderen Aufgaben für die Realisierung des Sozialismus bewußt werden, die ihnen aus dem historischen Ort zuwachsen, an dem sie sich befinden, wozu nicht zuletzt auch gehört, daß sie die Elemente der sozialistischen Kultur ausbauen, indem sie die kulturellen Errungenschaften der Menschheit aus jener Zeit, da Europa in der Tat noch in der Weltentwicklung voranging, in diese ihre Kultur hereinholen und damit in die künftige sozialistische Weltgesellschaft eine wesentliche Substanz einbringen.

In ihrer Abstraktion von der bürgerlichen Welt und damit zugleich von jeder konkreten Realität hat die sogenannte moderne Kunst die regionale Begrenztheit der europäischen Kunsttradition schon aufgebrochen. Sie ist dann auch zu einer

Weltkunst, zur Kunst eines allerdings realitätsfernen Weltbewußtseins geworden. Der Weltprozeß vollzieht sich jedoch nur in den konkreten, in den einzelne Weltregionen unterschiedlich bestimmten Aktionen.

Auch in Europa, und so auch in Westeuropa, muß sich die Kunst daher wieder der unmittelbaren, konkret bestimmten Wirklichkeit zuwenden, aus deren Widerspiegelung ihren spezifischen gesellschaftlichen Gehalt schöpfen und diesen mit dem Bewußtsein des Weltzusammenhangs in Einheit bringen. Die allgemeine Notwendigkeit sozialistisch orientierter Kultur, die sich darin geltend macht, wird gegenwärtig noch von sehr disparaten Bestrebungen wahrgenommen. Im Extrem liegt bei den einen der Akzent ganz auf der Unmittelbarkeit des gelebten Lebens, bei den anderen auf der abstrakten Allgemeinheit des überall Gültigen. Es wird noch lange die Aufgabe sozialistischer Kulturpolitik in Westeuropa sein müssen, vermöge Wissenschaft und Kunst und aller sonstigen kulturellen Aktivitäten diese Tendenzen einander anzunähern, so daß das maßgeblich Allgemeine im individuell Einmaligen zu neuer repräsentativer Besonderheit sich auszuformen vermag.

Friedrich Tomberg, einer der wichtigsten marxistischen Philosophen (»Mimesis und Praxis«), ehemaliger Mitherausgeber des »Argument«, Professor an der Westberliner PH, ist Anfang Februar verschwunden. Kurz darauf meldete er sich telefonisch aus Ostberlin. Verdacht auf Spionage »für eine fremde Macht« - Mimesis und Praxis? KONKRET veröffentlicht hier seine letzte große Arbeit. Es handelt sich um einen Auszug aus dem Aufsatz »Elemente sozialistischer Kultur in Westeuropa«, der im Herbst bei S. Fischer erscheinen wird 1). Und es geht um nicht weniger als die Frage, ob und wie sozialistische Revolution heute noch stattfinden kann

1) Hans Werner Henze (Hrsg.): »Zwischen den Kulturen. Neue Aspekte der musikalischen Ästhetik I«

Konkret 05/79, S. 41

Jasmine Bonnin

Rock im Rock

Jasmine Bonnin (in den Hitparaden mit »Straßen unserer Stadt« fragt: Gibt es eine weibliche Musik?

Freundinnen, emanzipationsbewußte Frauen, fühlen sich betroffen, wenn ich sie auf den Widerspruch hinweise, daß sie sich für Musik begeistern, die sie mehr oder weniger offen diskriminiert, ja verachtet. Musik, die in's Ohr geht, verdeckt ihren Entstehungszusammenhang. Die notwendige Kompensation des Alltags, die sie darüber hinaus erfüllt, läßt leicht ihre Produzenten vergessen. Die Leute, die die Musikindustrie mit ihren Entscheidungen lenken, Produzenten, Verleger, Manager, Arrangeure, Toningenieure und Musiker, sind Männer. Eine Banalität. Sie hat zur Folge, daß aus unseren Radios »Männermusik« ertönt, d.h. von männlicher Empfindung und Denkweise produzierte Musik.

Es ist schwierig, den subjektiven Rahmen von Musikempfindung zu sprengen und Kriterien für männliche Musik genau festzulegen (- ich bin keine Musikwissenschaftlerin). Einer der wichtigsten Gründe dafür liegt wohl auch im Fehlen der Alternative. Durch die Abgrenzung vom negativen Beispiel gelingt oft die Verdeutlichung des Gesuchten. Es ist individuell unterschiedlich, wer sich durch welche Musik in seiner Würde verletzt sieht, und in Gesprächen werden Eindrücke dieser Art in den Bereich des Geschmacks verlegt und dort vergessen. Dennoch gibt es Kriterien, die eine Definition zulassen. Um es mal ganz studentisch auszudrücken-: Musik ist der kulturelle Ausdruck der patriarchalisch-kapitalistischen Gesellschaft.

Texte sind leichter klassifizierbar, weil man die Aussagen intellektuell festlegen kann. An dem unerschöpflichen Thema Liebe zum Beispiel sind die Texte »mit der Zeit gegangen«, hier pokert schon mal die Juliane Werding in einer Kneipe, da gibt schon mal eine Frau einem Typen den »Laufpaß«, aber an den Strukturen der patriarchalischen Gesellschaft wird nicht gerüttelt.

Die musikalische Vermarktung der Frauenbewegung hat selbstverständlich schnell in der Plattenindustrie Fuß gefaßt. Sie hat einige Schlager babyrosa eingefärbt. Das Schlimme dabei ist, daß ihre Ziele in ihr Gegenteil verkehrt wurden, wie es fast immer bei Kommerzialisierungsprozessen der Fall ist. Nach dem Motto von Brigitte Bardot »Eine Frau bleibt eine Frau« sind Schlager und Langspielplatten erschienen, die den formalen Aspekt aufgegriffen, das Wort »Frau« vorangestellt haben, in der Aussage jedoch alles beim Alten ließen. Es wurde keine wirklich neue oder überhaupt andere Perspektive als die schon bekannte männliche gewählt. Rollenumkehrung oder, daß eine Liebesbeziehung mit ihrer formalen Beendigung noch lange nicht beendet ist, die Auflösung von Familienstrukturen, all dies scheint den Textern unbekannt, obwohl um sie herum unendlich viele Varianten der Beziehungen zwischen Menschen gelebt werden.

Während ich dies schreibe, singt - als hätte er mich beobachtet - »Väterehen« Barry White, Prototyp des Patriarchen in der Popmusikszene im Radio »We got it, Baby - Yes we got Barry, orte more time in your way!« Solche Musik regt mich auf, denn sie verachtet mich. Da legt einer anbiedernd und unaufgefordert seinen Arm um meine Schultern, bietet mir seinen Schutz an, das, was er darunter versteht.

Daß es viele Musikerinnen gibt, die Lieder schreiben und singen, will ich nicht unter den Tisch kehren. Dies aber bedeutet noch nicht, daß eine frauenspezifische Ausdrucksweise damit schon garantiert wäre oder daß sie besonderes Engagement für die Ausdrucksform ihrer Geschlechtsgenossinnen zeigen.

Ich habe in Frauenbuchläden und auf Frauenfesten Frauenrockbands, Gruppen und Solistinnen gesehen und gehört, die den Anfang machen. Sie sind auf verschiedene Weisen dazu gekommen. Auf die Suche nach der Frauenmusik haben sie sich begeben, entweder weil sie durch die Bewegung dazu kamen, ihrer Musik einen Inhalt zu geben, der ihrer Identität entspricht, oder sie wollen sich musikalisch für ihre Sache einsetzen. Der aktuelle Stand dieser Musik von Frauen ist auf einer sehr frühen Entwicklungsstufe. Titel der Frauengruppen aus München, Frankfurt und Darmstadt wie z.B. »Frauen gemeinsam stark«, »Frauen auf die Barrikaden«, »Chauvi-Rock« oder »Man hat uns von Kopf bis Fuß auf Männer eingestellt« machen deutlich, daß der Text das erkennbare Kriterium für das Thema ist. Die Musik ist Transportmittel, hat Agit-Prop-Charakter, ist Kampfmusik (denn die Frauen müssen kämpfen). Sie haben vorgefertigte Musikschemata übernommen und eigene Texte draufgesetzt. Es gibt kabarettistische Züge, viele wohltuende Satiren und anklagende Lieder. Das Fehlen ästhetisch genußvoller Alternativen verdeutlicht die Weite des Feldes, auf dem Musik stattfindet.

In der DDR haben Sängerinnen wie Veronika Fischer oder Angelika Mann die Agit-Prop-Ebene längst verlassen. Sie singen Lieder, die sich im Pop-Bereich behaupten konnten, ohne daß der Standpunkt der Frau dabei verloren gegangen wäre. Ich glaube, dies muß vor dem Hintergrund der verwirklichten gesetzlichen Gleichberechtigung von Frau und Mann gesehen werden.

Das alles betrifft die Texte. Bei den Tonfolgen, Melodien, Arrangements ist es wesentlich schwieriger herauszufinden, was da ausgedrückt wird.

Die deutlichsten chauvinistischen Züge sind mir persönlich oft bei Rockkonzerten aufgefallen: allein, wie die Musiker auftreten ... ihr Imponiergehabe auf der Bühne. Sexuelle Kraftmeierei wird zum Argument, zum Ersatz für das, was eigentlich die Musik hergeben sollte. Die unerschütterliche Ernsthaftigkeit, mit der sich viele Bands ihren endlosen Soli hingeben und vergessen, daß der Genuß nur in der Gemeinsamkeit entsteht. Was den sinnlichen Genuß ausmachen sollte, verkehrt sich in ein sinnentleertes Leistungsprinzip, welches kaum vereinbar ist mit der für jede Kunst notwendigen schöpferischen Selbstverwirklichung.

Ich habe mich oft, allein durch die Form der Darstellung, überredet gefühlt, nicht aber freiwillig entschlossen. Ich stand vor der Bühne, hypnotisiert von dem Riesenzauber, eine Situation, in der sich Menschen wiederfinden, die nicht lernen durften, einen eigenen Entschluß zu fassen, ihre Identität durch eigene Aktivität zu finden. Ich will damit nicht behaupten, daß es männlichen Besuchern bei solchen Konzerten anders geht, sondern daß da männliche Musik in Form und Inhalt präsentiert wird -oder mit Wolf Biermann: » ... auch Harmonien können lügen ... «. Sicher ist, daß Musik nicht wertfrei ist, geschweige denn frei von Rollenverhalten.

Was also könnte Frauenmusik überhaupt sein?

Eine Musik, deren weiblicher Eigencharakter auch ohne Worte erkenntlich wäre, habe ich in der BRD noch nicht gehört. Ebensowenig wie es eine Frauengeschichte gibt, ebensowenig hatte je Musik von Frauen die Chance, sich zu entwickeln.

Ich sehe eine Möglichkeit, diese Frage zu beantworten, ohne auf den ästhetischen Aspekt zu verzichten, im Anhören von Musik, die in analogen historischen Situationen entstanden ist. - »The woman is the nigger of the world«. In der Schwarzenmusik, besonders im Blues, habe ich oft Anteile von dem gehört, was Frauenmusik sein könnte. Es ist der Ausdruck von alltäglich gewordener Demütigung und Verachtung aufgrund der Hautfarbe in Musik.

Die Musik vereinigt. Sie hat die Fähigkeit, uns mit ihrem Klang in unsere Träume zu führen (gegebenfalls weg von der Realität), um neue Kraft für ihre Durchsetzung aus der wiederbelebten Sehnsucht zu schöpfen. Sie ist Ausdruck einer Gesinnung.

Daß man immer wieder neue Ausdrucksformen durch neue Inhalte kreieren kann, zeigen amerikanische Musikerinnen wie Joni Mitchell zum Beispiel, die zu dem gekommen ist, was für viele Frauen noch unüberwindlich erscheint: Sie traut sich. Sie stellt sich hin, alle bestehenden Muster scheinbar vergessend, und singt, wie sie fühlt.

Dieser Beitrag erscheint demnächst auch in dem Band »Keiner schiebt uns weg«, eine von Lottemi Doormann herausgegebene »Zwischenbilanz der Frauenbewegung in der Bundesrepublik. (Beltz-Verlag, 350 Seiten, ca. 26 Mark)

Konkret 05/79, S. 44

Henning Venske

Begin, laß die Hosen runter

Henning Venske hat sich, eben von der Gorleben-Demo aus Hannover zurück, den »Grand Prix« mit den vielen Nasalen angetan

Georg Friedrich Händel, (294), Musiker, hätte die Ohren hängen lassen: Hallelujah goes Pop in einer angegospelten Schlager-Marsch-Variante. Die Hitmacher (Hit-ler verkneife ich mir) der Eurovision aus Israel. Nach dem halben Friedensnobelpreis der totale Sieg im Grand Prix de la Schnulze. Jerusalem zeigte via Fernsehen am 31. März das, was die Tonträgerkultur eines jeden angeschlossenen Landes ausscheidet. Hallelujah!

»Wehrt Euch, leistet Widerstand«: Das anständigste Lied dieses Tages wurde in Hannover gesungen, aber kein Sender der BRD hat es übertragen. »May the best Song win«, sagte der Moderator zu Beginn der Sendung aus Jerusalem. The best Song wurde dort gar nicht vorgetragen. Die Demonstranten von Hannover hatten ihn mit nach Hause genommen.

In Jerusalem hatte sich ein Operettenpublikum, dem nichts ferner liegt als gelbe Öljacken, nasse Füße und Selbst-mal-singen, dem hochnotpeinlichen Abtastverfahren unterzogen, weil Schlagerwettbewerbe dorten unsicherer sind als Atomkraftwerke hierzulande - aber kein in seiner Existenz bedrohter Bauer aus Gorleben, geschweige denn ein heimatvertriebener Palästinenser, stellte dieser ehrenwerten Versammlung peinliche Fragen nach der Berechtigung ihres Tuns. Hannoveraner hatten ihre Lautsprecherboxen in die Fenster gestellt: Walter Mossmann brachte Ermutigung: die Stones sangen Gimme Shelter, und der klatschnasse Demonstrationszug tanzte auf der Straße...

Begin, laß die Hosen runter: ist ein Schlagerfuzzy drunter! Der Ire versuchte, wie Neil Diamond zu singen, war aber nicht fett genug, die Finnin stand in ihrem eigenen unvergleichlichen Lidschatten, ein Monegasse schlug unbekümmert auf seine E-Gitarre ein, ohne daß diese Laut gab: sie war ja nicht am Verstärker angeschlossen - und er meinte: Notre vie est la musique. Stimmt. Aber nicht diese. Die Griechen waren statt in edles Schweigen in klassischen Faltenwurf gehüllt, die Luxemburgerin arbeitete verbissen auf einen Werbevertrag für Apfelshampoo hin, die Engländer langweilten mit ihrem Hoppelpoppelbeat im Halbplayback, wobei der Trommler alle Mühe hatte, nicht aus Versehen seine Trommeln zu berühren, und die Weihen für all diesen Unfug kamen aus Österreich:

Seht, aus der Kühle hoher Luft, da fallen 100 Monde

Als Zeichen für den Neubeginn, als Sinn wider den Widersinn!

Schade, daß André Heller seine Lyrik nicht selbst gesungen hat. Das hätte seinen Ruf als Peter Alexander für Abiturienten gefestigt. Die Spanier schließlich hielten die Mutter Gottes persönlich auf die Bühne -die wohl nicht zuletzt ihretwegen aussah wie ein von Colani gestiltes Oberammergau -und vier Kindlein halfen ihr, die Schwächen des Songs groß herauszubringen. Die deutsche Jury honorierte das mit der Höchstnote: die Kandidatin hat 12 Punkte.

Süß - diese Kleinen, wie sie sich im Jahr des Kindes für ihre eigenen industriellen Zuwachsraten einsetzen! Singende junge Maulwürfe hätten gewiß denselben Effekt hervorgerufen ... Die Kinder der Demonstranten von Hannover sangen Hopp hopp hopp, Gorleben Stop. Naß und keksmampfend saßen sie dabei auf den Schultern ihrer Väter, und keine Jury des Deutschen Fernsehens gab ihnen auch nur einen einzigen Punkt. Wen wundert's: Fast alle Unterhaltungschefs der Sender sind im Alter zwischen 50 und Pension. »Albrecht, laß die Hosen runter, ist ein schneller Brüter drunter!« Das mögen sie ihrem Publikum nicht zumuten.

Dann schon lieber Dsching Dsching Dschingis Kahn - einen unbeschreiblich dürftigen Disco-Auf- und Abguß; ein faschistischer (»... einer ritt voran, dem folgten alle blind ...«) ein frauenfeindlicher (»... die Frau, die ihn nicht liebte, gab es nicht auf der Welt...«) ein Text von rüdester Einfalt, (»... Ha ho ha hoha ho ...«) dargeboten von einer mongoloiden Teutonentruppe: so etwas Schwachsinniges sieht man selbst im Bericht aus Bonn selten.

Zwei Damen, zwei Herren und ein Glatzkopf sangen das hohe Lied vom Imperialismus, (»... sie trugen Angst und Schrecken in jedes Land ...«) kostümiert wie aus dem Fundus einer Provinzoper, und ein als Königin der Nacht verkleideter Leichtathlet übte sich dazu im Bockspringen. Sensible Zuschauer werden sich heute noch fragen, ob sie die von der Gruppe vorgeführte Kopulationsmotorik etwa als Reiterpantomime mißverstanden haben ... Daß das Treckerballett der Bauern von Lüchow-Dannenberg nur eine »ausgewogene« Berichterstattung im Fernsehen wert ist - das heißt, es werden ein paar Bilder gezeigt, der demokratische Originalton jedoch wird mit einem öligen Kommentar zugekleistert -, daß andererseits die öffentlich-rechtlichen Anstalten diesen Stürmer-Song zum deutschen Festivalbeitrag küren lassen (-von einem angeblich repräsentativen Querschnitt der schlagerhörenden Bevölkerung -): das mindert die Furcht vor den Privatsendern. Beschissener kann's nimmer werden.

Dschingdarassabum: diese deutsche Form einer musikalischen Endlösung war den Juries aus Monaco, Frankreich, Spanien und Dänemark die Höchstpunktzahl (12) wert. Angst vor wirtschaftlicher Repression? Fürchteten sie einen neuerlichen Einmarsch? Die griechische, die Schweizer und die norwegische Jury hingegen schalteten auf Durchzug. Womöglich

mochten sie keine Gewaltverherrlichung. Das Heilige Hannover lag ihnen näher als das niedersächsische Jerusalem: Null Punkte für die Handelsbilanz.

Die Mongolische Volksrepublik nahm leider nicht teil am Grandprix. Sehr bedauerlich. Mongolische Sängerinnen und Sänger, als blechbewehrte Kreuzritter aufgezäumt, die die bornierte Frömmelei unserer Ahnen im Minne-Disco zersingen: das wäre eine wünschenswerte Revanche gewesen. Und vielleicht hätte die bundesrepublikanische Jury das sogar mit einer 12 honoriert. Zuzutrauen wär's diesen Sachverständigen von München schon gewesen: Den Festivalsieger - Israels Hallelujah - versorgten sie mit einer glatten Null. Das ist in Ordnung. So viel Geschmackssicherheit wünscht man/trau sich von einer deutschen Jury. Leider gab sie anderen Liedern die nicht verdienten Punkte, und man muß vermuten: ein deutsches Expertengremium wußte mal wieder nicht, wo's langging. Da bestand volle Einigkeit mit der Wissenschaftlerrunde von Hannover: im Zweifelsfall für die Interessen des Kapitals. Wer kauft hierzulande schon jüdische Schallplatten? Und auf die Frage eines Bauern »Warum muß denn der Schornstein 200 Meter hoch sein, wenn da gar nichts Giftiges rauskommt?« lautet die Antwort: »Im Interesse der Menschen. Sie haben ein Recht auf Plastikwolken.« Der Gegen-Grandprix von Brüssel - im belgischen Fernsehen übertragen - war den deutschen Sendeanstalten nur einen Minibericht wert. Dort sang die Hamburger Rock-Gruppe Oktober:

Wir steten hier nicht in den Glitzersachen,

gehören nicht zum Pop-Establishment,

unser Trommler hat nur 3 Knöpfe am Hemd,

aber so braucht man keine Kompromisse zu machen

Richtig. Nicht mal Albrecht soll strahlen. Vielleicht hören wir uns dann bei seinem Abgang ein Stück von Georg Friedrich Händel, (294), Musiker, an: Hallelujah!

Konkret 05/79, S. 47

Klaus Staeck

Wenn Padua kommt

Über die konservative Kulturrevolution, die jetzt auf Touren kommt

Kaiser Franz Josef S. schwärmte anläßlich des Besuches der schwedischen Königin Silvia, daß Bayern »im Herzen doch irgendwie eine Monarchie geblieben zu sein« scheine. Und Carl Gustav ergänzte artig: das bayrische Volk sei bekannt »wegen seiner Lebensfreude, seines starken kulturellen Interesses und seiner Betonung menschlicher Kontakte«.

Legt man die Maßstäbe eines barocken Duodäzfürstentums zu Grunde, hat Carl Gustav gar nicht so unrecht. Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß wir vom Süden her tatsächlich mit einem Kulturbegriff konfrontiert werden, der mit der herkömmlichen Definition nur noch wenig gemein hat. Dabei kann nicht eindeutig genug davor gewarnt werden, diesen neuen Phänomenen nur mit den üblichen Seppelhosenwitzchen über die Schuhplattlerkultur zu begegnen. Dem jetzt in Bayern offen ausgesprochenen Kulturkampf kann man mit intellektuellem Hochmut nicht mehr beikommen.

Konnte man die spießigen Repräsentationsbedürfnisse des Münchner OB und seine Sehnsucht nach einer Anstandsdame noch als peinlichen Einzelfall belächeln, sind in jüngster Zeit Entwicklungen zu beobachten, die eine Methode erkennen lassen. München ist dabei, seinem kurzen Ruf als Hauptstadt der Bewegung wieder alle Unehre zu machen. Der Beginn dieser neuen heroischen Epoche ist ziemlich exakt zu datieren.

Begonnen hat alles hübsch demokratisch: mit einem Leserbrief in der »Süddeutschen Zeitung«. Geschrieben im November 1978 von Prof. Dr. Steingräber, Generaldirektor der Bayrischen Staatsgemäldesammlungen. Zieht man alle Wortschnörkel ab, ohne die Reaktionäre, die sich selbst als Liberale bezeichnen, nie auskommen, so verdanken wir dem CSU-nahen Professor die richtungsweisende Erkenntnis, daß die Vertreter der modernen Kunst »Hand in Hand mit den politischen Anarchisten kämpfen«. Keine sonderliche Überraschung für jeden, der die Sympathisantendebatte aufmerksam verfolgt hat, erstaunlich nur in der pauschalen Denunzierung jeder nicht staatsfrommen künstlerischen Betätigung. Von Clique war wieder die Rede. Ganz so, als hätte nicht schon einmal ein großer Führer eine gewisse Clique für alle Übel dieser Welt verantwortlich gemacht. Der Professor vertiefte seine Kreuzzugsideologie noch derart, daß sich sogar der über jeden Zweifel der Linkslastigkeit erhabene Galerie-Verein München kritisch zu Wort meldete, der immerhin seine Königlichen Hoheiten Prinz Franz von Bayern und Herzog Max in Bayern in seinem Vorstand weiß. Natürlich war Herr Steingräber nicht tolpatschig oder noch nicht sicher genug, um der Entarteten Kunst das Wort zu reden. Doch welche Rolle spielt es schon, wenn man zwar das Wort vermeidet, aber von exakt der gleichen Sache redet.

All jene, die immer schnell mit einer neuen Ausrutschertheorie zur Hand sind, um nachzuweisen, daß im großen und ganzen doch alles in bester Ordnung sei, wurden schnell eines Besseren belehrt. Diesmal war es der CSU-Kultusminister mit der moderaten Kapaunenstimme, der an ganz anderer Stelle eine Entlastungsoffensive einleitete. Von Amts wegen unterstehen dem netten Herrn Maier, der immer so gesalbt eindringlich von Demokratie säuselt, als sei er der Kardinal persönlich und nicht nur der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, auch die Lehrstühle der Kunstakademien des Freistaates. In richtiger Erkenntnis, daß Parteipolitik in erster Linie Personalpolitik ist, nutzte der geschmeidige Christsoziale die Vakanz des *Lehrstuhls für Malerei und Graphik, insbesondere große Komposition, unter besonderer Hervorhebung der Belange der christlichen Kunst«,* um gegen das Votum der Akademie ganz unchristlich einen Hilfsreferenten aus seinem Hause auf das leere Stühlchen zu hieven. Da der Begriff Filzokratie nur für Sozialisten reserviert ist, brauchte er nicht zu befürchten, mit diesem Vorwurf konfrontiert zu werden.

Alternativkandidat der Akademie war nun keineswegs ein sonderlich kritischer Künstler, sondern der Papst der Wiener Schule, der man bestenfalls vorwerfen kann, sie wolle die Halstuchmode revolutionieren. Keine noch so harte Kritik konnte Herrn Maier veranlassen, von seinem Wunschkind Weißhaar - so heißt der bis dato selbst Eingeweihten völlig unbekannte Kirchenfensterbastler - abzulassen. Auf der Strecke blieb nur die Demokratie, die gegen die Speziordnung keine Chance hatte.

Wer immer noch glaubte, hier ginge es um die Begleichung alter Rechnungen und persönliche Amokläufe, konnte das Wirken einer längerfristigen Strategie des CSU-Freundeskreises nicht mehr leugnen, als im Februar im Münchner Kulturausschuß kulturpolitische Nägel mit Köpfen gemacht wurden. Abgeschmettert wurden alle auf eine kulturelle Basisarbeit, auf bewährte Stadtteil-Galerien und ähnliche Einrichtungen mit Breitenwirkung jenseits allen elitären Kulturgehabes hinauslaufenden Anträge der SPD und des Kulturdezernenten. Mit einem Handaufheben wurden entsprechend den neuen Mehrheitsverhältnissen jahrelange Bemühungen um eine emanzipatorische Kulturarbeit an der Basis gestoppt. Wie zum Hohn wurden gleichzeitig die Zuschüsse für problemlose repräsentative Frackkunst vervielfacht. Oper noch breiter und bombastischer: Kammersängerin Erika Köth zwanzigmal vor und zurück. Eine monströse »nationalbezogene« Triennale der bildenden Künste statt Kulturläden.

Im Nachhinein erscheint ein Symposium der Hanns-Seidel-Stiftung im Juli 1978 in Wildbad Kreuth in einem neuen Licht. Damals hatten sich an die 200 konservative bis reaktionäre Intellektuelle und Künstler von Golo Mann bis Werner Egk getroffen, um einen »Kontaktkreis« aus der Taufe zu heben. Schon damals beklagte ein Teilnehmer, daß »wohl absurde Progressisten, nicht aber solide Kunst« finanziell gefördert werde, was schon deshalb bedenklich sei, weil progressive Kunst *»in erschreckendem Maße Parallelen zu politischen Entwicklungen aufweist, die in ihrer letzten Konsequenz zum Terrorismus führen«.*

Natürlich war es naiv anzunehmen, die CSU würde ausgerechnet die Kultur von ihrem totalen Machtanspruch ausnehmen. Die akademischen Schwätzer, für die »eh gleich ist, welche Partei regiert«, werden sich nach den berühmten kleinen Unterschieden noch sehnen, falls sie sich noch einen Rest an Sensibilität für eine politische Kultur bewahrt haben. Dabei ist das Ende der reaktionären Fahnenstange noch keineswegs erreicht.

Schon stehen die alten Blut- und Bodenmaler wieder Pinsel bei Fuß und verlassen ihre behaglichen Gruften. Immerhin schreibt sogar die »FAZ«: »Es *ist eine erschreckende Vorstellung, daß der NS-Maler Padua heute wieder als einflußreicher Kunstberater im Kreis der Herrschenden tätig sein kann«.*

In Bayern wird möglicherweise jetzt entschieden, ob eine reaktionäre Kulturpolitik auch für die übrige Bundesrepublik attraktiv wird.

Wer nun glaubt, der ganze Streit um abstrakte Kunst, moderne Musik und experimentelles Theater ginge ihn nichts an, verrät eine erschreckende Unkenntnis von politischen Zusammenhängen und Entwicklungen. Die Linke hat oft genug gegenüber den Phänomenen der Kunst eine sträflich undifferenzierte Haltung eingenommen. Ungeachtet der Tatsache, daß die meisten großen Künstler Revolutionäre waren, pflegen viele sich links fühlende Zeitgenossen einen eher peinlich spießerhaften Kulturbegriff. Sozialismus ohne Kultur bleibt immer Barbarei. Das »gesunde Volksempfinden« von links hat sich schon immer mit dem von rechts schnell einigen können.

In Bayern wird uns exemplarisch vorgeführt, wie demokratische Kultur zerstört wird. Wer glaubt, er brauche erst in der nächsten Phase Widerstand zu üben, wird möglicherweise dazu keine Gelegenheit mehr erhalten. Die Zerstörung der kulturellen Landschaft ist immer die Vorstufe zur Zerstörung der Demokratie.

Padua hat da eine feine Nase. Er soll einen Brief an den Münchner OB geschrieben haben, daß es nun an der Zeit sei, offizielle Ankäufe seiner Werke für die Stadt zu tätigen. Dabei fühlt sich das sensible Kerlchen vielleicht durchaus zu recht ausgeschlossen in einer Zeit, in der eine Figur wie Otto von Habsburg einen sicheren Europa-Listenplatz erhält und Prof. Carstens nach dem höchsten Staatsamt greift. Die Realität ist die Satire.

Konkret 05/79, S. 48

magazin: kultur

Medien

Bauer schlägt

Der Hamburger Verleger Alfred Bauer, Inhaber des Heinrich Bauer Verlags (»Quick«, »Neue Revue«, »Praline« und jede Menge andere braun-grüne Blätter), kümmert sich kaum um seine Zeitschriften (schließlich ist er schon über 80) - das überläßt er anderen. Aber nicht seinen Redaktionen, sondern Kehrmann. Kehrmann ist ein Marktforschungsinstitut, das neben Bauer noch einen Hauptkunden hat: die CSU. Bauer läßt jedes seiner Blätter von Kehrmann testen. Je nach Erfolg oder Mißerfolg werden Schlagzeilen, Artikel, Illustrationen, Druckfarben und Schrifttypen verändert. (Bei einer solchen Schlüsselstellung kann Kehrmann natürlich nicht zulassen, daß Meinungs- und Marktforschungsinstitute in den von ihm getesteten Blättern madig gemacht werden: kürzlich verbat sich das Institut in einem Brief an die »Neue Revue« Witze über die Zunft - mit Erfolg.

Eine Bauer-Zeitschrift widersetzte sich bisher dem Kehrmann-Diktat. Chefredakteur Helmut Reinke wollte seine »Fernsehwoche« nicht testen lassen. Warum auch, er hatte Erfolg. Innerhalb weniger Jahre brachte der die Auflage des Blattes von null auf über 2,5 Millionen, was nicht nur am niedrigen Preis (70 Pfennig), sondern sicher auch an sachlicher und zum Teil kritischer Programminformation lag. Offensichtlich zu kritisch. Ende Februar mußte Reinke innerhalb von zwei Stunden seinen Schreibtisch »in gegenseitigem Einvernehmen« räumen; der Chefredakteur der Bauer-Schwesterzeitschrift »TV Hören und Sehen« übernahm auch die Leitung der »Fernsehwoche«. Die Redakteure wurden selbstverständlich nicht gefragt. Als Grund für die Entlassung ihres Chefs wurden ihnen lediglich »konzeptionelle Schwierigkeiten« genannt.

Über deren Ausräumung wachen nun der Objektleiter Heyd, im Bauer-Verlag für die beiden Fenrseh-Zeitschriften zuständig - und Kehrmann. Ihr Ziel: »mehr Herz ins Blatt und weg von der Sachlichkeit«. Die »Fernsehwoche«-Redaktion kämpft inzwischen, unterstützt von den Journalisten-Verbänden, um ein Redaktionsstatut.

Die Familie der Fernsehzeitschriften mit einer wöchentlichen Gesamt-Auflage von 14 Millionen ist also wieder ein Herz. Hat eine Alternative mit mehr »Sachlichkeit« eine Chance? KONKRET-Mitarbeiter Karl W. Pawek versucht es. Ab Oktober will er eine monatliche Medien-Illustrierte mit vollständigem Fernsehprogramm herausbringen (120 Seiten, Startauflage 80.000, 5 Mark). Der Titel ist Programm: »Programm«. Das Blatt soll, so Pawek, »eine Lücke schließen zwischen Medienfachzeitschriften und TV-Verwertungsillustrierten«.

Flexible response

»Das Rundfunksystem müßte im Falle neuer Medien (z. B. Kabelfernsehen) auf die Produktionswirtschaft der privatwirtschaftlich betriebenen Industrie zurückgreifen. Vorteile: Die Planungsmöglichkeiten werden erweitert, die Produktionsmaschinerie wird flexibler...« Und Nachteile? Keine. Jedenfalls nicht für Gyula Trebitsch, von dem dieses Zitat stammt. Er ist Chef von »Studio Hamburg« und verfügt bereits über eine ausgesprochen flexible Produktionsmaschinerie, in der sich öffentlich-rechtliche Anstalten wie NDR und ZDF aufs innigste mit der Privatwirtschaft verquicken (etwa über die »Poly«-Gruppe mit der Deutschen Grammophon, mit Siemens und Philips). Gyula Trebitsch ist Mitglied der SPD-Medienkommission.

Preise

Kisch Kisch

Daß Peter Koch und Reimar Oltmanns für ihre »stern«-Serie »SOS - Freiheit in Deutschland« den Egon-Erwin-Kisch-Preis erhalten haben, meldete am 3. April der hausinterne Pressespiegel des »stern« - Verlags Gruner + Jahr. Tags darauf ein Hinweis: »Es *handelt sich nicht um den Kisch-Preis vom 'stern', sondern um einen Preis, den das Jugendmagazin 'elan ` zusammen mit dem Studentenmagazin 'rote blätter' verliehen hat.«*

Gewonnen haben die beiden auch nicht 30.000 Mark, sondern »Journalistenreisen nach Kuba«, und in der sechsköpfigen Jury sitzen fünf DKP-Mitglieder (u. a, der Chefredakteur der kommunistischen »UZ«). Am Namen des Preises gibt es nichts zu korrigieren. Falls Henri Nannen Verwechslungen ausschließen möchte, müßte er schon den von ihm gestifteten Preis umbenennen. Denn rechtmäßig nach dem »rasenden Reporter« heißt nur der Preis der Redaktionen von »elan« und

»rote blätter«: Sie haben sich die Erlaubnis, im Gegensatz zum »stern«, von Kischs Witwe besorgt.

»Die Schüler erkennen, daß jeder Homosexuelle ein potentieller Triebtäter ist.«

Lernziel aus dem Beiheft zu »Christian und sein Briefmarkenfreund«, dem einzigen Film, den die Westberliner Landesbildstelle für den Sexualkunde-Unterricht zum Thema Homosexualität zur Verfügung stellt.

Spiele

Sag's Mutter

»It's more tun to compete«: KONKRET berichtete im letzten Heft über die Flipper-Forschung von Statistikern und Psychologen an der Mainzer Uni. Jetzt zogen die Soziologen nach. Der Flipper-Kasten sei eine »immer vorhandene und zugängliche Mutter«, schreibt die Kölner Soziologin Meistermann-Seeger. Und der Wunsch zu flippern sei ein »unbewußter Inzestwunsch, für den sich der Spieler sogleich bestraft sehen möchte.« Freispiele als Strafe? Launische Mutter.

Rotfunk

EinMarsch der Bundeswehr in den WDR

Die Lücken, die WDR-Programmdirektor Heinz Werner Hübner mit seinem Rotkoller reißt (jüngster Zensurfall: Hübner verbot die Wiederholung der Fernsehreihe »Stadt, Transport und Verkehr« von Hans G. Helms), diese Lücken werden sinnträchtig gefüllt. Aus einer Pressemitteilung des WDR:

»Einen Kompositionswettbewerb 1979 hat die Bundeswehr in Zusammenarbeit mit dem Westdeutschen Rundfunk ausgeschrieben. Gesucht werden zeitgemäße, volkstümliche, nach Klangbild und Form für die Bundeswehr und die Eigentümlichkeiten ihrer Teilstreitkräfte charakteristische Märsche.

Aus den Einsendungen werden von einer Jury ausgewählt und prämiert:

o *ein Marsch der Bundeswehr,*

o *ein Marsch des Heeres,*

o *ein Marsch der Luftwaffe und*

o *ein Marsch der Marine.*

Mit der Durchführung des Wettbewerbs ist der Musikinspizient der Bundeswehr betraut.«

Bei dem können KONKRET-Leser, die sich beteiligen wollen, sämtliche Unterlagen anfordern (Adresse: Rosenburg, 5300 Bonn 1). Wer dem WDR einen Marsch blasen möchte, kann das bis zum 31. Juni tun.

Arrckiteikturr
Arr, di Arr, di Arrckitucktn
jarr, di sünd tautal pfarrucktn.
Pauhn onz euburoll Quaduren,
vo se gurrnücht henngehuren.
Vn demn Hurrz büsz ze denn Ullpn
snd di Häusur steitz di sullpn.
Duch di Arrckitucktn tschumpfen:
Onzre Pauhörrn snd di Tumpfn!
Olle zullte mon kastruren,
düßße auff ze pauhin huren;
odur stott ünn rachtn Winkuln

se dönn pauhin, wie se pinkuln.

Dieses Gedicht von Matthias Koeppel stand in der »Zeit». Daß sie etwas Nachdruckenswertes veröffentlichte, lag daran, daß sie es nachgedruckt hatte: aus der Zeitschrift »Bauwelt». Die wiederum fand es in dem Band »Starckdeutsch« aus der Edition Natubs. Die Einweihung des neuen Kongreß-Zentrums in Westberlin ist ein an – gemessener Anlaß für eine Wiederholung.

Konkret 05/79, S. 50

Wolfhard Klein

Der DFB: ein□ iger Strafraum

□ Ge□ erkschaftsbo□ □ - ein b□ ser Schimpf aus dem Munde eines Fu□ ball-Funktion□ rs. Wolfhard Klein fragt, □ o der DGE □ enn Ball-Treter ihre Interessen durchset□ en □ ollen. Im Abseits

Das Büyük Efes Oteli ist das erste Haus am Platze. Hermann Neuberger wird sich dort wohl gefühlt haben, vor dem 0:0 der Nationalmannschaft in Izmir gegen die Türkei. Man kann da so schön im Garten sitzen und durch Bullaugen in den Swimming-Pool sehen, auf die hübschen Mädchen, die da schwimmen. Ein guter Platz zum Sinnieren. »In der Nationalelf soll nur noch der spielen, der auch die besten Leistungen bringt. Wenn er sie nicht mehr bringt, muß er eben raus. Denn so gut sind die Nerven von Sepp Maier ja auch nicht mehr und seine Reaktionen auch nicht«, soll Neubergen der Präsident des Deutschen Fußballbundes gesagt haben.

Nun ist er weg vom Fenster, der Maier Sepp, zu dem ich früher immer Schnakenfänger gesagt habe, wenn er mal danebengegriffen hat. Das ging blitzschnell. Nicht mal der »Kicker«, die Zeitschrift für den Fußballfan, hat das so richtig mitgekriegt. Schlagzeile in Nr. 26: »Sepp Maier verspricht: Wir wollen in Izmir gewinnen.« Ein paar Seiten weiter hinten wird der Artikel dann fortgesetzt: »Und nun ist der Kapitän in Izmir gar nicht mit von der Partie - eine Möglichkeit, die wir nicht einkalkuliert hatten.«

Ich hatte. »Bayern-Aufstand gegen Max Merkel«, hatte der Kicker schon in Nr. 24 gemeldet, als sich die Spieler des FC Bayern München in einer Abstimmung geweigert hatten, Max Merkel als neuen Trainer zu akzeptieren, den ihnen ihr Präsident Wilhelm Neudecker von heute auf morgen vor die Nase setzen wollte. »Sepp«, hatte Bundestrainer Derwall damals gesagt, »das geht

nicht, daß sich ein Spieler gegen seinen Präsidenten auflehnt. W o kommen wir da hin?« Und dann hat der Nationaltrainer seinen Nationaltorwart und Mannschaftskapitän, der in dreizehn Jahren 92 mal für Deutschland im Tor stand, aus dem Türkei-Aufgebot gestrichen. Maier, immer fleißig - er wirbt für Canon-Rechner, handelt mit Sportartikeln, betreibt ein Tennis-Center, das alles nebenberuflich - immer lustig und sonst immer harmlos, hatte als Münchner Mannschaftskapitän in der Manier eines Klassensprechers seinem Münchner Bayern-Präsidenten beigebracht, warum die Spieler den Merkel nicht wollten. Der hatte den Verein angemacht, über Maier gesagt: »Der ist doch schon uralt« und über Breitner: »Der ist unmöglich, der Vogel. Sofort auf den Baum mit ihm und eine Banane in die Hand.« Und außerdem hatte der Präsident zugesagt, den bisherigen Trainer Paul Csernai vorerst nicht auszutauschen.

»Es war meine Pflicht so zu handeln«, sagte Maier, »wir leben schließlich nicht mehr im Jahr 1870«. Wilhelm Neudecker, der Bayern-Präsident, als Liga-Ausschuß-Vorsitzender einer der wichtigsten Männer im Deutschen Fußball Bund, dieser mit vier Millionen Mitgliedern größten Organisation im bundesdeutschen Sport, Neudecker sah das anders. »Gewerkschaftsboß«, sagte der zu Maier, und »Anarchist«. Und daß der deutsche Fußball jetzt von einigen Terroristen gesäubert werden müsse, sagte Neudecker auch noch. Eisenfuß Willi Schulz, der jetzt für Springers »Welt« Kommentare schreibt, die seiner früheren Spielweise in nichts nachstehen, meinte, Maier »hätte nur eine Entscheidung treffen können, als ihn die Spieler zum Boykottführer ernannten -er hätte seinen Kameraden die Kapitänsbinde vor die Füße werfen müssen ... jetzt ist er auch als untadeliger Sportsmann umstritten.«

Bei Schulz vielleicht, aber das macht nichts. In Mönchengladbach, als die Bayern mit 7:1 gewannen, brüllten sogar die Gladbacher Fans: »Maier für Deutschland«. Und ein Gladbacher Spieler, Torwart Wolfgang Kneib, findet Sepp's Verhalten völlig in Ordnung. Kneib kritisiert den DFB: »Das war schon immer das große Manko des DFB, wenn jemand den Mund aufmacht, dann war der weg vom Fenster. Und ich fürchte, das wird auch so bleiben«. Den Fußballbund beeindruckte das nicht. »Für die Öffentlichkeit mag Derwall unter Druck stehen, für uns nicht«, sagte Fußballpräsident Neuberger selbstherrlich wie immer. Kneib ist übrigens einer von vier Mönchengladbacher Spielern, die einen Aufruf zu einer Demonstration gegen die Berufsverbote unterschrieben haben. Sie haben das der Sache wegen getan. Auch wenn das etwas Ärger gegeben hat in Mönchengladbach, wegen des »guten Namens des Vereins«. Und der Verfassungsschutz hat auch angerufen. Es tut sich was im deutschen Fußball. Die Patriarchen bestimmen nicht mehr allein das Bild.

Viele Trainer und Vereinsvorsitzende in der Bundesliga stehen den Spielern, wenn auch noch zaghaft, Mitspracherecht zu. Von Mitbestimmung will allerdings kaum jemand etwas hören. Der Präsident des VfB Stuttgart, Mayer-Vorfelder sagt etwa: »Es gibt gewisse Bereiche, wo ich Demokratie nicht übertragen kann. Es gibt doch eine schiefe Optik, wenn man glaubt, die Spieler könnten bestimmen, wer Trainer wird. Ja, glauben sie denn, dieser Mann hätte nur noch einen Funken Autorität?«

Wer Rechte haben will, muß sie sich erkämpfen. Die spanischen Fußballprofis haben Anfang des Jahres größere soziale Rechte und Vertragsfreiheit gegenüber ihren Arbeitgebern gefordert. In Spanien gibt es eine Gewerkschaft der Profi-Fußballer. Von 66 Vertretern der Fußballklubs hatten 65 für Streik gestimmt, nur einer war dagegen. »Die Forderungen der Gewerkschaft waren berechtigt«, sagte Uli Stielike, der Ex-Mönchengladbacher, der heute in Spanien spielt.

In der Bundesrepublik funktioniert bis jetzt noch nicht einmal überall die Solidarität innerhalb einer Mannschaft. Deshalb waren ja der Deutsche Fußball-Bund und einige Vereinspräsidenten auch so erschrocken über Bayern München. Zum ersten Mal wurde hier von einer Fußballmannschaft im Profilager demonstriert, daß Einigkeit Stärke bedeutet. Daß die, die einen Spieler kaufen, dem damit nicht auch gleichzeitig das Recht auf Mitbestimmung am Arbeitsplatz abgekauft haben.

Auch wenn die Profis in wenigen Jahren sehr viel Geld verdienen, Sepp Maier rund 400.000 Mark im Jahr, bleiben sie Arbeitnehmer in einem Wirtschaftsunternehmen.

Von den rund 380 Fußballprofis der Bundesliga sind etwas mehr als die Hälfte der Deutschen-Angestellten-Gewerkschaft organisiert. In einer eigenen Fachgruppe, der Gerhard Wiesner in Frankfurt vorsteht. Wiesner würde die Vereine gern in Aktiengesellschaften umwandeln, damit ihr Vereinsgebaren durchsichtig wird, damit die Bilanzen offenliegen. Ziel der Gewerkschaft ist eine bessere Absicherung der Spieler bei Berufskrankheiten oder bei einer Pleite des Vereins. Die 18 Clubs der Bundesliga schieben einen Schuldenberg von rund 15 Millionen Mark vor sich her. In den zweiten Ligen gab es schon Vereine, die sich ernsthaft überlegten, ob sie nicht Konkurs anmelden sollten. Sicherung des Bestands der Clubs, soziale Sicherung der Spieler, vor allem in Fragen der Sozialversicherung, darum kümmert sich die DAG. Aber es fehlt an gesetzlichen Grundlagen. Tarifverträge zum Beispiel sind noch ein Problem. Jeder Spieler ist sein eigener Verhandlungspartner. Die Vereine sind nicht tariffähig. In den Satzungen ist nirgendwo ein entsprechender Passus festgehalten. Auch ein Streikrecht ist nicht vorgesehen. Doch 1870. Und wenn Profifußballer erste zaghafte Ansätze zu solidarischem Handeln zeihen, ist das »Revolution«.

»Gewerkschafter und Anarchist« wurde Sepp Maier genannt. Bei Gewerkschaft denke ich nicht an die DAG, sondern an den DGB. Wo könnten Fußballprofis da organisiert sein? Vielleicht bei der ÖTV, wegen der Gemeinnützigkeit der Sportvereine? Anruf in Stuttgart. Ich frage: »Sind Profifußballer in der ÖTV?« Antwort: »Die Frage kam noch nie«. Aber mein Gesprächspartner ist Fan, ein Sachkundiger. Er verweist auf die DAG, seit 63, also seit Gründung der Bundesliga gebe es da eine eigene Fachgruppe. Der Hennes Jäckel, damals Torwart von Eintracht Braunschweig, habe das mitorganisiert. Schon wieder ein Torwart. - »Vielleicht«, sagt mein Gesprächspartner, »sind die bei uns in der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen.« »Wieso gerade da?«, frage ich. »Die haben eine Abteilung Sport und Freizeit«.

Ich rufe in Düsseldorf an. Sage mein Spruchlein auf: »Sind in der HBV Fußballprofis organisiert?« »Die Frage hat noch nie jemand gestellt«, sagt die Dame, »Moment mal.« Fünf Minuten Pause, dann meldet sie sich wieder. »Wir könnten uns vorstellen, daß die Fußballer in der Gewerkschaft Kunst organisiert sind. Was die machen, ist doch fast sowas wie Akrobatik ...« Ich rufe bei der DGB-Zentrale an. »Sind bei Ihnen ...« »Es gibt sie nicht«, sagt mein Gesprächspartner, »einige, die schon in ihren alten Berufen im DGB waren, sind noch drin. Paul Breitner zum Beispiel in der GEW. Da hat sich nie einer drum gekümmert - eigentlich erstaunlich, gerade bei dem Menschenhandel.«

Und dann lacht der Pressesprecher und sagt: »Überhaupt, wo sollten wir die organisieren? Vielleicht in der Gewerkschaft Leder.«

Konkret 05/79, S. 52

Selbstanzeige
Was Sie schon immer über I die CIA wissen wollten...

Letztes Jahr trafen sich ehemalige CIA-Chefs zu einem »Round-table-Gespräch« mit dem befreundeten Journalisten Michael Ledeen vom »Washington Quarterly«. Richard Helms, William Colby, George Busch und Ex-Abteilungsleiter Ray Cline berichteten über ihre Arbeit und ihre schönen Erfolge seit dem Zweiten Weltkrieg

Ledeen: Sie sagen, daß angebliche Gesetzesverletzungen zum Teil niemals stattgefunden haben?

Colby: Na ja, nehmen Sie zum Beispiel den schlimmsten Fall: politischen Mord. Eines der Ergebnisse der achtmonatigen Untersuchungen des Senatsausschusses war, daß *kein einziger* ausländischer Staatsmann aufgrund von Bemühungen amerikanischer Beamter ermordet worden ist. Nicht aus Mangel an Versuchen, wie ich mich im Fall Castro beeilen möchte hinzuzufügen. Aber das ist der einzige Fall, wo es konzertierte Bemühungen gegeben hat. Es gab Vorbereitungen gegen Lumumba, die aber von der CIA selbst abgeblasen wurden, als jemand innerhalb der Organisation sein Veto einlegte. Bei den anderen Fällen, die genannt worden sind und bei denen es um den Tod verschiedener Leute bei Aufständen und Putschen ging, waren Leute aus diesen Ländern selbst am Werk. Die CIA war absolut nicht direkt in diese Morde verwickelt.

Ledeen: Wie steht's mit Doppelagenten?

Bush: Die großen Sowjetagenten wurden angeworben, als die Sowjetunion ideologisch noch etwas repräsentierte. Als sie den Antifaschismus verkörperte. Das war die Zeit, wo sie Leute wie Philby bekamen. Aber Tatsache ist, daß wir gerade eine Periode hinter uns haben, wo Hunderttausende junger Leute auf den Straßen waren und gegen ihre Regierung demonstrierten. Sie waren absolut gegen ihre Regierung - aber sie waren nicht prosowjetisch. *Ich möchte dazu anmerken, daß diese eher positive Tatsache meines Erachtens auf eine erfolgreiche CIA-Kampagne in den fünfziger Jahren zurückzuführen ist, bei der es gegen die unsinnige Vorstellung ging, da,/3 die Sowjets den Frieden repräsentieren.* Sie hatten ein großes Propagandaprogramm laufen, die »Weltfriedensbewegung«, den »Weltfriedenskongreß« und so weiter, und die CIA hat große Anstrengungen unternommen, Amerikanern auf der ganzen Welt, Freunden im Ausland, beim Kampf dagegen zu helfen. Diese ideologische Schlacht haben wir gewonnen.

Cline: Grob gesprochen hat die CIA in den späten fünfziger Jahren die links und Mitte links angesiedelten Intellektuellen in Europa mit Subventionen und Zuwendungen unterstützt und Amerikaner nach Europa geschickt, die dort mit den Leuten redeten. Das war eine ungewöhnlich milde und subtile Form von Geheimaktivität, aber davon spricht heute keiner. Jetzt stellen Sie sich aber vor, die Sowjets hätten da gesiegt!

Ledeen: Sind Geheimoperationen notwendig?

Colby: Wie Clausewitz sagte, der Krieg ist eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, und in einer Welt staatlicher Souveränitäten wird es immer Schwierigkeiten mit anderen Ländern geben. Einen Teil davon kann man durch Allianzen lösen, manchmal ist Abschreckung nötig. Und manchmal besteht die Gefahr, Waffengewalt einsetzen zu müssen. Aber manchmal hilft die geheime Unterstützung irgendeiner Gruppe in diesem Land zu einem viel früheren Zeitpunkt, solche Probleme zu vermeiden. Wir haben vorhin von unserem großen Erfolg in Westeuropa gesprochen. Westeuropa hatte nach dem Krieg drei große Probleme: eine nichtdemobilisierte sowjetische Armee, der man mit der NATO entgegentrat; wirtschaftlicher Zusammenbruch als Folge des Kriegs, der mit dem Marshallplan beantwortet wurde; und eine mächtige subversive politische Bewegung, von Moskau gelenkt und finanziert, getragen von den kommunistischen Parteien, den Gewerkschaften, Jugend- und Kulturgruppen und den sogenannten Friedensbewegungen dieser Periode. Als ich in den fünfziger Jahren in Italien war, betrugen die sowjetischen Zuwenduggen an die Kommunisten unserer Schätzung nach um die 50 Millionen Dollar jährlich.

Die Frage war, wie und wo tritt man einer derartigen Herausforderung entgegen, und wir haben das auch getan. Und zwar durch geheime Unterstützungen nicht an die Rechte in Europa, sondern an die demokratischen Zentrumskräfte in Westeuropa, die Sozialisten, Christdemokraten und so fort. Diese Art Programm hat, wie ich glaube, wesentlich zur erfolgreichen Verteidigung von Westeuropa gegen die von den Sowjets gelenkte subversive Kampagne beigetragen.

Viele der freien Einrichtungen auf dieser Welt existieren heute teilweise nur dank dieser Art geheimer Unterstützung durch die CIA. Ich glaube, diese Unterstützung hat ihr Ziel erreicht, und sie mußte geheim sein. Der Grund dafür, daß sie nicht offen erfolgen konnte, war, daß offizielle Hilfe über die dortigen Regierungen laufen muß, in denen Kommunisten saßen oder wo Kommunisten zumindest in der Gesetzgebung vertreten waren. Sie hätten jede derartige Unterstützung an die

demokratischen politischen Gruppen, Gewerkschaftsgruppierungen und so weiter in Westeuropa blockiert. Daher mußte sie geheim erfolgen, und sie war erfolgreich und hat ihren Zweck erfüllt.

Beispiel: Präsident Kennedy hatte 1962 und 1963 ein Problem in Laos. Er hatte gerade mit 14 anderen Nationen ein Abkommen getroffen, daß jeder dort die Finger wieder wegnehmen solle. Die Truppen sollten abgezogen, die paramilitärische Unterstützung eingestellt werden. Wir taten es und 13 andere Staaten auch, aber die Nordvietnamesen ließen ihre 7.000 Mann dort und zogen die großartige Anzahl von 40 Leuten ab. Wenige Monate später begannen die Vietnamesen, Laos herumzuschubsen.

Wir selbst wollten keine Truppen hinschicken. Was sollte Präsident Kennedy also tun? Er bat uns um ein bißchen stille Hilfe, die die Sowjets nicht kratzen würde, weil sie geheim war. Die CIA organisierte die sogenannte »Geheime Armee« in Laos, um die nordvietnamesischen Bemühungen zu stoppen, das Land zu übernehmen. Wir hielten Laos viele Jahre lang vergleichsweise frei.

Nun, ich glaube, das ist ein ziemlich gutes Beispiel, und wenn ich an die achtziger Jahre denke und an Probleme, wie wir sie heute in Afrika haben, kann ich mir durchaus Fälle vorstellen, wo wir wieder zu Vorgangsweisen zurückkehren, wie wir sie eine Weile erfolgreich in Angola angewandt haben. Das waren sehr stille Aktivitäten, die sich gegen die Konsolidierung der politischen Macht eines kommunistischen und von der Sowjetunion abhängigen Regimes richteten. Unsere Geheimhilfe wurde im US-Kongreß aufgedeckt, und der Kongreß war zu der Zeit ziemlich konfus mit all den Dingen wie dem Fall Vietnams, den CIA-Untersuchungen und den Watergate-Nachwirkungen. Also sagte er »stop«, und in sehr wenigen Wochen hatten die kommunistisch unterstützten Gruppen ganz Angola eingenommen. Heute sind sie ein Stützpunkt für die weitere Ausbreitung von Gewalt und Extremismus im restlichen Zentral- und Südafrika.

Cline: Es gibt noch unauffälligere Arten von Geheimaktivitäten als die in Angola. Nicht jede Geheimaktion im Ausland ist militärischer Natur. Da gibt es noch andere Dinge wie geheime Beratung, Informationen über die gegnerischen Kräfte und deren Probleme, Gelder an befreundete Gruppen, zusammen oder auch nur als Einzelmaßnahmen. Nun, wenn Sie zurückschauen, werden Sie sehen, daß nahezu die Hälfte des CIA-Budgets in den fünfziger und sechziger Jahren für verschiedene Arten politischer und paramilitärischer Aktionen verwendet worden ist, zum Großteil ziemlich erfolgreich.

Ledeen: Ich würde Sie gern noch über die Rolle der CIA in Chile befragen.

Colby: Wenn Sie den öffentlichen Senatsbericht lesen (der ein ziemlich stark bearbeitetes Papier ist), sehen Sie, daß die CIA von 1963 bis 1970 in Chile tätig war und in diesem Zeitraum mehrere Millionen Dollar dort ausgegeben hat. Nahezu alles von diesen Geldern ging an die zentrumsdemokratischen Kräfte, die christdemokratischen und nationalistischen Kräfte, die freie Presse und so fort. Es sollte ihnen damit ermöglicht werden, aufzustehen und mit einem politischen Programm die Wahlen gegen Allende und sein Konzept der Zusammenarbeit mit Kuba zur Ausbreitung der kubanischen Revolution im restlichen Lateinamerika zu gewinnen, mit dem dieses Gebiet USA-feindlich würde. In den ersten fünf oder sechs Jahren funktionierte unser Programm: Die Wahlen wurden gewonnen, eine Menge verschiedener Gruppen wurde unterstützt und so weiter. Dann kam eine bewußte Entscheidung unserer Regierung, die beiden gemäßigten Zentrumsparteien bei den Wahlen 1970 nicht zu unterstützen. Ihre Stimmen wurden aufgesplittet, und Allende bekam eine Mehrheit für eine marxistische Koalition.

Helms: Im Gegensatz zur allgemeinen Meinung war die Regierung Nixon 1970 nicht besonders an irgendwelchen Maßnahmen in Chile interessiert. Trotz verschiedenster Warnungen von uns haben diese Wahlen sie nicht aufgeregt, und erst sehr spät begriff man, was für eine Bedrohung Allende repräsentierte. Dann kam die berühmte Sitzung vom 15. September, in der der Präsident uns befahl, »den Kerl zu stoppen«.

Colby: Der Präsident wird aufgeregt, besorgt, wendet sich an die Organisation und sagt: Fahrt dort runter und seht zu, daß er nicht in sein Amt eingeführt wird. Das war damals ein gesetzlicher Befehl. Also salutiert die Organisation, eilt runter, schwärmt dort überall aus und unternimmt sechs Monate lang einen Haufen verzweifelter Anstrengungen, die scheitern. Dann nimmt sie die verbliebenen Millionen Dollar und steckt sie in den nächsten drei Jahren in ein Programm - kein rechtsgerichtetes -, bei dem die Christdemokraten die Nationalisten, die freien Medien und so weiter unterstützt werden, mit dem Ziel, sie am Leben zu erhalten und ihnen Schwung zu verleihen. Die Abgeordnetenkammer, der oberste Gerichtshof und der Rechnungshof klagen alle Allende an, außerhalb der Verfassung zu operieren. Trotzdem hält sich die CIA von den Militärs fern und instruiert ihre Leute im Frühjahr 1973, das weiter zu tun, weil im Falle eines Putsches unbedingt vermieden werden .soll, daß es ein CIA-Putsch wird. Die CIA hatte nichts mit dem Militärputsch zu tun, der Allende 1973 stürzte. Wir hatten Wahlen gewollt und daß Allende auf verfassungsmäßige Weise verschwindet. Chile wäre um vieles besser dran gewesen, hätte das funktioniert.

Übersetzung: Michael Prager

Konkret 05/79, S. 54

Ernest Borneman

Kultur und Unkultur

Ernest Borneman, der sich nach dem Krieg seinen Lebensunterhalt mit U-Musik verdiente, stellt Monika Sperrs »Großes Schlagerbuch« vor

Dies ist ein ganz großartiges Buch. Monika Sperr hat unter dem Vorwand, eine Geschichte des deutschen Schlagers zu schreiben, eine populäre, aber hoch intelligente und politisch brisante Geschichte der deutschen Kultur und Unkultur seit 1800 geschrieben.

Der Trick ist, unangenehme Wahrheiten über das Musikgeschäft, das Geschäft im allgemeinen und die Mentalität der Käufer in eine Form einzupacken, die vor allem den Kleinbürger anspricht. Die Grenze zwischen Parodie und Kitsch ist, zumindest in der Aufmachung, kaum wahrzunehmen. Und wenn man nicht merkt, daß das Buch aus jenem augenzwinkernden Verlag kommt, der uns so oft Zwielichtiges im Bürgerkleid und Bürgerliches im Zwielicht dargeboten hat - Rogner & Bernhard -, wäre mancher oberflächliche Leser nach den ersten Seiten versucht, hier ein treudeutsches, zum gebundenen Großformat aufgeblasenes Fan-Magazin der Schlagerbranche zu vermuten.

Gefehlt. Monika Sperr hat gute Forschungsarbeit geleistet. Sie hat nicht nur vergessene Schlager aufgespürt, die uns heute mehr über Geschmack, Sitten und Moral ihrer Zeit sagen, als sie damals ihren Zeitgenossen sagten, sondern sie hat auch prägnante Illustrationen aufgespürt. Das Buch ist deshalb nicht nur für jene winzige Minderheit interessant, die schon immer gemeint hat, daß man aus der Kitschkultur mehr über eine Zeit und ein Land urteilen kann als aus der Elitekultur, sondern es ist auch eine Fundgrube von Informationen über vergessene Aspekte der Volkskultur.

Der Schlager hatte schon immer die Fähigkeit, Volksliedhaftes zu integrieren, zu assimilieren - und zwar zu verfälschen, aber doch zumindest Spuren des Wahren und Echten zu übernehmen.

Jeder kann Schätze aus der großen Fundgrube dieses Buches ziehen. »Das große Schlagerbuch« ist chronologisch aufgebaut, von 1800 bis heute. Zu den einzelnen Kapiteln liefert Monika Sperr historische Einleitungen mit gut gedruckten, höchst instruktiven Fotos über den Hintergrund der untersuchten Periode. Anschließend Kurzbiographien der wichtigsten Schlagerkomponisten, Schlagertexter und Schlagersänger. Dann die Texte der Schlager. Musik wird nicht angegeben. Ist auch nicht nötig, denn dies ist kein Buch über die Entwicklung der Schlagermusik, sondern eins über das Verhältnis zwischen Realität und Schlagertext.

Monika Sperr: Das große Schlagerbuch, Verlag Rogner & Bernhard, 352 Seifen mit über 300 Abbildungen, 39,80 Mark.

Konkret 05/79, S. 55

konkret Markt

Lifehaftig

10 Jahre Lindenberg -man fragt sich, warum seine erste Live-LP erst jetzt auf den Markt kommt. Alles, was an der »Dröhnland«-Tournee der letzten Monate so störte, fehlt hier: daß Udo L. oft heiser war und man auch sonst auf den meist sichtbehinderten Plätzen kaum was hören konnte, die ganze einfalls- bis geschmacklose Inszenierung durch Zadek und der ungeschickte Ablauf, der nach Eric Burdon einen Pas de deux mit Klavier-Solo bescherte. Der Zuammenschnitt aus den letzten beiden Tourneen bietet nun Lindenberg in gewohnter Qualität, verdoppelt durch die Live-Atmosphäre des (was die Besucher-Zahlen angeht) absoluten deutschen Show-Rekords. Ein Highlight der Pop-Geschichte: Eric Burdon und Udo Lindenberg singen »Verdammt, wir müssen raus aus dem Dreck«.

Udo Lindenberg: Livehaftig, u.a. mit Eric Burdon und Peter Herbolzheimers Bläsern, Teldec-Doppel LP

Ja, bitte

Zwischen Ultimatum, Kleinbonum, Colarum, Actienbum und Valium liegt das bekannte Dorf, in dem unsere Freunde, die Gallier, den Legionen des Julius Caesar mit List und Obelix trotzen. Diesmal ist ihr Dorf von Rom zu einer Baustelle für einen Brutus rapidus (vulgo: Schneller Brüter) erklärt worden. Was Asterix, Idefix, Gutemine oder Verleihnix alles einfällt, bis den Römern die Baustelle einfällt, ohne daß unsern Freunden der Himmel auf den Kopf fällt, haben die bekannten Autoren Raub (Zeichnungen) und Druck (Text) in der 1. unverbesserlichen Auflage eines neuen Asterix-Bandes erzählt. Asterix vor dem Ortsschild der Stadt »Capital«: » Hoffenlich wird über diese Stadt noch einmal ein Buch geschrieben.« Der Auftrag ist ausgeführt. Den nachgemachten Asterix-Band gibt's in manchen linken Buchläden.

Asterix und das Atomkraftwerk, Verlag Plutonium, Band 239, 52 Seiten, 5 Mark

Tornados

Die 3 Tornados singen, daß sie knorke seien, knorke, knorke, knorke, alle Mann. Und obwohl sie sich damit an der Wodka-Hymne der ruhmreichen Komsomolzen vergreifen, und auch sonst ziemlich antikommunistisch sind, haben sie irgendwie recht. Das verrückte Spontrio kommt aus Kreuzberg, aber nichts ist so abwegig wie eine Assoziation zu dortigen langen Nächten. Und wer sind nun die 3 Tornados? Eine »skrupellose Kabarett-Tingeltangel-Revue-Kneipentheatertruppe«, die live zu sehen man den dringenden Wunsch hat, wenn man sich bei ihrer LP » Rundschlag am Mittag« den Bauch hält. Wie drei linksradikale Ottos. Da wäre zum Beispiel das Lied von der Terror-Rosita: *»Zwei Tellerminen im Haar/und an der Hüfte Granaten/ja, das ist die Welt, /die Rosita gefällt...«* Nur die » Bild«-Zeitung ist schöner. Schlagzeile vom 6. April: *»Terroristin: Brustkrebs wegen Pistole im BH«*

Die 3 Tornados: Rundschlag am Mittag, Trikont LP US-50

Republikanische Bibliothek

Arnold Vieth von Golßenau - der Name des Autors ist so unbekannt wie seine Bücher, auch wenn man hierzulande sein Pseudonym, Ludwig Renn, durchaus schon mal gehört hat. Renns große Romane »Krieg« (1928) und »Nachkrieg« (1930) waren in Thema, Qualität und Verbreitung nur mit Remarques » Im Westen nichts Neues« vergleichbar, doch in der Bundesrepublik wurden sie nie wieder aufgelegt. Jetzt hat die AutorenEdition Reprints davon herausgegeben, als erste Bände einer von Heinar Kipphardt und Dietrich Pinkerneil besorgten »Republikanischen Bibliothek«. Als drittes Buch der neuen Reihe, die ein ähnliches Programm hat wie die »Bibliothek der verbrannten Bücher« aus dem Konkret Literatur Verlag, erscheint Harry Domelas »Der falsche Prinz«, die Geschichte eines Hochstaplers, den als »Wilhelm, Prinz von Preußen« der Ekel vor einer Gesellschaft packt, in die er sich hineingelogen hat. Der unfreiwillige Ur-Wallraff wurde zuerst 1926 im kommunistischen Malik-Verlag veröffentlicht.

Ludwig Renn: Krieg (420 Seiten, 24 Mark) und Nachkrieg (340 Seiten, 24 Mark); Harry Domela: Der falsche Prinz (320 Seiten, 19,80), alle im Verlag AutorenEdition (Athenäum)

Reiseführer

Ihr Benzin ist zu teuer. Aber wenn sie Bücher sponsern, sind sie prima. Nach den Shell-Atlanten gibt es jetzt das »Aral Auto-Reisebuch Deutsche Demokratische Republik«. Mit aktuellen Straßenkarten (»... danken wir dem VEB Tourist Verlag Berlin/Leipzig«) und vielen bunten Bildern von den Reisezielen in der DDR. Präzise wie der Baedecker und informativ wie ein guter Kunst-Katalog. Wer Urlaub in der DDR plant, wird's brauchen. Und wer's hat, wird Urlaub in der DDR machen wollen.

Aral Autoreisebuch DDR, Busche-Verlag, 290 Seiten, 32 Mark

Hörkunst

Sich mit dem Rundfunk zu beschäftigen, heißt heute, sich mit denen rumzuschlagen, die ihn politisch in die Zucht nehmen. Aber es wäre sektiererisch, darüber seine ästhetischen Probleme völlig zu ignorieren - zumal die seit der Erfindung des Radios ständig vernachlässigt wurden und zumal der Rundfunkinder Konkurrenz zum Fernsehen noch nicht unterlegen ist. Im Gegenteil: es wird wieder mehr und bewußter Radio gehört, mit größeren technischen Möglichkeiten besinnt sich der Rundfunk auch wieder mehr auf seine ästhetischen. Aber bis heute fehlt eine grundlegende Theorie des Hörfunks. Die wichtigsten Ansätze hierfür hat, neben Brecht, der ehemalige »Weltbühne«-Redakteur Rudolf Arnheim in den dreißiger Jahren geschaffen. Neu herausgegeben, zeigen seine Aufsätze mit ihrer zentralen Kategorie der »Tugend der Blindheit« jetzt, daß sie immer noch gültig sind.

Rudolf Arnheim: Rundfunk als Hörkunst, Hanser-Verlag, 170 Seiten, 26 Mark

Marlene

Maria Magdalene von Loschs Wanderjahre oder die Entsagende: preußisch von zwei reizenden Gliedmaßen (die nun also doch nicht versichert sind 1) aufwärts. Hollywood beschreibt sie als ein Mädchenpensionat - sie hätte Johnnys Geburtstag dort nicht feiern können -man verbrachte nach den Aufnahmen stets die frühen Abende miteinander, »ich sagte, die *frühen* Abende.« Nichts von der Geheimnisvollen, dem Mythos der Phryne, wie Hemingway und Malraux gesungen haben. Da bleibt auf den ersten Blick nur das Arbeitstier, die Krankenschwester, die *»Mutterhenne, die Deutsche, die ein sauberes Heim braucht, um ein reines Gewissen zu wahren.«* (Marlene über Marlene). Und die so schrecklich Spröde - über den »Blauen Engel«: *»Manchmal dachte ich, der Film, den wir drehten, sei doch recht ordinär. «*

Oder doch die Geheimnisvolle? Sie erzählt sehr viel, aber sie gibt nichts preis. Warum nicht, das begreift man auf dreißig Seiten, die das ganze Buch lohnen: Da ist die legendary, lovely Dietrich. Marlene an der Front (»Es wundert mich, wenn ältere Leute mich fragen, weshalb ich in die amerikanische Armee gegangen bin.«) Sie streut Läusepulver rund um ihren Schlafsack und legt sich, als Schutz vor den Ratten, feuchte Tücher übers Gesicht.

Schließlich wird ihre Antwort auf die dumme Verehrerfrage, ob sie es vorgezogen haben würde, in irgendeinem anderen Jahrhundert gelebt zu haben, zur Erklärung ihrer Kälte und der Kälte dieser Autobiographie: *»Ja, vorzugsweise in einem Jahrhundert, in dem keine zwei Kriege mein Leben ruiniert hätten.«*

Marlene Dietrich: Nehmt nur mein Leben ..., Bertelsmann-Verlag, 350 Seiten, 34 Mark

Silchers Rache

Eine etwas dünne, helle Stimme, die Musik ein bißchen Thommie, die Texte ziemlich Bayer (nicht bayrisch, deutsch), das Ganze ohne Pathos, verzweifelt, leise verzweifelt, nett verzweifelt - ganz offenbar die Stimmung einer Generation: »Ja das waren damals Zeiten/Flower-Power, Easy Rider/Hare Krischna, Jimmy Hendrix, Hain Heute wird mir schon ganz anders/wenn ich einen Hippie seh/und Jesus macht gerade seine 4. LP.« Wie es so ist? »Wir erinnern uns an Zukunft und spekulieren uns zurück/Manchmal ist es psychosomatisch, und manchmal sind's Gonokokken/und manchmal wird es Weihnachten mit Glocken und Frohlocken ...« Titel des Lieds: »Wir, die wir mitten im Leben stehn ...« Manches sehr schön, alles sympathisch, musikalisch durchwegs glatt. Erst denkt man, wenn man Silcher kennt (»Ärmchen von Tharau«), es müsse Rache an Silcher gemeint sein - aber 'es ist wirklich Silchers Rache. Jedenfalls, da ist einer, aus dem noch einer werden kann.

Bellaphon LP 3324

Sisyphus I

Wer die Sprachglossen des NDR-Redakteurs Eike Christian Hirsch aus dem »Stern« kennt und mag, kann sie nun wieder gesammelt haben. Hirsch hat, was selten geworden ist, ein feines Sensorium für Sprache und Sprachwandel, und wie er etwa die Sprachmanipulationen der »Kernkraft«-Befürworter aufdeckt, ist sehr lesenswert: Wie aus einer Atommülldeponie ein »Entsorgungspark« wird. Obwohl auch Hirschs Mühen nichts bewirken, kann man ihn keinen Sisyphus nennen. Er rollt seinen Stein durch hügeliges Gelände - dem Berg weicht er aus.

Eike Christian Hirsch: Mehr Deutsch für Besserwisser, Hoffmann und Campe, 186 Seiten, 18,80 Mark

Sisyphus 11

Linke Politik und Sprache - hier sieht man den Stein, den Berg. Aber wo ist Sisyphus? Geführt wird eine Diskussion über Ernst A. Raufers Kritik an der DKP-Tageszeitung »UZ«. Raufer hatte seine Sprachkritik im Auftrag des DKP-Vorstands geschrieben. Doch der wollte sie dann nicht druckenlassen, und so ging Raufer mit seiner Arbeit zum Weismann-Verlag. Nun stellt sich die Partei der Diskussion. Ergebnis: Die Verteidiger der »UZ« (Conrad Schuhler, Roman Ritter, Oskar Neumann) stehen in eiserner Solidarität zur DKP und ihrer Zeitung -bis zum letzten Hauch von Wähler und Leser. Der Chefkritiker steht in Treue fest zu sich (und das ist, leider, nicht viel). Wie schön wäre es gewesen, wenn Gisela Elsner die »UZ«-Kritik geschrieben hätte. Sie, die sich nicht selbst im Weg steht, ist im Kürbiskern mit einem Diskussionsbeitrag vertreten, dessen polemisches Temperament Rauters narzißtische Anstrengungen als das erscheinen läßt, was sie sind: Das Make up eines Feiertagsgenossen.

Kürbiskern, Zeitschrift für Literatur, Kritik, Klassenkampf, 2/79, Damnitz Verlag, 155 Seiten, 6,80 Mark

Ingrid Caven

In Frankreich ist im Augenblick alles Deutsche gefragt, wenn es nur schön dekadent und morbid ist. Das fing vor einiger Zeit mit dem VW-Käfer in schwarz an und ist jetzt bei Ingrid Caven angelangt. »La Caven«, wie sie sich nennt, ist bei uns, im Gegensatz zum VW, ziemlich unbekannt, was kein Schade ist. Sie ist eine mittelmäßige Schauspielerin, von Faßbinder »entdeckt«, mit dem sie auch mal verheiratet war. Jetzt ist sie auch, was man im Sprachraum ihres Erfolges eine Diseuse nennt. Das Wort hat den Vorteil, daß es keinen Gesang verspricht. Trotzdem versucht sich Ingrid Caven an ihren Stimmbändern. Furchtbar! Dabei wäre es schon schlimm genug gewesen, wenn sie Texte, vornehmlich von Faßbinder, nur vorgelesen hätte. Zum Beispiel das Lied »Nietzsche« (Ingrid Caven sagt Frédérik Nietsch, man ist schließlich à, Pari): *»Eine Sprache aus Trauer/aus Licht eine Mauer/Gedanken aus Stein/Und ein Sein ohne Sein/Und ein Sein ohne Sein ...«* Die letzten Zeilen werden noch ein paar mal gegurrt, damit man drüber nachdenken kann. Öfter meint I. Caven auch, verrucht zu sein. Etwa bei Klara Zylinders » Der Wind hat mir ein Lied erzählt«. Warum sie trotz offenkundiger Talentlosigkeit in Frankreich so erfolgreich ist? Yves Saint-Laurent, Faßbinder-Nachfolger als Mann an ihrer Seite, hat die PR-Arbeit für Ingrid Caven übernommen.

Ingrid Caven au Pigall's, Metronome-LP 0066047

EDGO & Co KG

... heißt das neue Solo-Programm des Kölner Kabarettisten Gerd Wollschon (Ex-Floh de Cologne). Die GG-Geburtstags-Premiere findet am 22. Mai in der Hamburger Musikhalle statt, dann folgen, vom 24. bis .25. Mai Auftritte in Köln, Siegburg, Burgstehen, Filderstadt, Ludwigsburg, Freiburg, Pforzheim und Mannheim. Textprobe:

LOGO

Der Rostschutz schützt vor dem Rost

der Frostschutz schützt vor dem Frost

der Entlassungsschutz schützt vor der Entlassung

der Verfassungsschutz

.....

»Linkskurve«

Die Redaktion der neuen 'Linkskurve' hat nicht vor, diese alte Zeitschrift zu kopieren.«

Schade, denn jede noch so schlechte Kopie wäre im bundesdeutschen Presse- und Kultur-Ödland von hohem Gebrauchswert. Was die »Linkskurve«, die Verhandlungs- und Streitschrift des Bunds Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller bis 33 an Debatten und Attacken lieferte, blieb im Nachkriegs-Deutschland ohne Folgen; der kulturelle Einfluß der zerschlagenen kommunistischen Bewegung blieb so gering wie ihr politischer. Aber wo studentische Kostüm-Proleten den Namen der KPD in den Dreck zogen, kann auch die kulturelle Anmaßung nicht fehlen. Nun also hat ein Polit-Sekten-Verlag, der noch vor zwei Jahren unter dem Namen » rotfront« in KONKRET-Anzeigen für das Hören von Radio Tirana warb, die erste Ausgabe seiner »Linkskurve« vorgelegt. Der Verlag nennt sich heute »Neue Zeit«, und so unverfänglich wie dieser Name ist -vorerst noch -das redaktionelle Konzept seiner Zeitschrift. Zwei brave Interviews mit Bernt Engelmann (Überschrift: *»Kunst ist immer politisch« - Ach* was), eine Zensur-Umfrage, Lieder von Walter Mossmann, Epigramme von Arnfried Astei und eine Erzählung von Peter O. Chotjewitz. Das alles schadet nichts, aber es bringt auch nichts voran. Und zwar nicht, weil KONKRET (fast alle »Linkskurve« -Autoren sind auch KONKRET-Autoren) eine Konkurrenz fürchtet, sondern weil KONKRET eine braucht.

»Linkskurven, Magazin für Kunst und Kultur (vierteljährlich), 68 Seiten, 5 Mark (Anschrift: Pf. 4304, 23 Kiel)

Weichspüler

Das »B« steht nicht für Boutique. Wieder einmal ist dem DGB-Grafiker eine Qualitätssteigerung bei der Gestaltung der Mai-Plaketten gelungen. Aber sicher steckt eine sozialpolitische Tat dahinter: Arbeitsplatzbeschaffung für den entlassenen Reklame-Designer für Weichspüler. Kollegen, zahlt die Solidaritäts-Mark für das Abzeichen und kauft Euch eine schöne, große, rote Nelke, damit man die Plakette nicht so sieht.

---

1. Mai-Plakette des DGB, 1 Mark, in allen Gewerkschaftsbüros

Konkret 05/79, S. 58

Hermann L. Gremliza

konkret ex-press

Ein Polizist, der die Villa des früheren baden-württembergischen Ministerpräsidenten bewacht, begegnete dessen Frau eines Morgens mit den Worten: »Grüß Gott, Frau **Filbinger.«** Worauf er, einem Bericht der »Stuttgarter Zeitung« zufolge, hören mußte:

Für Sie immer noch Frau Dr. Filbinger!

Aber warum denn so bescheiden, Frau Marinestabsrichter?

Auch **Enno von Loewenstern** -seine Ehre ist die Treue -kommt über den Abgang des Freundes Filbinger nicht weg. In der »Welt« fragt er drängend:

Hat der Mann, der neben Strauß den Beweis angetreten hat, daß Entschiedenheit der Überzeugung und der Aussage auch zum Siege führen kann ..., noch eine Aufgabe? ... Dieser Bergsteiger liebte die klaren Alternativen.

Das kann man wohl sagen, und Frau Gröger, Mutter eines Matrosen, kanns bestätigen. Obwohl in diesem Fall die Entschiedenheit der Aussage nicht zum Endsieg führte (aber das ist bei Enno ja auch nur eine Kann-Bestimmung).

Wegen des überwältigenden Erfolges wiederholen wir heute zum allerletzten Mal (Kinder, Militärpersonen und Damen im Zylinder zahlen die Hälfte): **Theo**, der Germanistenschreck:

Das Atom rührt an die Urängste der Menschheit ...Außerdem beschwört die Kernkraft die Assoziation von Feuer und Schwert herauf,

nämlich man denkt unwillkürlich an Florian Geyer und die Bauernkriege, und etwa noch an die Brandschatzung von Nagasaki. Oder doch nur an die Vertreibung aus dem Paradies? Assoziation von Napalm - die Kernangst eines Uratlantikers? Immerhin:

An die Atomtechniker müssen jetzt viele bohrende Fragen gestellt werden,

um nicht zu sagen: probebohrende. Doch was nützt es,

der Laie kann zwischen nüchterner wissenschaftlicher Aussage und leichtfertiger technologischer Euphorie nicht unterscheiden.

Das ist aber auch schwer, wenn zur Halbwertzeit das letzte Stündlein schlägt. Ich hab ihm schon nach dem dritten Mal einen Duden zugeschickt, damit er sich mit eigenen Augen überzeugen kann, daß Euphorie nicht bedeutet, was er glaubt, sondern vielmehr das trügerische Glücksgefühl, das nicht nur den Laien kurz vorm Tod ergreift. Er hat natürlich wieder nicht reingeguckt! Glaubt er, ich tu das zu meinem Vergnügen?

Wird der Unfall-Reaktor je wieder betreten werden können? Oder wird er als radioaktives Menetekel noch Generationen an die Fehlsamkeit der Technik mahnen?

Wie ich ihn an die Fehlsamkeit seines Bildungsguts? Lasset uns assoziieren: Ene mene tekel ...

Auf Euphorie folgt Agonie, also auf die »Zeit« die **»Hamburger Morgenpost«.** Schon Tage vor der Ankunft der Königin Sommerlatte lieferte die Mopo eine Karte, auf der der majestätische Weg durch die Straßen der Stadt verzeichnet war, damit die Hamburger Sozialdemokraten ihre Königin Silvia begrüßen konnten. Das Arrangement der SPD mit dem Kapitalismus scheint sich doch nicht so recht bewährt zu haben. Was liegt da näher, als die Genossen jetzt auf Feudalismus zu orientieren? Wenn das nicht die absolute Mehrheit bringt: Carl XVI. Gustaf eröffnet den Wahlparteitag 1980 mit dem Lied: »Brüder, in eins nun die Hände, kommt auf mein Schloß mit mir, ewig der Sklaverei ein Ende, es ist nicht weit von hier...«

Carl I. Gustaf Ströhm von Springer, Experte der »Welt« für Kommunismus und vorübergehend besetzte Gebiete, nimmt sich den Herbert Wehner vor:

Der Versuch, Begriffe wie »defensiv« oder »offensiv« auf die sowjetische Denk- und Handlungsweise zu übertragen, ist schon deshalb problematisch, weil dies die Anwendung der sogenannten bürgerlichen Moral auf den Kommunismus bedeutet. Für die sowjetischen Kommunisten gilt diese Moral nicht. Für sie ist alles gut, was dem Kommunismus nützt, und alles schlecht, was ihm schadet.

Während es in der bürgerlichen Moral genau umgekehrt ist - da ist alles schlecht, was dem Kapitalismus nützt, und alles gut, was ihm schadet. An meine Brust, Genosse Ströhm! Yeachch.

In der SPD-Zeitschrift »Bildung und Politik« geißelt **Manfred Wilke** (»Osteuropa-Komitees aller Länder, vereinigt euch!«) die Jungsozialisten wegen ihrer Hochschul=Bündnisse mit Kommunisten:

Wer als Sozialdemokrat nicht sieht, daß es zwischen uns und den Christdemokraten natürlich immer noch mehr Gemeinsamkeiten gibt, als zwischen uns und solchen Stalinisten ..., der hat die Geschichte des 20. Jahrhunderts schlecht gelernt.

Setzen! 6! Wird nicht in unseren öffentlichen Dienst versetzt! Heck, wiederholen Sie: »Im Stadion von Santiago ist es bei sonnigem Wetter ganz erträglich.« Und jetzt alle Demokraten gemeinsam! Wie sagt schon der alte Arbeiterführer Wilke:

Hier scheiden sich die Geister.

Nämlich der Geist, von denen, die er ruft.

Die Frage, wie das entsteht, was auf meinem Tisch wieder zu dem wird, was es war, beantwortet Dr. **H. Mahnke** vom Verband Deutscher Zeitschriftenverleger e.V. in einem Rundschreiben an die Verleger:

... ist der Redakteur einer Zeitschrift auf seine Kreativität, d.h. Inspiration, Phantasie und Stimmung angewiesen.

So entstehen Zeitschriften? Und das wird nicht verboten?

Stimmung, Phantasie und Inspiration

können zwar durch Alkoholkonsum gesteigert werden,

lassen sich jedoch nicht auf bestimmte tarifvertraglich fixierte Arbeitszeiten beschränken, sich wie ein Motor ein- oder ausschalten. Eine Zeitschriftenredaktion ist ein »Kreativshop« mit eigenen intellektuellen Rhythmen und individuellen Arbeitsweisen.

Artikel 5, Grundgesetz: Jeder hat das Recht, einen Kreativshop für intellektuelle Rhythmen zu betreiben. Eine Zensur der Arbeitszeit findet nicht statt. Denn

wenn Gewerkschaften hier versuchen, Stundenpläne für kreative Leistungen einzuführen, so bedeutet dies, die Enthumanisierung geistiger Arbeit auf die Spitze zu treiben,

was den Schluß aufdrängt, daß sie knapp drunter schon sein muß. Aber auch mir scheint es unzumutbar, für das Füllen der leeren Spalten neben den Anzeigen - und die meisten Anzeigenkunden verlangen nun mal »Textanschluß« - feste Arbeitszeiten zu bestimmen, denn angenommen, die Glocke schrillt und im kreativen Bericht über neue Motorräder war Honda noch nicht dran und gegenüber steht die Anzeige - sich vorzustellen, wie dann der Verleger seinem schöpferisch tätigen Mitarbeiter die Rhythmen blasen würde, und zwar im Zweivierteltakt, dazu bedarf es weder großer Phantasie noch Inspiration, das läßt sich nur noch mit Mahnke beschreiben. Das

wäre:

Die Diktatur der Gewerkschaftsfunktionäre über den kreativ Arbeitenden.

Ich hab's da leichter, mir gelingt es jeweils pünktlich in den letzten vier Stunden vor Redaktionsschluß, aus den schönsten Produkten kreativer arbeitszeitloser Stimmung, Phantasie und Inspiration wieder den feuchten Staub zu machen, aus dem sie erschaffen sind.